

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
18. Wahlperiode

Drucksache 18/417 S
(zu Drs. 18/380 S)
12.11.2013

Mitteilung des Senats vom 12. November 2013

**Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt
Bremen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015**

**Mitteilung des Senats
an die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft)
vom 12. November 2013**

**Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen für die
Haushaltsjahre 2014 und 2015 - Mitteilung des Senats vom 03.09.2013, Drs.
18/380 S)**

hier: Veränderungsnotwendigkeiten gegenüber den von der Bremischen Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) an den Haushalts- und Finanzausschuss und den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte zur Beratung und Berichterstattung überwiesenen Haushaltsgesetzen und Haushaltsentwürfen 2014/2015 (einschl. Produktgruppenhaushalt)

Der Senat überreicht der Stadtbürgerschaft nach § 32 Landeshaushaltsordnung mit der Bitte um Beschlussfassung die Ergänzungen

- zu den Entwürfen der Haushaltsgesetze 2014/2015
- zu den Entwürfen des Haushaltsplans 2014/2015
- zum Entwurf des Produktgruppenhaushalts 2014/2015 (zusammengefasst für das Land und die Stadtgemeinde Bremen)
- zu den Darlegungen nach Art. 131a Landesverfassung sowie
- die Wirtschaftspläne des Eigenbetriebs Werkstatt Bremen für die Jahre 2014/2015.

Zu den genannten Unterlagen werden zusammengefasst für das Land und die Stadtgemeinde Bremen folgende Bemerkungen gemacht:

In den Mitteilungen des Senats vom 3. September 2013 wurde angekündigt, dass die Notwendigkeit besteht, Veranschlagungen bzw. Anschlagsänderungen im Rahmen des parlamentarischen Aufstellungsverfahrens nachzuliefern. Diese sowie weitere nach Abgabe der Haushaltsentwürfe erforderliche Änderungen sollen in einer Ergänzung zum Haushaltsentwurf berücksichtigt werden. Es handelt sich um die nachfolgenden Themen, die in der beigefügten Mitteilung des Senats eingehender beschrieben werden:

- Aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungsgerichts und Bundesverwaltungsgerichts sind die Versorgungsbezüge von ehemaligen Teilzeitbeschäftigten rückwirkend neu festzusetzen. Um das in den Jahren 2014 und 2015 auftretende Finanzierungsproblem zu lösen, schlägt die Senatorin für Finanzen vor, das Sondervermögen Versorgungsrücklage in Anspruch zu nehmen. Hierfür sollen - unter dem Vorbehalt, dass in 2014 eine entsprechende gesetzliche Grundlage vorliegt - sowohl die erforderlichen Haushaltsstrukturen eingerichtet als auch die erforderlichen Veranschlagungen vorgenommen werden.
- Das vom Senat in seiner Sitzung am 5. November 2013 beschlossene

Finanzierungskonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen ist hinsichtlich seiner erheblichen finanziellen Auswirkungen zu berücksichtigen.

- Bildung von (Barmittel-)Anschlägen zur Abdeckung nach Abgabe des Haushaltsentwurfs erteilter Verpflichtungsermächtigungen:
 - o Eigenkapitalaufstockung beim Klinikum Bremen-Ost.
 - o auf 5 Jahre befristete jährliche Zuwendung an die Jacobs University Bremen.
 - o nicht verausgabte Mittel für Küstenschutzmaßnahmen auf dem ehemaligen BWK-Gelände sind in Höhe des erwarteten Mittelabflusses in 2015 zu veranschlagen (Beschluss des Senats vom 5. November 2013).
- Die Schätzungen zur Höhe der mit der Umwandlung der Stillen Einlage bei der Bremer Landesbank verbundenen finanziellen Auswirkungen auf den Haushalt des Landes Bremen sind zwischenzeitlich konkretisiert worden, so dass einer Veranschlagung der Einnahmen nichts mehr im Wege steht.
- In Folge festgestellter Risiken im Haushaltsvollzug 2012 und 2013 sind im Produktplan 41 Jugend und Soziales die Mehrausgaben beim kommunalen Finanzierungsanteil Jobcenter zu veranschlagen.
- Darüber hinaus haben sich technische Änderungsbedarfe bzw. Korrekturerfordernisse ergeben. Die Berücksichtigung dieser Änderungen schafft beispielsweise Klarheit über die Höhe dezentraler Budgets im Haushaltsvollzug und vereinfacht damit das Controlling. Zwischenzeitlich erwartete Mehreinnahmen und damit verbundene Mehrausgaben sollen sich nicht erst im Haushaltsvollzug, sondern bereits im Haushaltsplan niederschlagen. Folgende Punkte sind zu nennen:
 - Dezentralisierung zentraler Personalmittel wegen der Tarifeffekte aus dem TV-L Abschluss und der korrespondierenden Besoldungsanpassung 2013/2014 im originären Personalhaushalt und bei den konsumtiven Personalkostenzuschüssen.
 - Dezentralisierung zentraler Personalmittel wegen der Tarifeffekte aus dem TVöD Abschluss 2012/2013 für konsumtive Entgelte für Hausmeisterdienste.
 - Veranschlagung eines zusätzlichen Betrages in 2014/2015 in Höhe von jeweils 178.380 € beim Berufseinsteigerpool sowie Korrektur der Kennzahl „Personalbestand“ in der Produktgruppe.
 - Darstellung refinanzierter Beschäftigung im Haushalt des Landesuntersuchungsamts für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin.
 - Die im Zuschuss an das Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) veranschlagten Ausgaben der Entwässerungsgebühr sind haushaltsneutral zu dezentralisieren.
 - Veranschlagung der Leistungen an die Jüdische Gemeinde gem. Beschluss des Senats vom 17. September 2013 bei gleichzeitiger Absenkung der Risikovorsorge.

- Veranschlagung der befristeten Beschäftigung der Schulsozialarbeiter/-innen im Haushaltsjahr 2014 gem. Beschluss des Senats vom 17. September 2013 bei gleichzeitiger Absenkung der Risikoversorge.
- Die Erhebungskosten für die „Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer“ sind aufgrund der zwischen Bund und den Ländern geschlossenen Verwaltungsvereinbarung im Haushalt dazustellen.
- „technische“ Korrekturen aus Gründen der Haushaltssystematik (z. B. Streichung eines Sperrvermerks aufgrund zwischenzeitlich eingetretener auflösender Bedingung; Ausweisung der Bauunterhaltsmiete gem. SVIT-Mietmodell).
- Die veranschlagten Mittel der Zinsausgaben können aufgrund der sich weiterhin abzeichnenden günstigen Zinsentwicklung abgesenkt werden.
- Einrichtung einer neuen Produktgruppe im Produktplan 21 Bildung für die Aufgabe „Assistenz in Schule (Sozialleistungen)“, die künftig Teil der Sozialleistungsausgaben sein wird.
- Die Angaben in dem mit dem Haushaltsentwurf 2014/2015 vorgelegten Stellenplan sind aufgrund nachträglich eingetretener Anpassungsbedarfe budgetneutral zu ergänzen.
- In Folge der insgesamt bestehenden Veränderungsnotwendigkeiten sind die Feststellungsklauseln in § 1 der Haushaltsgesetze zu den Einnahmen und Ausgaben sowie zu den Stellenvolumina und die Höhe der Kreditermächtigung in § 14 (Land) bzw. 13 (Stadt) der Haushaltsgesetze anzupassen.
- Im Rahmen des Haushaltsaufstellungsverfahrens für die Jahre 2014 und 2015 sind der Bremischen Bürgerschaft neben den Haushalten der Stadtgemeinde und des Landes Bremen ebenfalls die Wirtschaftspläne für die bremischen Eigenbetriebe, sonstigen Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts zur Feststellung vorzulegen. Für die Eigenbetriebe Bremer Volkshochschule, KiTa Bremen und Werkstatt Bremen konnte bis zur Beratung und Weiterleitung der Haushaltsentwürfe durch den Senat (3. September 2013) noch kein Wirtschaftsplan für das Jahr 2014 bzw. 2015 vorgelegt werden.

Aufgrund dieser Veränderungsnotwendigkeiten sind die folgenden der Bremischen Bürgerschaft übermittelten Unterlagen anzupassen:

- Entwurf des Produktgruppenhaushalts 2014/2015
- Kamerale Haushaltsentwürfe 2014/2015
- Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen nach art. 131a der Landesverfassung
- Entwürfe der Stellenpläne 2014/2015
- Entwürfe der Haushaltsgesetze 2014/2015
- Entwurf des Wirtschaftsplans 2014/2015

Die erforderlichen Änderungen werden der Bremischen Bürgerschaft (Landtag und

Stadtbürgerschaft) gem. § 32 Landeshaushaltsordnung als Ergänzung zum Entwurf der Haushaltsgesetze und des Haushaltsplans 2014/2015 vorgelegt.

2. Konkrete Anpassungsnotwendigkeiten

2.1 Notwendige Berücksichtigung folgender Maßnahmen im Haushaltsplan

2.1.1 Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum „Versorgungsabschlag alter Art“

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 18. Juni 2008 (2 BvL 6/07) festgestellt, dass die Berechnung des Ruhegehaltssatzes von Teilzeitbeschäftigten nach § 85 Abs. 4 Satz 2 BeamtVG i.V.m. § 14 Abs. 1 Satz 1 Halbsätze 2 und 3 BeamtVG a.F. (sog. Versorgungsabschlag alter Art) gegen Art. 3 Abs. 3 Satz 1 GG verstößt. Hierzu hat das Bundesverwaltungsgericht in seinem Urteil vom 25. Oktober 2012 (2 C 59.11) entschieden, dass ab dem Folgemonat des Beschlusses des Bundesverfassungsgerichts – also ab Juli 2008 – die Versorgungsfestsetzungsbescheide der von dem Versorgungsabschlag alten Rechts betroffenen Teilzeitbeschäftigten von Amts wegen neu festgesetzt werden müssen. Dabei handelt es sich um Versorgungsfestsetzungen im Zeitraum vom 1. August 1984 bis Juni 2008. Eine Neufestsetzung der in Betracht kommenden Fälle, einhergehend mit nunmehr höheren Versorgungsansprüchen - muss dann rückwirkend zum Juli 2008 erfolgen. Hierfür ist es erforderlich, bis zu 4.000 Versorgungsfälle durch Einsichtnahme in die Personalakte zu überprüfen. Bei einer geschätzten Anzahl von rd. 1.000 Fällen, in denen eine Neufestsetzung tatsächlich erforderlich ist, ergeben sich Nachzahlungsbedarfe in voraussichtlicher Höhe von rd. 25,5 Mio. €. Des Weiteren werden ab 2016 jährliche Mehrkosten für die Versorgungsausgaben i.H.v. 3,0 Mio. € erwartet. Für die Einzelfallprüfung wird eine Gesamtdauer von ca. 18 Monaten erwartet.

Um das in den Jahren 2014 und 2015 auftretende Finanzierungsproblem zu lösen, schlägt die Senatorin für Finanzen vor, das Sondervermögen Versorgungsrücklage in Anspruch zu nehmen. Eine erforderliche Änderung des Sondervermögensgesetzes ist in Vorbereitung. Bei der (schrittweisen) Auflösung des Sondervermögens ist der Beirat des Sondervermögens Versorgungsrücklage vorab zu beteiligen. Mitglieder des Beirats sind die Senatorin für Finanzen, der Magistrat der Stadt Bremerhaven, der Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Beamtenbund sowie der Verein bremischer Richter und Staatsanwälte.

Um die haushaltstechnische Umsetzung vorzubereiten werden die für die Haushalte 2014/2015 erforderlichen Haushaltsstellen (Einnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage und korrespondierende Versorgungsausgabehaushaltsstellen) bereits jetzt eingerichtet. Unter dem Vorbehalt, dass in 2014 eine gesetzliche Grundlage vorliegt, sollen in 2014/15 Einnahmen aus dem Sondervermögen Versorgungsrücklage und korrespondierende Ausgaben für Versorgung in Höhe von 10,0 Mio. € in 2014 und 15,5 Mio. € in 2015 veranschlagt werden. Eine andere Verteilung wäre aus Liquiditätsgesichtspunkten des Sondervermögens Versorgungsrücklage derzeit nicht darstellbar.

2.1.2 Asylbewerber/-innen

Im Zuge der Konkretisierung der Umsetzung des bereits vom Senat am 17. September 2013 beschlossenen Gesamtkonzepts zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen haben die betroffenen Ressorts Mehrbedarfe angemeldet. Diese beruhen auf altersdifferenzierten Zugangsprognose, die das Sozialressort mit Stand August 2013 erstellt hat. Danach kann in 2014 in der Stadtgemeinde Bremen mit einem Zugang von ca. 1.200 Asylbewerber/-innen sowie 180 unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (davon 95 % 14 Jahre und älter) gerechnet werden. Der Senat hat am 5. November 2013 auf Basis der Bedarfsanalyse der einzelnen Ressorts ein Finanzierungskonzept zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen beschlossen.

Die Mittelbereitstellungen für die Investitionen zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten und die Folgekosten der Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz der Stadtgemeinde Bremen werden im Produktplan 41 veranschlagt und die noch nicht verpflichteten Mittel gesperrt.

Die angemeldeten und im Rahmen von Kontraktverhandlungen geprüften Sach- und Personalkostenbedarfe für die Stadtgemeinde Bremen sollen grundsätzlich im Rahmen der dezentralen Ressourcenverantwortung in den Ressorthaushalten aufgefangen werden. Sollte auf Basis der von den Bedarfsressorts darzulegenden Mengengerüste in nachweisbarem Maße die ressortinterne Deckung nicht möglich sein, werden zur Finanzierung notwendig werdender Mehrbedarfe zentral im PPL 93 (Zentrale Finanzen) konsumtive Mittel sowie Personalmittel im PPL 92 (Poolmittel und Globale Ausbildungsmittel) eingestellt. Darüber hinaus werden Mittel für ein Landesprogramm zur Unterstützung der Schulen in beiden Stadtgemeinden veranschlagt.

Verschiebungen zwischen den Personal- und Sachkosten sowie den Landesmitteln für die Vorkurse sind möglich. Im Zuge der Mittelbereitstellung sollen auch die Bedarfe für Integrationsprojekte vor Ort in den Stadtteilen, wie im Rahmen der Sofortmaßnahmen für 2013, angemessen berücksichtigt werden, mit dem Ziel Maßnahmen zu ermöglichen, die die Teilhabe von Flüchtlingen am Stadtteilleben befördern.

Insgesamt werden folgende Mittel zentral bereitgestellt:

Land Bremen und Stadtgemeinden	2014 (Mio. €)	2015 (Mio. €)
I. Investitionen in Unterbringungsmöglichkeiten und Folgekosten Sozialleistungen der Stadtgemeinde Bremen		
- Investitionen Unterbringungsmöglichkeiten (Abdeckung der in 2013 erteilten VE iHv. 9,3 Mio. € zzgl. Tranche 2014 iHv. 1,6 Mio. €)	10,9	5,0
- Folgekosten Sozialleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	3,8	7,6
II. Personal- und Sachkosten der Ressorts der Stadtgemeinde Bremen		

- Personalkosten	1,0	1,6
- Sachkosten	0,22	0,52
III. Landesprogramm für Vorkurse in den beiden Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven	0,78	0,78
Gesamtfinanzierung	16,7	15,5

Der Senat wird im ersten Quartal 2014 auf Basis von Kontraktverhandlungen und der Empfehlungen der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe Flüchtlinge über die grundsätzliche Mittelverteilung in 2014 entscheiden.

2.1.3 Abdeckung von Verpflichtungsermächtigungen

2.1.3.1 Eigenkapitalaufstockung Klinikum Bremen-Ost

Dem Klinikum Bremen-Ost ist gemäß Beschluss des Senats vom 18. Juni 2013 nach Darstellung und Hinterlegung einer Projektsteuerung und eines Zeit- und Maßnahmenplans durch weitere Kapitalmittel in Höhe von bis zu 3,0 Mio. € zu ermöglichen, mit der Planung von Sanierungsmaßnahmen zu beginnen.

2.1.3.2 Jacobs University Bremen

Der Senat hat in seiner Sitzung am 20. August 2013 - beginnend im Haushaltsjahr 2013 - ein weiteres finanzielles Engagement bei der Jacobs University Bremen beschlossen. Der Haushalts- und Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 20. September 2013 eine Verpflichtungsermächtigung mit Abdeckung ab 2014 in 4 jährlichen Raten zu je 3,0 Mio. € beschlossen.

Im Haushaltsentwurf 2014/2015 wurde vorsorglich bei den Mitteln zur Risikovorsorge ein jährlicher Betrag in Höhe von 3,0 Mio. € eingeplant. Diese Mittel sollen - nachdem konkrete Ziele und Erwartungen ausgehandelt wurden - im Haushalt des Wirtschaftsressorts veranschlagt werden.

2.1.3.3 Küstenschutzmaßnahmen auf dem ehemaligen BWK-Gelände

Der Senat hat im Zusammenhang mit der im Finanzierungskonzept für die investiven Bedarfe vorgeschlagenen Verwendung der in 2013 veranschlagten Mittel für Küstenschutzmaßnahmen auf dem ehemaligen BWK-Gelände in seiner Sitzung am 5. November 2013 beschlossen, den voraussichtlichen Barmittelbedarf in Höhe von 3,5 Mio. € im Haushaltsjahr 2015 im Rahmen der beabsichtigten Ergänzung zum Haushaltsentwurf 2014/2015 im Produktplan 68 Umwelt, Bau, Verkehr (erneut) bereitzustellen. Diese Mittel sind somit zu veranschlagen.

2.1.4 Veranschlagung der Einnahmen von der Bremer Landesbank (BLB)

Für die Einbringung stiller Beteiligungen im Wege der Sacheinlage erhält die Freie Hansestadt Bremen (Land) als Gegenleistung von der BLB einen Sonderabschlag für die Geschäftsjahre 2012 und 2013, der als Geldzahlungsanspruch gewährt wird. Von einer Veranschlagung im Haushaltsentwurf 2014/2015 wurde zunächst abgesehen, da der mit der Umwandlung verbundene Mehraufwand an anderen Stellen des Haushalts zunächst zu konkretisieren war.

Der Sonderabschlag für das Geschäftsjahr 2013, der im Haushaltsjahr 2014 vereinnahmt wird, beträgt rd. 26,418 Mio. €. Unter Berücksichtigung der üblicherweise veranschlagten Einnahmen in Höhe von rd. 1,768 Mio. € (bisherige

Gewinnausschüttung der BLB) soll bei der Hst. 0986/121 13-7 eine Mehreinnahme in Höhe von gerundet 24,651 Mio. € veranschlagt werden.

In 2015 ist aus aktueller Sicht unter Berücksichtigung der veranschlagten Einnahmen (wie 2014) von einer Mehreinnahme in Höhe von 3,535 Mio. € auszugehen.

Die sonstigen mit der Umwandlung der stillen Beteiligungen einhergehenden Änderungsnotwendigkeiten (Fortfall bisheriger Bürgschaftsprovisionen, erwartete Nachholung der ausgefallenen Gewinnausschüttungen für die Geschäftsjahre 2012 und 2013, Kompensation Ertragsausfall der BAB GmbH, höherer Bedarf beim Verlustausgleich der BVG mbH) in Höhe von insgesamt 7,281 Mio. € (2014) bzw. 6,769 Mio. € (2015) sind mit Veranschlagung der Einnahmen zu berücksichtigen.

Im Saldo zwischen den veranschlagten Einnahmen und den genannten Aufwendungen ergibt sich eine Verbesserung im Landeshaushalt in 2014 in Höhe von 17,379 Mio. € und im Haushaltsjahr 2015 eine Verschlechterung in Höhe von 3,234 Mio. €. Es wird vorgeschlagen, zunächst einen überjährigen Ausgleich vorzunehmen (d.h., in 2014 ist ein Betrag in Höhe von 3.234 Mio. € zur Schuldentilgung einzusetzen und in 2015 ist die Kreditaufnahme in dieser Höhe aufzustocken). Die danach verbleibende Haushaltsverbesserung im Haushaltsjahr 2014 beträgt 14,136 Mio. €.

2.1.5 Neuregelung Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft (KdU) für Bildung und Teilhabe sowie Verwendung der Mehreinnahmen zur Deckung von Mehrausgaben beim kommunalen Finanzierungsanteil Jobcenter

Mit Beschluss vom 19.08.2013 wurde durch Rechtsverordnung für das Land Bremen für das Jahr 2013 ein Beteiligungssatz von 5,9% an den Kosten für Unterkunft und Heizung festgelegt. Für die Berechnung des Beteiligungssatzes für das laufende Jahr wurden die tatsächlichen Ausgaben des Vorjahres herangezogen.

Danach wurde für 2013 für die Stadtgemeinde Bremerhaven eine Quote von 3,6% und für die Stadtgemeinde Bremen eine Quote von 6,5% ermittelt. Durch die unterschiedlichen und nun beschlossenen Beteiligungssätze werden für 2013 für das Land Bremen Mehreinnahmen von rd. 1,1 Mio. € erwartet. An die Stadtgemeinde Bremerhaven werden rd. 0,8 Mio. € weniger weitergeleitet, während für die Stadtgemeinde Bremen Mehrausgaben in Höhe von rd. 1,9 Mio. € zu leisten sind.

Die Verbesserung in der Stadtgemeinde Bremen soll in den Haushaltsentwürfen 2014/2015 im Produktplan 41 Jugend und Soziales - ähnlich wie für 2013 - berücksichtigt werden.

- 0,100 Mio. € für zusätzliche Leistungen an Bremerhaven (höhere Erstattung der Kosten der Erziehungshilfe),
- 0,968 Mio. € für Ausgaben bei den Sozialleistungen (höhere Ausgaben für das Bildungs- und Teilhabepaket),
- 0,800 Mio. € für den Kommunalen Finanzierungsanteil Jobcenter.

Hinsichtlich der außerhalb der Sozialleistungen vorgeschlagenen Verwendung für den gesetzlich geregelten kommunalen Finanzierungsanteil der gemeinsamen Einrichtung „Jobcenter“ wird auf die bereits in 2012 und 2013 zu verzeichnenden Mehrbedarfe verwiesen, über die das Jobcenter den beteiligten Ressorts in der Trägerversammlung bereits berichtet hat. Nach neuesten Erkenntnissen beläuft sich der daraus resultierende Mehrbedarf auch für die Folgejahre auf rd. 0,8 Mio. €, der mit der oben

dargestellten Verwendung im Haushaltsentwurf 2014/2015 gelöst werden soll.

2.1.6 Dezentralisierung der Tarifeffekte aus dem TV-L Abschluss und der korrespondierenden Besoldungsanpassung 2013/2014 im originären Personalhaushalt

In Höhe von rd. 11,3 Mio. € für 2014 und rd. 14,3 Mio. € für 2015 werden noch Tarifvorsorgemittel für den TV-L Abschluss und die korrespondierende Besoldungsanpassung 2013/2014 für den Personalhaushalt zentral im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen im Landeshaushalt vorgehalten. Im Stadthaushalt beträgt die zentrale Tarifvorsorge 12,2 Mio. € für 2014 und 13,4 Mio. € für 2015.

Die Aufteilung der Vorsorgemittel auf die Ressortbudgets konnte erst jetzt abgeschlossen werden. Der Vorgang ist für die Haushalte von Land und Stadtgemeinde neutral.

2.1.7 Dezentralisierung der Tarifeffekte aus dem TV-L Abschluss und der korrespondierenden Besoldungsanpassung 2013/2014 für konsumtive Personalkostenzuschüsse

In Höhe von rd. 4,6 Mio. € für jeweils 2014 und 2015 werden noch Tarifvorsorgemittel für den TV-L Abschluss und die korrespondierende Besoldungsanpassung 2013/2014 für die konsumtiven Personalkostenzuschüsse und konsumtiven Performa-Dienstleistungsentgelte zentral im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen im Landeshaushalt vorgehalten.

Im Stadthaushalt wird für den städtischen Anteil der Performa-Entgelte eine zentrale Tarifvorsorge für 2014 und 2015 von jeweils rd. 0,2 Mio. € vorgehalten.

Die Aufteilung der Vorsorgemittel auf die Ressortbudgets konnte erst jetzt abgeschlossen werden. Der Vorgang ist für die Haushalte von Land und Stadtgemeinde neutral.

Die mit dieser Vorlage vorgeschlagene Dezentralisierung führt zu höheren Mittelzuweisungen insbesondere an Performa Nord sowie die Universität und die Hochschulen, so dass in Folge eine Anpassung der bereits vorgelegten Wirtschaftspläne notwendig wird. Dies soll im Rahmen des Vollzugs der Wirtschaftspläne erfolgen.

2.1.8 Dezentralisierung der Tarifeffekte aus dem TVöD Abschluss 2012/2013 für konsumtive Entgelte für Hausmeisterdienste im Produktplan 21 Bildung

Die Effekte des TVöD Abschluss 2012/2013 sind bei der Budgetierung 2014/2015 der konsumtiven Personalkostenzuschüsse berücksichtigt und dezentral veranschlagt worden. Die Entgelte für Hausmeisterdienste im Produktplan 21 Bildung wurden bei dieser Anpassung allerdings nicht berücksichtigt. Um dieses zu korrigieren sollen im Stadthaushalt aus der zentralen konsumtiven Tarifvorsorge im Produktplan 92 Allgemeine Finanzen in 2014 und 2015 jeweils ein Betrag von 0,5 Mio. € auf die konsumtiven Entgelthaushaltsstellen im Produktplan 21 Bildung insgesamt haushaltsneutral dezentralisiert werden.

2.1.9 Veranschlagung von zusätzlichen 178.380 € in der Produktgruppe 92.03.02 Berufseinsteigerpool mit einer korrespondierenden Zielzahl-erhöhung von 3 Vollzeitereinheiten (VZE)

Als Eigenbeitrag zur Budgetbildung sollten für den Haushalt 2014/2015 vom Produktplan 51 Gesundheit 3 VZE und das entsprechende Budget in Höhe von 178.380 € in die Produktgruppe 92.03.02 Berufseinsteigerpool verlagert werden (siehe **Anlage 1**). Die entsprechenden Kürzungen haben im Landeshaushalt der Produktgruppe 51.04.02 Gewerbeaufsicht ordnungsgemäß stattgefunden. Die Zielzahl- und Budgeterhöhungen sowie die entsprechenden Stellenanpassungen in der Produktgruppe 92.02.03 wurden allerdings nicht umgesetzt. Zwar ist die Erhöhung gemessen an den dem Haushalt zugrundeliegenden Eckwertbeschlüssen vom 9. April 2013 als neutral zu betrachten, jedoch gemessen am vorliegenden Haushaltsentwurf führt sie zu einer Haushaltsausweitung von 178.380 €. Der im Produktgruppenhaushalt ausgewiesene voraussichtliche Personalbestand in der Produktgruppe 92.02.03 wird zurzeit falsch dargestellt und bedarf der in **Anlage 2** dargestellten Änderungen.

2.1.10 Auflösung von Sabbatical-Rückstellungen

Die während der „Aktivphase“ vorgenommenen Rückstellungen im Rahmen eines Sabbaticals sind in der „Freistellungsphase“ aufzulösen und zur Finanzierung des Personals einzusetzen. Haushaltssystematisch soll diese bei der Anstalt für Versorgungsvorsorge „angesparte“ Rückstellung als abzusetzende Einnahme bei den Personalausgaben gebucht werden. Daher soll in einem solchen Fall grundsätzlich im Haushaltsplan der nachfolgende Haushaltsvermerk angebracht werden:

„Einnahmen aus der Auflösung von Sabbatical-Rückstellungen fließen den Mitteln zu.“
Entsprechende Haushaltsvermerke sind zur Refinanzierung des betroffenen Personals im Sonderhaushalt des Landesuntersuchungsamtes für Chemie, Hygiene und Veterinärmedizin anzubringen.

2.1.11 Dezentralisierung der gesplitteten Entwässerungsgebühr

Die im städtischen Haushalt bei Hst. 3987/634 15-3 für eine Zuweisung an das SVIT zur Deckung der Mehrbelastung aus der gesplitteten Entwässerungsgebühr veranschlagten Mittel (2014 und 2015 jeweils 1.579.880 €) sollen dezentralisiert, d.h. in alle betroffenen Ressorthaushalte verteilt werden. Es verbleiben Mittel in Höhe von jeweils 543.090 €, die zur Finanzierung der in diesen Haushaltsjahren notwendigen Bedarfe eingesetzt werden können.

2.1.12 Leistungen an die Jüdische Gemeinde

Der Senat hat in seiner Sitzung am 17. September 2013 die Anhebung der Landesleistung von 365 Tsd. € p.a. um 80 Tsd. € p.a. auf 445 Tsd. € p.a. ab 2014 beschlossen, welche durch eine Absenkung der veranschlagten Risikovorsorge in gleicher Höhe finanziert werden soll. Der Senat hat die Senatskanzlei und die Senatorin für Finanzen gebeten, im Rahmen der parlamentarischen Haushaltsberatungen auf eine entsprechende Änderung des Haushaltsplanentwurfs hinzuwirken.

2.1.13 Schulsozialarbeiter/-innen

Der Senat hat in seiner Sitzung am 17. September 2013 beschlossen, dass 30 Schulsozialarbeiter/-innen zum 1. Januar 2014 befristet bis zum Schuljahresende (31.

Juli 2014) beschäftigt werden. Im Haushaltsplanentwurf sollte für das Haushaltsjahr 2014 ein Ansatz in Höhe von 940.000 € eingesetzt und zum Ausgleich bei der Risikovorsorge in gleicher Höhe abgesenkt werden. Im Produktplan 21 Bildung in das Haushaltsjahr 2014 übertragene Reste im Programm Schulsozialarbeit sowie evtl. Bundesmittel zur Finanzierung der Schulsozialarbeit sollen im Haushaltsvollzug 2014 zur Verstärkung der veranschlagten Risikovorsorge herangezogen werden.

2.1.14 Kosten für die Erhebung der Kirchensteuer auf die Abgeltungssteuer

Die Kapitalinstitute sind verpflichtet, auch die auf Kapitalerträge entfallende Kirchensteuer zu erheben und zu melden. Statt der dazu sonst notwendigen Einrichtung von Datenbanken in den einzelnen Bundesländern ist beim Bundeszentralamt für Steuern eine zentrale Datenbank – analog der Datenbank für die Lohnsteuerabzugsmerkmale (ELStAM) – eingerichtet worden, um die notwendigen Daten über Religionszugehörigkeiten für das Erhebungsverfahren zu liefern.

Zwischen Bund und Ländern wurde im Juli 2013 eine Verwaltungsvereinbarung geschlossen. Das Niedersächsische Finanzministerium firmiert als einheitlicher Ansprechpartner der Länder (EAP); die entstehenden Kosten werden auf die Länder nach festgelegtem Verteilungsschlüssel umgelegt.

Im Jahr 2013 hat Bremen aufgrund des festgelegten Verteilungsschlüssels einen Betrag von insgesamt 70.582 € zu zahlen. Für die Folgejahre wird zunächst von gleichbleibenden Beträgen ausgegangen, da derzeit noch keine aktuellere Berechnung vorliegt. Diese zusätzliche Belastung für die Haushalte konnte im Haushaltsentwurf noch nicht berücksichtigt werden, da entsprechende Informationen (quantifizierter Landesanteil an den Zahlungen) noch nicht vorlagen.

Die Ausgaben sollen im Verhältnis der Einnahmen aus den „Verwaltungskosten Kirchensteuer“ der jeweiligen Finanzämter als abzusetzende Ausgabe bei diesen Einnahmen gebucht werden. Bei den entsprechenden Einnahmetiteln ist folgender Haushaltsvermerk anzubringen:

„Ausgaben dürfen in Höhe der nach der Verwaltungsvereinbarung Kirchensteuer auf Abgeltungssteuer anteilig zu leistenden Kostenerstattungen geleistet werden.“

2.1.15 Zinsausgaben

Die veranschlagten Mittel der Zinsausgaben können aufgrund der sich weiterhin abzeichnenden günstigen Zinsentwicklung abgesenkt werden. Zum Ausgleich für die erwarteten und mit dieser Vorlage veranschlagten Mehrausgaben des Konzepts zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) in Höhe von 10,8 Mio. € in 2014 (konsumtiv) und 10,5 Mio. € in 2015 (Personal, konsumtiv und investiv) sind daher - nach Gegenrechnung geringfügiger verbliebener Mehreinnahmen im Landeshaushalt und geringen Verbesserungen bei der Dezentralisierung der Entwässerungsgebühr - die veranschlagten Mittel für Zinsausgaben abzusenken. Damit wird eine insgesamt haushaltsneutrale Lösung vorgeschlagen.

Darüber hinaus ist im Landeshaushalt in 2015 in Höhe von 3,5 Mio. € eine weitere Reduzierung zur Finanzierung der Küstenschutzmaßnahmen auf dem ehemaligen BWK-Gelände vertretbar.

2.1.16 Technische Änderungsnotwendigkeiten

Die nachfolgenden Änderungen ergeben sich aus rein technischen Gründen:

- Die Zuweisungen an die Bremer Bäder GmbH sind - den bestehenden

vertraglichen Regelungen folgend - keine Zuwendungen im Sinne von § 23 Landeshaushaltsordnung und somit haushaltssystematisch bei einer anderen Gruppierung zuzuordnen und in Folge dessen mit einer veränderten Zweckbestimmung zu versehen. Eine inhaltliche Veränderung ergibt sich aus diesen Anpassungen nicht.

- Im Zusammenhang mit der Ausweitung von Gebäudeflächen beim Amtsgericht Bremen-Blumenthal durch Um- und Neubau wird ab 1. November 2013 eine Bauunterhaltungsmiete an das Sondervermögen Immobilien und Technik zu zahlen sein. Ab dem Haushaltsjahr 2014 ergibt sich eine Jahresmiete in Höhe von 19.760 €, die im Haushaltsentwurf berücksichtigt werden soll. Die entsprechenden Ausgaben sind vom Ressort an anderer Stelle eingespart worden.
- Die im Haushaltsentwurf angebrachten Sperrvermerke bei den investiv veranschlagten Mittel für das Projekt „Kooperatives Personalmanagementverfahren Bremen - KoPers“ können aufgrund der von den Haushalts- und Finanzausschüssen in ihrer Sitzung am 20. August 2013 erteilten Verpflichtungsermächtigungen gestrichen werden.
- Im Zusammenhang mit der in Nr. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** vorgeschlagenen Einrichtung einer neuen Produktgruppe (PGR 21.05.05 Assistenz in Schule (Sozialleistungen)) sind veränderte Zuordnungen von Haushaltsstellen verbunden.
- Zwecks Abrechnung der Beihilfen der Beschäftigten im Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool (Produktgruppe 92.03.01) ist die Einrichtung eines sogenannten Nebentitels erforderlich.

2.2 Auswirkungen aus der Änderung der kameralen Haushaltsentwürfe 2014/2015

Die jeweiligen haushaltsstellenscharfen Veränderungen sind in **Anlage 3** - getrennt nach Landes- und städtischem Haushalt einschl. der Sonderhaushalte - ausgewiesen.

2.3 Anpassung des Entwurfs des Produktgruppenhaushalts 2014/2015

2.3.1 Neue Produktgruppe „Assistenz in Schule (Sozialleistungen)“

Die Senatorin für Bildung und Wissenschaft, die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen und die Senatorin für Finanzen sowie die Senatskanzlei haben sich auf folgende Grundsätze verständigt:

- Die Assistenzleistungen als Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung werden von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft als Leistung aus einer Hand gewährt und koordiniert.
- Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung in Form von Assistenzleistungen werden als Eingliederungshilfe im Sinne des Sozialgesetzbuchs (SGB VIII, SGB XII) gewährt.

Mit dieser Verständigung haben die Erziehungsberechtigten behinderter oder von Behinderung bedrohter Kinder eine Klarheit, wer für sie Ansprechpartner ist. Ab 2014 werden Assistenzleistungen im Rahmen einer angemessenen Schulbildung als Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB VIII, SGB XII) ausschließlich bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft beantragt.

Die Gewährung von Sozialleistungen durch die Senatorin für Bildung und Wissenschaft setzt voraus, dass sozialrechtliche Befugnisse übertragen werden müssen und dass die zu beachtenden Verfahren und Steuerungsinstrumente neu formuliert und ausgestaltet werden müssen.

In einem ersten Schritt werden die notwendigen haushaltsrechtlichen Änderungen in den Entwürfen der Haushalte 2014 und 2015 vorgenommen. Es wird eine neue Produktgruppe - 21.05.05 Assistenz in Schule (Sozialleistungen) - nebst neuer Kennzahlen eingerichtet. Die haushaltsneutrale Umschichtung der Mittel aus den Sozialleistungen erfolgt im Haushaltsvollzug 2014/2015.

Die Kosten für Klassenassistenzen im Bereich Wahrnehmung und Entwicklung verbleiben als freiwillige kommunale Leistungen im Rahmen der Inklusion weiterhin im Bildungshaushalt und werden der Produktgruppe 21.04.03 Sonst. schulische Leistungen und Fördermaßnahmen zugeordnet.

Das neue Produktgruppenblatt ist in **Anlage 4** beigelegt.

2.3.2 Anpassungen in Folge der Änderungen zu Nr. 2.1

Die sich unter Berücksichtigung der kameralen Veränderungen (siehe Nr. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) ergebenden Budgetveränderungen im Produktgruppenhaushalt sind der beigelegten Liste (**Anlage 5**) zu entnehmen. Die summarische Anpassung der Finanzdaten auf den Ebenen Produktbereich und Produktplan wird beim endgültigen Druck des Produktgruppenhaushalts nach Beschluss der Bremischen Bürgerschaft berücksichtigt werden. Für die folgenden Produktgruppen, -bereiche bzw. -pläne wurden die Beschreibungen, Kennzahlen etc. neu gefasst:

21.04	Schulbezogene Förderungen
21.04.03	Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.
21.05	Schülerbezogene Förderungen
41	Jugend und Soziales
92	Allgemeine Finanzen.

Die Veränderungen werden ebenfalls Anpassungen in den Beschreibungen und Erläuterungen im Produktgruppenhaushalt zur Folge haben (z.B. 92.03.01 „Nachwachskräfte- und Beschäftigungspool“ aufgrund der Personalaufstockung für Asylbedarfe). Diese werden ebenfalls im endgültigen Druck berücksichtigt

2.4 Anpassung des „Darlegungsbands“ zu den Haushaltsentwürfen 2014/2015

In Folge der kameralen Veränderungen sind die in den Darlegungsblättern je Produktgruppe ausgewiesenen Budgets anzupassen. Zu folgenden Produktgruppen wurde ein neues Darlegungsblatt erstellt:

21.04.03	Sonst. schulische Leistungen und Fördermaßnahmen
21.05.05	Assistenz in Schule (Sozialleistungen)
41.05.02	Bildung und Teilhabe
41.05.04	Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II
92.01.02	Allgemeine Finanzen (Sonstiges)
92.02.01	Versorgung
92.02.03	Globale Mehrausgaben Personal
92.03.01	Nachwachskräfte- und Beschäftigungspool

93.01.03 Steuerähnliche Abgaben

Die Veränderung aller sich aus dieser Mitteilung ergebenden Anpassungen in den Einnahmen und Ausgaben bereits vorgelegter Darlegungsblätter können der Anlage 5 entnommen werden. Die neuen Darlegungsblätter sind in **Anlage 6** beigelegt.

2.5 Anpassung der Stellenpläne 2014/2015

In verschiedenen Produktgruppen des Landeshaushalts sowie der Hochschulsonderhaushalte hat sich nach dem Ende der Eingabefrist für die Ressorts noch die Notwendigkeit von technischen Anpassungen im Stellenplan ergeben, die jedoch keine ausgabenwirksame Auswirkung haben. Es kommt durch diese Änderungen weder zu einer Erhöhung der Beschäftigungszielzahlen noch zu einer Erhöhung des Personalbudgets. Vielmehr ist es erforderlich, die durch die Haushaltsentwürfe vorgegebenen Gesamtmengen für die jeweiligen dezentralen Stellenstrukturen korrekt zu verteilen. Diese für die Ressorts erforderlichen Stellenanpassungen sollen hiermit nachgeholt werden (siehe **Anlage 7**).

Die sich daraus in der Summe ergebenden Veränderungen in den Feststellungsklauseln der Haushaltsgesetzesentwürfe 2014/2015 werden in Nr. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.** berücksichtigt.

3. Anpassungen der Entwürfe der Haushaltsgesetze 2014/2015

3.1 Einrichtung von zusätzlichen Stellen in verschiedenen Produktgruppen des Kernhaushalts sowie den Hochschulsonderhaushalten

Die beabsichtigten Stellenanpassungen (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) haben Auswirkungen auf die Feststellungen in § 1 Abs. 2 der Entwürfe der Haushaltsgesetze 2014/2015 des Landes und der Stadtgemeinde Bremen:

Land:

Das im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2014 für den Personalhaushalt ausgewiesene Stellenvolumen wird von 7 282 um 58 auf 7 340 angehoben. Für die Sonderhaushalte wird das Stellenvolumen von 2 616 um 171 auf 2 787 und der Stellenindex von 1,45 um 0,02 auf 1,47 festgesetzt. Daneben werden für die Sonderhaushalte 757 statt 724 und für die Anstalten des öffentlichen Rechts 226 statt 222 als refinanziertes Stellenvolumen ausgewiesen.

Das im Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 für den Personalhaushalt ausgewiesene Stellenvolumen wird von 7 205 um 58 auf 7 263 angehoben. Für die Sonderhaushalte wird das Stellenvolumen von 2 617 um 157 auf 2 774 und der Stellenindex von 1,45 um 0,01 auf 1,46 festgesetzt. Daneben werden für die Sonderhaushalte 755 statt 724 und für die Anstalten des öffentlichen Rechts 227 statt 222 als refinanziertes Stellenvolumen ausgewiesen.

Das Stellenvolumen für temporäre Personalmittel im Personalhaushalt soll erstmals separat ausgewiesen werden und beträgt im Land in 2014 und 2015 jeweils 42.

Stadt:

Das Stellenvolumen für temporäre Personalmittel im Personalhaushalt soll erstmals separat ausgewiesen werden und beträgt 23 im Jahr 2014 und 28 im Jahr 2015.

3.2 Saldo der kameralen Veränderungen im jeweiligen Haushalt

Die vom Senat mit dieser Mitteilung vorgeschlagenen kameralen Veränderungen haben zur Folge, dass die in § 1 Abs. 1 der Entwürfe der Haushaltsgesetze 2014 und 2015 enthaltenen Zahlenangaben angepasst werden müssen. Außerdem sind Anpassungen bei der Höhe der Kreditermächtigungen in § 14 (Land) bzw. 13 (Stadt) der Haushaltsgesetze notwendig.

Die Veränderungen sind in **Anlage 8** beigefügt.

4. Gesamtdarstellung der Veränderungen im Hinblick auf die Finanzierungsübersicht und den Kreditfinanzierungsplan

Die mit dieser Vorlage vorgeschlagenen Veränderungen der kameralen Finanzdaten lassen sich wie folgt darstellen:

Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde Bremen						Stand: 31.10.2013		
	Ansatz 2015 NEU	Änderung	Ansatz 2015 (Mittlg. 03.09.13)	Ansatz 2014 NEU	Änderung	Ansatz 2014 (Mittlg. 03.09.13)	Anschlag 2013	IST 2012
Einnahme- / Ausgabepositionen	in Mio. €							
- Steuern/steuerabhängige Einnahmen	3.351,7	0,0	3.351,7	3.221,7	0,0	3.221,7	3.102,7	2.989,4
- Konsolidierungshilfe	300,0	0,0	300,0	300,0	0,0	300,0	300,0	300,0
- Sonstige konsumtiven Einnahmen	648,6	19,0	629,6	659,1	34,6	624,5	566,1	596,6
- Investive Einnahmen	96,6	0,0	96,6	94,5	0,0	94,5	82,9	101,4
bereinigte Einnahmen	4.396,9	19,0	4.377,9	4.275,4	34,6	4.240,8	4.051,7	3.987,4
Rücklagenentnahmen	13,2	0,0	13,2	13,8	0,0	13,8	10,5	80,3
Summe der Verrechnungen/Erstattungen zwischen L+G	1.435,2	1,9	1.433,3	1.446,2	1,9	1.444,3	1.333,3	1.394,2
Kreditaufnahme (Bruttokreditermächtigung)	7.885,7	3,2	7.882,4	8.520,3	0,0	8.520,4	8.947,9	9.867,8
Einnahmen bei besonderen Finanzierungsvorgängen	9.334,0	5,1	9.328,9	9.980,3	1,8	9.978,5	10.291,7	11.342,3
GESAMTEINNAHMEN	13.731,0	24,2	13.706,8	14.255,7	36,5	14.219,2	14.343,3	15.329,7
- Personalausgaben	1.256,3	17,3	1.239,0	1.234,6	11,2	1.223,4	1.192,7	1.182,7
- Sozialleistungsausgaben	796,8	7,6	789,2	775,9	3,8	772,1	734,6	721,1
- Sonstige konsumtive Ausgaben (einschl. Tilg.)	1.507,6	4,5	1.503,0	1.494,1	4,7	1.489,4	1.437,7	1.455,6
- Weiterleitung Konsolidierungshilfe an Bremerhaven	31,1	0,0	31,1	31,1	0,0	31,1	31,1	31,1
- Investitionsausgaben	454,3	11,5	442,8	464,4	16,9	447,5	453,7	467,0
- Zinsausgaben	609,4	-18,6	628,0	613,8	-5,2	619,0	644,4	596,4
bereinigte Ausgaben	4.655,4	22,3	4.633,2	4.613,9	31,4	4.582,6	4.494,3	4.454,0
Rücklagenzuführungen	18,6	0,0	18,6	18,6	0,0	18,6	15,7	81,5
Summe der Verrechnungen/Erstattungen zwischen L+G	1.435,2	1,9	1.433,3	1.446,2	1,9	1.444,3	1.333,3	1.394,2
Kredittilgungen	7.621,8	0,0	7.621,8	8.177,1	3,2	8.173,8	8.500,0	9.400,0
Ausgaben bei besonderen Finanzierungsvorgängen	9.075,5	1,9	9.073,6	9.641,8	5,1	9.636,7	9.849,0	10.875,7
GESAMTAUSGABEN	13.731,0	24,2	13.706,8	14.255,7	36,5	14.219,2	14.343,3	15.329,7
Kennzahlen:								
Netto-Neuverschuldung (Saldo Bruttokreditaufnahme/Kredittilgungen)	-263,9	-3,2	-260,6	-343,3	3,3	-346,5	-447,9	-467,8
Rücklagenbewegung (Saldo Rücklagenzuführungen/-entnahmen)	5,4	0,0	5,4	4,7	0,0	4,7	5,2	1,2
Finanzierungssaldo (bereinigte Einnahmen / bereinigte Ausgaben bzw. Netto-Neuverschuldung / Rücklagensaldo)	-258,5	-3,2	-255,2	-338,6	3,2	-341,8	-442,7	-466,6
Saldo Konsolidierungshilfe (Einnahmen / Weiterleitung an Brhv.)	-268,9	0,0	-268,9	-268,9	0,0	-268,9	-268,9	-268,9
Finanzierungssaldo (ohne Konsolidierungshilfe)	-527,4	-3,2	-524,1	-607,5	3,2	-610,7	-711,6	-735,5

Aus dieser Übersicht wird deutlich, dass es sich bezogen auf die Haushalte des Landes und der Stadtgemeinde – mit Ausnahme des vorgeschlagenen überjährigen Ausgleichs bei den finanziellen Auswirkungen der Umwandlung der stillen Einlage bei der BLB in Höhe von 3,2 Mio. € - insgesamt um einen haushaltsneutralen Vorschlag

handelt. Die sich aus dem mit dem Bund vereinbarten Konsolidierungspfad ergebenden Ziele werden eingehalten. Bei den Zuwachsraten ergeben sich die folgenden Veränderungen:

Zuwachsraten (L+G)	2015		2014	
	Stand: Ergänzung	Stand: 03.09.2013	Stand: Ergänzung	Stand: 03.09.2013
bereinigte Ausgaben	0,9%	1,1%	2,7%	2,0%
Primärausgaben	1,2%	1,1%	3,9%	3,0%

Hinsichtlich des Zieles „Einhaltung des zulässigen strukturellen Finanzierungssaldos“ ist darauf hinzuweisen, dass sich der Finanzierungssaldo im Haushalt der Stadtgemeinde Bremen im Haushaltsjahr 2014 erheblich verschlechtert hat. Die nicht gegenfinanzierten Investitionsbedarfe für die Flüchtlingsunterbringung (10,9 Mio. €), die Veranschlagung der Barmittel für die Eigenkapitalaufstockung des Klinikums Bremen-Ost (3,0 Mio. €) sowie die Bereitstellung der erwarteten Mehrausgaben an die Bremer Verkehrsgesellschaft mbH (4,6 Mio. €) sind durch Kreditaufnahme im Haushaltsjahr 2014 zu finanzieren und verschlechtern damit den Finanzierungssaldo im städtischen Haushalt.

Im Haushaltsjahr 2015 steigt die Kreditaufnahme der Stadtgemeinde nur noch geringfügig um rd. 1,2 Mio. €.

Die für die Stadtgemeinde Bremen geltende Obergrenze des strukturellen Finanzierungssaldos wird in beiden Jahren nicht überschritten.

Die angepassten Finanzierungsübersichten und Kreditfinanzierungspläne sind in **Anlage 9** beigefügt.

5. Wirtschaftspläne 2014/2015

Im Rahmen der Vorlage „Wirtschaftspläne 2014/2015 der Eigenbetriebe, sonstige Sondervermögen, Stiftungen und Anstalten öffentlichen Rechts“ für die Sitzung des Senats am 20. August 2013 wurden für den Eigenbetrieb Werkstatt Bremen vorläufige Wirtschaftspläne (Entwürfe) vorgelegt. Aus organisatorischen Gründen konnten diese erst am 17. September 2013 vom Betriebsausschuss gemäß § 17 Abs. 1 Bremisches Gesetz für Eigenbetriebe und sonstige Sondervermögen des Landes und der Stadtgemeinden (BremSVG) beschlossen werden. Der der Stadtbürgerschaft vorzulegende Wirtschaftsplan ist in **Anlage 10** beigefügt.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb Bremer Volkshochschule soll, nach Beratung im Betriebsausschuss am 21. November 2013 und im Senat am 26. November 2013, in der Aufstellungssitzung der Haushalts- und Finanzausschüsse am 27. November 2013 vorgelegt werden.

Der Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb KiTa Bremen soll am 13. Dezember 2013 im Betriebsausschuss beraten und nach Beratung im Senat voraussichtlich im Januar 2014 dem Haushalts- und Finanzausschuss vorgelegt werden. Die Zuweisungen an den Eigenbetrieb KiTa Bremen wurden im vorgelegten Haushaltsentwurf bereits mit einem die Ausgabe beschränkenden Haushaltsvermerk versehen.

Die mit der vorgeschlagenen Dezentralisierung der konsumtiven Personalkostenzuschüsse (vgl. **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden**

werden.) einher gehende veränderte Mittelzuweisung erfordert die Anpassung der Wirtschaftspläne. Dies soll im Vollzug der Haushalte/Wirtschaftspläne vorgenommen werden. Konkret betroffen sind die nachfolgenden Einrichtungen:

- Performa Nord,
- Deutsches Schiffahrtsmuseum,
- Studentenwerk,
- Universität Bremen,
- Hochschule Bremen, Hochschule für Künste und Hochschule Bremerhaven.

ANLAGEN:

Anlage 1	Zielzahlenpassungen Berufseinsteigerpool	
Anlage 2	Personalbestand in der Produktgruppe	92.02.03
	Berufseinsteigerpool	
Anlage 3	haushaltsstellenscharfe Übersicht kameraler Veränderungs-	
	notwendigkeiten	
Anlage 4	neue und/oder wesentlich geänderte Produktplan-,	
	Produktbereichs- und Produktgruppenblätter	
Anlage 5	Budgetveränderungen im Produktgruppenhaushalt	
Anlage 6	neue und/oder wesentlich geänderte Darlegungsblätter	
Anlage 7	Stellenpläne	
Anlage 8	Haushaltsgesetze	
Anlage 9	Finanzierungsübersichten / Kreditfinanzierungspläne	
Anlage 10	Wirtschaftsplan 2014/2015 der Werkstatt Bremen	

Anlage 1

Zielzahlenpassungen Berufseinsteigerpool

Zielzahlanpassungen 2014/2015 entsprechend kameraler Anpassungen

Produkt- gruppe	Unter- kapitel	Bezeichnung	Soll Dez 14	Änderung um	Soll Dez 2014 NEU	Soll Dez 15	Änderung um	Soll Dez 2015 NEU
920302	0901920302	Berufsanfängerpool	13,90	3,00	16,90	13,02	3,00	16,02

Anlage 2

**Personalbestand in der Produktgruppe 92.02.03
Berufseinsteigerpool**

Änderungen Voraussichtlicher Personalbestand (VZE)PrGr 92.03.02 "Berufseinsteigerpool"			
	Land	Stadt	Gesamt
2014 bisher	35	0	0
2014 neu	16,9	8,8	25,7
2015 bisher	35	0	0
2015 neu	16	8,8	24,8

Anlage 3

**haushaltsstellenscharfe Übersicht kameraler
Veränderungsnotwendigkeiten**

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neu/Änderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-kat.
03.01.01		AUSG.PERS		3025.42201-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	012	020	925	125.130	3.520	128.650	122.350	3.960	126.310			H
03.01.01		AUSG.PERS		3025.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	012	020	925	241.680	6.800	248.480	235.630	7.640	243.270			H
92.02.01		AUSG.PERS		3025.43201-0	Versorgungsbezüge der Beamten	018	900	925	60.770	2.150	62.920	62.180	2.850	65.030			H
03.01.01		AUSG.KONSU		3025.51796-1	Fremdleistungen	012	020		50.000	5.400	55.400	50.000	5.400	55.400			O
92.02.01		AUSG.PERS		3031.43203-0	Versorgungsbezüge der Beamten (Ordnung)	048	900	925	1.907.460	64.060	1.971.520	2.002.690	82.340	2.085.030			H
92.02.01		AUSG.PERS		3031.43207-2	Versorgungsbezüge der Beamten (kommutale Angelegenheiten)	018	900	925	1.491.770	23.560	1.515.330	1.516.470	31.440	1.547.910			H
07.02.05		AUSG.KONSU		3032.51700-4	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	045	030		60.000	480	60.480	60.000	480	60.480	Einnahmen fließen den Mitteln zu.		O
03.01.02		AUSG.PERS		3041.42201-6	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	012	020	925	1.159.920	32.610	1.192.530	1.135.960	36.810	1.172.770			H
03.01.02		AUSG.PERS		3041.42801-4	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	012	020	925	1.139.990	32.050	1.172.040	1.126.010	36.490	1.162.500			H
03.01.02		AUSG.KONSU		3041.51700-9	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	012	020		159.090	3.000	162.090	159.090	3.000	162.090	Einnahmen fließen den Mitteln zu.		O
03.01.02		AUSG.KONSU		3041.53261-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	012	020		11.400	380	11.780	11.400	380	11.780	1. Die haushaltsspezifische Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.07		AUSG.PERS		3050.42201-0	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	012	051	925	671.530	18.880	690.410	579.540	18.780	598.320			H
07.03.07		AUSG.PERS		3050.42801-9	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	012	051	925	579.530	16.300	595.830	504.110	16.340	520.450			H
07.03.07		AUSG.KONSU		3050.51700-3	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	012	051		50.000	940	50.940	50.000	940	50.940			O
07.03.07		AUSG.KONSU		3050.53261-4	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	012	051		7.320	250	7.570	7.160	250	7.410	1. Die haushaltsspezifische Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.05		AUSG.PERS		3051.42201-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	043	051	925	744.850	20.940	765.790	710.140	23.010	733.150			H
07.03.18		AUSG.PERS		3051.42218-9	Bezüge planmäßiger Beamten (BSC)	043	051	925	972.070	27.330	999.400	844.060	27.350	871.410			H
07.03.02		AUSG.PERS		3051.42221-9	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Verkehrsüberwachung)	043	051	925	268.960	7.560	276.520	257.350	8.340	265.690			H
07.03.03		AUSG.PERS		3051.42231-6	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Kraftfahrzeugzulassungen, Führerscheine)	043	051	925	488.030	13.720	501.750	466.110	15.100	481.210			H
07.03.04		AUSG.PERS		3051.42241-3	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Ausländer- und Asylrechtl. Angelegenheiten)	043	051	925	848.150	23.850	872.000	705.470	22.860	728.330			H
07.03.01		AUSG.PERS		3051.42251-0	Bezüge planmäßiger Beamten (Zentrale Angelegenheiten Stadtamt)	043	051	925	633.280	17.810	651.090	1.063.700	34.470	1.098.170			H
07.03.05		AUSG.PERS		3051.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	043	051	925	839.940	23.620	863.560	808.040	26.180	834.220			H
07.03.18		AUSG.PERS		3051.42818-7	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (BSC)	043	051	925	2.248.200	63.220	2.311.420	1.948.240	63.130	2.011.370	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 10-4 geleistet werden.		H
07.03.02		AUSG.PERS		3051.42821-7	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Verkehrsüberwachung)	043	051	925	822.480	23.130	845.610	796.600	25.810	822.410			H
07.03.03		AUSG.PERS		3051.42831-4	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Kraftfahrzeugzulassungen, Führerscheine)	043	051	925	1.224.260	34.420	1.258.680	1.191.120	38.600	1.229.720			H
07.03.04		AUSG.PERS		3051.42841-1	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Ausländer- und asylrechtl. Angelegenheiten)	043	051	925	1.299.000	36.530	1.335.530	1.103.310	35.750	1.139.060			H
07.03.01		AUSG.PERS		3051.42851-9	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Zentrale Angelegenheiten Stadtamt)	043	051	925	1.266.550	35.610	1.302.160	1.380.370	44.730	1.425.100			H
07.03.02		AUSG.KONSU		3051.53262-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Verkehrsüberwachung/Ordnungswidrigkeiten)	043	051		9.800	330	10.130	9.590	330	9.920	1. Die haushaltsspezifische Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.03		AUSG.KONSU		3051.53263-4	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Kfz-Zulassung und Führerscheine)	043	051		13.300	450	13.750	13.010	450	13.460	1. Die haushaltsspezifische Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.04		AUSG.KONSU		3051.53264-2	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Ausländer- und asyl/rechtliche Angelegenheiten)	043	051		10.280	350	10.630	10.050	350	10.400	1. Die haushaltsspezifische Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neu/Änderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-Kat.
07.03.05		AUSG.KONSU		3051.53265-0	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Allgemeine Ordnungsangelegenheiten)	043	051		16.880	570	17.450	16.510	570	17.080	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und# Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.18		AUSG.KONSU		3051.53266-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (BSC)	043	051		18.250	610	18.860	17.850	610	18.460	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.03.06		AUSG.PERS		3052.42801-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	043	051	925	161.740	4.550	166.290	156.880	5.080	161.960			H
07.03.06		AUSG.KONSU		3052.53261-1	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	043	051		650	20	670	640	20	660	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.02.01		AUSG.PERS		3054.42201-5	Bezüge planmäßiger Beamtinnen und Richter (Rettungsdienst)	044	054	925	16.595.040	466.620	17.061.660	16.661.810	539.910	17.201.720			H
07.02.02		AUSG.PERS		3054.42221-0	Bezüge planmäßiger Beamtinnen und Richter (Rettungsdienst)	045	054	925	2.996.600	84.260	3.080.860	3.009.160	97.510	3.106.670			H
07.02.01		AUSG.PERS		3054.42801-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	044	054	925	563.540	15.850	579.390	557.330	18.060	575.390			H
07.02.02		AUSG.PERS		3054.42821-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Rettungsdienst)	045	054	925	13.890	390	14.280	14.170	460	14.630			H
92.02.01		AUSG.PERS		3054.43202-9	Versorgungsbezüge der Beamtinnen	048	900	925	13.238.660	522.300	13.760.960	12.966.790	694.520	13.661.310			H
07.02.03		AUSG.KONSU		3054.51700-8	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	044	054		540.000	21.840	561.840	540.000	21.840	561.940	Mehrausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 124.12-0 geleistet werden.		O
07.02.01		AUSG.KONSU		3054.53261-9	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	044	054		102.290	3.440	105.730	100.070	3.440	103.510	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
07.02.02		AUSG.KONSU		3054.53262-7	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	045	054		390	10	400	380	10	390	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
12.01.01		AUSG.KONSU		3191.53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	012	192		5.660	190	5.850	5.660	190	5.850	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
12.01.02		AUSG.KONSU	X	3191.63411-9	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den Betriebskostenzuschuss an die Bremer Bäder GmbH	322	192			4.447.100	4.447.100	4.847.100	4.847.100	4.847.100	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.		T, O
12.01.02		AUSG.KONSU	X	3191.63412-7	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für den Betriebskostenzuschuss des Freibades Blumenthal e.V. an die Bremer Bäder GmbH	322	192			130.000	130.000	130.000	130.000	130.000	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrages verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gesperrt. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage der erforderlichen Testate aufheben.		T
12.01.02		AUSG.KONSU		3191.68214-8	Zuschuss an die Bremer Bäder GmbH	322	192		4.409.000	-4.409.000	0	4.809.000	-4.809.000	0	0	HV streichen	T
12.01.02		AUSG.KONSU		3191.68610-0	Zuschuss a. d. Bremer Bäder GmbH für den Betrieb des Sport- und Freizeitbades Blumenthal e.V.	322	192		130.000	-130.000	0	130.000	-130.000	0	0		T
12.01.02		AUSG.INVES	X	3191.88411-5	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen an die Bremer Bäder GmbH (Regelinvestitionen)	322	192			798.000	798.000		798.000	798.000	1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO.2. Die haushaltsgesetzliche gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.		T

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neuänderung/Ergänzung bzw. Erdäuerung	Änd.-kat.
12.01.02		AUSG.INVES	X	3191.88412-3	An das Sondervermögen Immobilien und Technik für Investitionen zur Sanierung des Unibades an die Bremer Böder GmbH	322	192			3.300.000	3.300.000		3.300.000	3.300.000		1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO.2. Die haushaltsgesetzliche gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.	T
12.01.02		AUSG.INVES		3191.891110-3	Zuschuss an die Bremer Böder GmbH für Investitionen	322	192		798.000	-798.000	0		-798.000			1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO.2. Die haushaltsgesetzliche gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.	T
12.01.02		AUSG.INVES		3191.89111-1	Zuschuss an die Bremer Böder GmbH zur Sanierung des Unibades	322	192		3.300.000	-3.300.000	0		-3.300.000			1. Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet die Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO.2. Die haushaltsgesetzliche gegenseitige Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.	T
12.01.01		AUSG.PERS		3192.42201-8	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	322	192	925	215.420	6.060	221.480	210.710	6.830	217.540			H
12.01.01		AUSG.PERS		3192.42801-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	322	192	925	690.450	19.410	709.860	674.160	21.850	696.010			H
92.02.01		AUSG.PERS		3192.43201-3	Versorgungsbezüge der Beamten	018	900	925	97.370	1.160	98.530	109.150	1.530	110.680			H
12.01.01		AUSG.KONSU		3192.51700-0	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	322	192		624.980	34.900	659.880	624.980	34.900	659.880		1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der Mehreinnahmen bei 124 IO-6 geleistet werden.2. Einnahmen fließen den Mitteln zu.	O
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42201-2	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	112	200	925	176.750	4.970	181.720	176.170	5.710	181.880			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42205-5	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	112	200	925	46.094.940	1.296.100	47.391.040	46.080.600	1.493.210	47.573.810			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42206-3	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	112	200	925	414.290	11.650	425.940	414.270	13.420	427.090			H
21.90.02		AUSG.PERS		3210.42215-2	Bezüge planmäßiger Beamten (außerunter-richtlich eingesetzte Lehrkräfte)	187	200	925	133.700	3.760	137.460	130.120	4.220	134.340			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42801-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	112	200	925	1.820.340	51.180	1.871.520	1.817.290	58.890	1.876.180			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42805-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	112	200	925	8.371.090	235.380	8.606.470	8.423.180	272.950	8.696.130			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42840-1	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Verlässliche Grundschule, Betreuungsbereich)	112	200	925	1.055.940	29.690	1.085.630	1.051.820	34.080	1.085.900			H
21.01.01		AUSG.PERS		3210.42841-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Ganztagsschulen)	112	200	925	2.721.890	76.530	2.798.420	1.974.230	63.970	2.038.200			H
21.01.01		AUSG.KONSU		3210.53201-2	Entgelte für Hausmeisterdienste	112	200		3.073.000	193.600	3.266.600	3.073.000	193.600	3.266.600		Siehe zu 517 97-8.	K
21.01.03		AUSG.PERS		3211.42205-9	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	124	200	925	7.785.940	218.930	8.004.870	7.590.750	245.970	7.836.720			H
21.01.03		AUSG.PERS		3211.42206-7	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	124	200	925	143.370	4.030	147.400	139.730	4.530	144.260			H
21.01.03		AUSG.PERS		3211.42801-4	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	124	200	925	418.640	11.770	430.410	408.590	13.240	421.830			H
21.01.03		AUSG.PERS		3211.42805-7	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	124	200	925	1.288.850	36.240	1.325.090	1.239.490	40.160	1.279.650			H
21.01.03		AUSG.KONSU		3211.53201-6	Entgelte für Hausmeisterdienste	124	200		291.000	18.330	309.330	241.000	15.180	256.180		Siehe zu 3210.517 97-8.	K
21.01.11		AUSG.PERS		3216.42201-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	127	200	925	35.780	1.010	36.790	35.240	1.140	36.380			H
21.01.11		AUSG.PERS		3216.42205-7	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	127	200	925	38.645.800	1.086.650	39.732.450	38.046.440	1.232.870	39.279.310			H
21.01.11		AUSG.PERS		3216.42206-5	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	127	200	925	904.050	25.420	929.470	897.660	29.090	926.750			H
21.90.02		AUSG.PERS		3216.42215-4	Bezüge planmäßiger Beamten (außerunterrichtlich eingesetzte Lehrkräfte)	187	200	925	843.120	23.710	866.830	824.380	26.710	851.090			H
21.01.15		AUSG.PERS		3216.42235-9	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte Erweichungs-/Abendschule)	114	200	925	2.349.250	66.060	2.415.310	2.300.930	74.560	2.375.490			H
21.01.09		AUSG.PERS		3216.42285-5	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte Sek. II)	114	200	925	5.095.850	143.290	5.239.140	4.970.040	161.050	5.131.090			H
21.01.09		AUSG.PERS		3216.42286-3	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte Sek. II)	114	200	925	92.790	2.610	95.400	92.400	2.990	95.390			H
21.01.11		AUSG.PERS		3216.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	127	200	925	8.656.550	243.410	8.899.960	8.546.850	276.950	8.823.900			H
21.01.11		AUSG.PERS		3216.42805-5	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	127	200	925	8.728.760	245.440	8.974.200	8.519.690	276.070	8.795.760			H
21.90.02		AUSG.PERS		3216.42815-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (außerunterrichtlich eingesetzte Lehrkräfte)	187	200	925	130.840	3.680	134.520	127.990	4.150	132.140			H

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neu/Änderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-Kat.	
21.01.15		AUSG PERS		3216 42835-7	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte Erwachsenen-/Abendschule)	114	200	925	1.199.050	33.720	1.232.770	1.156.810	37.490	1.194.300			H	
21.01.15		AUSG PERS		3216 42836-5	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Erwachsenen-/Abendschule)	114	200	925	143.680	4.040	147.720	145.130	4.700	149.830			H	
21.01.09		AUSG PERS		3216 42881-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Sek. II)	114	200	925	65.090	1.830	66.920	64.150	2.080	66.230			H	
21.01.09		AUSG PERS		3216 42885-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte Sek. II)	114	200	925	1.300.130	36.560	1.336.690	1.266.920	41.050	1.307.970			H	
21.01.11		AUSG KONSU		3216 53201-4	Entgelte für Hausmeisterdienste	127	200		1.442.610	90.880	1.533.490	1.442.610	90.880	1.533.490	Siehe zu 3210517 97-8.		K	
21.01.13		AUSG PERS		3217 42201-8	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	114	200	925	26.130	730	26.860	25.770	840	26.610			H	
21.01.13		AUSG PERS		3217 42205-0	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	114	200	925	23.331.720	656.040	23.987.760	22.997.780	745.230	23.743.010			H	
21.01.13		AUSG PERS		3217 42206-9	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	114	200	925	517.630	14.550	532.180	513.910	16.650	530.560			H	
21.90.02		AUSG PERS		3217 42215-8	Bezüge planmäßiger Beamten (außerunterrichtlich eingesetzte Lehrkräfte)	187	200	925	103.580	2.910	106.490	97.190	3.150	100.340			H	
21.01.13		AUSG PERS		3217 42801-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	114	200	925	486.910	13.690	500.600	480.250	15.560	495.810			H	
21.01.13		AUSG PERS		3217 42805-9	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	114	200	925	3.719.170	104.580	3.823.750	3.698.450	119.850	3.818.300			H	
21.90.02		AUSG PERS		3217 42815-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (außerunterrichtlich eingesetzte Lehrkräfte)	187	200	925	222.000	6.240	228.240	212.400	6.880	219.280			H	
21.01.13		AUSG KONSU		3217 53201-8	Entgelte für Hausmeisterdienste	114	200		530.320	33.410	563.730	530.320	33.410	563.730	Siehe zu 3210517 97-8.		K	
21.01.17		AUSG PERS		3218 42205-4	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	114	200	925	60.076.380	1.689.240	61.765.620	59.272.670	1.920.690	61.193.360			H	
21.01.17		AUSG PERS		3218 42206-2	Bezüge der außerplanmäßigen Beamten (Lehrkräfte)	114	200	925	810.220	22.780	833.000	807.310	26.160	833.470			H	
21.01.17		AUSG PERS		3218 42801-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	114	200	925	3.465.690	97.450	3.563.140	3.449.020	111.760	3.560.780			H	
21.01.17		AUSG PERS		3218 42805-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte)	114	200	925	21.487.940	604.200	22.092.140	21.283.420	689.670	21.973.090			H	
21.90.02		AUSG PERS		3218 42815-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (außerunterrichtlich eingesetzte Lehrkräfte)	114	200	925	702.910	19.760	722.670	680.950	22.070	703.020			H	
21.01.17		AUSG KONSU		3218 53201-1	Entgelte für Hausmeisterdienste	114	200		2.458.200	154.870	2.613.070	2.458.200	154.870	2.613.070	Siehe zu 3210517 97-8.		K	
21.05.04		AUSG KONSU		3235 68450-0	Zuwendungen an freie Träger für die Schulsozialarbeit	141	200		0	940.000	940.000	0				Für 2014: 1. Mehrausgaben bei 428 50-3 und 684 50-0 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 50-0 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 50-3. Für 2015: 1. Ausgaben bei 428 50-3 und 684 50-0 dürfen in Höhe der Einnahmen bei 380 50-0 geleistet werden. 2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 50-3.	R	
21.04.01		AUSG PERS		3239 42201-1	Bezüge der planmäßigen Beamten (ReBUZ)	129	200	925	236.400	6.650	243.050	234.210	7.590	241.800			H	
21.04.01		AUSG PERS		3239 42202-0	Bezüge der planmäßigen Beamten (Lehrkräfte - ReBUZ)	129	200	925	1.397.480	39.290	1.436.770	1.377.810	44.650	1.422.460			H	
21.04.03		AUSG PERS		3239 42206-2	Bezüge der planmäßigen Beamten (Schulbibliothek)	129	200	925	254.720	7.160	261.880	236.220	7.650	243.870			H	
21.04.03		AUSG PERS		3239 42211-9	Bezüge der Beamten (Lehrkräfte- Vertrag Niedersachsen)	129	200		240.000	6.750	246.750	480.000	15.550	495.550			H	
21.04.01		AUSG PERS		3239 42801-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ReBUZ)	129	200	925	1.288.640	36.230	1.324.870	1.293.000	41.900	1.334.900			H	
21.04.01		AUSG PERS		3239 42803-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Lehrkräfte - ReBUZ)	129	200	925	185.640	5.220	190.860	183.780	5.960	189.740			H	
21.04.03		AUSG PERS		3239 42806-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Schulbibliothek)	129	200	925	492.560	13.850	506.410	449.710	14.570	464.280			H	
92.02.01		AUSG PERS		3239 43201-7	Versorgungsbezüge der Beamten (Schulen der Stadtgemeinde Bremen)	118	900	925	1.39.483.800	472.590	1.39.956.390	142.443.740	745.410	143.189.150			H	
92.02.01		AUSG PERS		3239 43221-1	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Bildung)	018	900	925	467.800	24.790	492.590	476.080	25.520	501.600			H	
21.04.03		AUSG KONSU		3239 51707-1	Ausgaben für die getrennte Entwässerungsgebühr	129	200		0	625.710	625.710	0	625.710	625.710			O	
21.05.03	21.04.03	AUSG KONSU		3239 53135-0	Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Schüler und Schülerinnen (im Bereich W + E)	129	200		4.165.220		4.165.220	4.165.220			1. Gegenseitig deckungsfähig mit 531 36-8.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.	U	
21.05.03		AUSG KONSU		3239 53136-8	Betreuung im Rahmen des Assistenzprogramms (Inklusion)	129	200		2.880.000	-2.880.000	0	2.880.000	-2.880.000		0	Siehe zu 531 35-0.	Streichung des Haushaltsvermerks	U
21.90.01		AUSG KONSU		3239 53261-5	An Performa Nord. Entgelte für Dienstleistungen	012	200		1.117.600	37.630	1.155.230	1.097.700	37.630		1.135.330	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel. 2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig. 3. Die Mittel sind nicht übertragbar.	I	

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neu/Änderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-kat.
	21.05.05	AUSG.KONSU	X	3239.68110-6	Hilfen und Leistungen nach SGB VIII (Assistenz in Schule)	141	200		0	0	0	0	0	2.880.000	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.	Siehe zu 681.11-4.	U
	21.05.05	AUSG.KONSU	X	3239.68111-4	Hilfen und Leistungen nach SGB XII (Assistenz in Schule)	141	200		0	2.880.000	2.880.000	0	0	2.880.000	Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.	Gegenseitig deckungsfähig mit 681.10-6.	U
22.03.01		AUSG.KONSU		3270.68614-0	Zuschuss an die Stiftung Neues Museum Weserburg Bremen	183	250		877.000	170	877.170	877.000	170	877.170	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
															Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.03		AUSG.KONSU		3288.68433-1	Zuschuss an das Bürgerhaus Weserterrassen	439	250		284.000	520	284.520	284.000	520	284.520	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
															Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.03		AUSG.KONSU		3288.68434-0	Zuschuss an das Bürgerhaus Mahrndorf	439	250		261.000	400	261.400	261.000	400	261.400	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
															Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.03		AUSG.KONSU		3288.68437-4	Zuschuss an das Bürgerhaus Ostelshausen	439	250		291.500	1.500	293.000	291.500	1.500	293.000	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
															Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.03		AUSG.KONSU		3288.68438-2	Zuschuss an das Bürgerzentrum Neue Vahr gGmbH	439	250		525.000	1.630	526.630	525.000	1.630	526.630	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
															Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.01		AUSG.KONSU		3288.68617-2	Zuschuss an die Kultur Büro Bremen Nord gGmbH	187	250		940.000	2.120	942.120	940.000	2.120	942.120	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
92.02.01		AUSG.PERS		3289.43222-0	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Kultur)	018	900	925	102.250	40	102.290	104.780	40	104.820	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3289.43229-8	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgegliederten Kulturbereichen	018	900	925	1.936.690	49.950	1.986.640	2.099.020	61.190	2.160.210	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
22.03.01		AUSG.KONSU		3289.68611-7	Zuschuss an die Stiftung Übersee-Museum Bremen für Sachausgaben	183	250		1.639.000	4.670	1.643.670	1.639.000	4.670	1.643.670	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.03.01		AUSG.KONSU		3289.68621-4	Zuschuss an die Stiftung Focke-Museum Bremen für Sachausgaben	183	250		440.000	4.970	444.970	440.000	4.970	444.970	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
22.01.02		AUSG.KONSU		3289.68651-6	Zuschuss an den Eigenbetrieb Musikschule Bremen für Sachausgaben	185	250		0	1.030	1.030	0	1.030	1.030	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		O
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43231-0	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Arbeit)	018	900	925	402.740	9.000	411.740	396.950	12.030	408.980	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43239-5	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgegliederten Arbeitsbereichen	018	900	925	155.070	2.100	157.170	176.670	2.170	179.440	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43241-7	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Jugend und Soziales)	018	900	925	6.379.290	270.200	6.649.490	6.634.960	330.690	6.965.650	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43242-5	Versorgungsbezüge der Beamten (Tagesbetreuung)	018	900	925	873.560	16.310	889.870	1.057.570	21.940	1.079.210	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43249-2	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgegliederten Sozialbereichen	018	900	925	259.340	4.690	264.030	264.760	6.230	270.990	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43251-4	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktplan Gesundheit)	018	900	925	1.859.420	58.730	1.918.150	1.888.450	71.570	1.960.020	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
92.02.01		AUSG.PERS		3401.43259-0	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgegliederten Gesundheitsbereichen	018	900	925	178.450	1.280	179.730	165.570	2.620	168.190	Monatlich darf max. 1/14 des veranschlagten Zuwendungsbetrags verausgabt werden. Nach dem I. Quartal d. J. wird der verbleibende veranschlagte Zuwendungsbetrag gespart. Die Senatorin für Finanzen kann die Ausgabebeschränkung bzw. die Sperre nach Vorlage des Testats aufheben.		H
41.03.01		AUSG.INVES		3417.89310-4	Investive Ausgaben zur Herstellung von Unterbringungsmöglichkeiten	287	400		0	10.900.000	10.900.000	0	5.000.000	5.000.000	1. Gegenseitig deckungsfähig mit 671.15-2. 2. Die Mittel sind für 2014 in Höhe von 1.600.000 EUR und für 2015 in voller Höhe gesperrt.		B
41.03.01		AUSG.KONSU	X	3417.97310-8	Globale Mehrausgaben Asyl	882	400		0	3.800.000	3.800.000	0	7.600.000	7.600.000	Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperre entscheidet der Haushalts- und Finanzausschuss nach Befassung des Senats.		B

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 09.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - NeuÄnderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-Kat.
41.01.02		AUSG.KONSU		3432.68541-0	Zuschuss an KiTa Bremen für konsumtive Ausgaben	274	490		325.520	64.200	389.720	334.760	64.200	398.960	Zweckgebunden zur Deckung von Ausgaben bei 681 00-8 bis 681 59-8, 98010-2, 980 20-0, 980 30-7, 980 40-4 und 980 50-1.		O
41.05.02		EINN.EKONS		3474.38410-0	Von Hst. 0409/984 10-6, Bundesanteil an Kosten der Unterkunft für Bildung und Teilhabe	892	490		9.805.000	1.868.000	11.673.000	9.970.000	1.903.000	11.873.000			G
41.05.02		AUSG.KONSU		3474.68100-8	Ausgaben im Rahmen von Leistungen für Bildung und Teilhabe	291	490		0	968.000	968.000		1.003.000	1.003.000	1. Über 3.989.000 EUR (2014) bzw. 4.050.000 EUR (2015) hinaus dürfen Ausgaben bei 681 00-8, 681 09-1 bis 681 59-8, 980 10-2, 980 20-0, 980 30-7, 980 40-4 und 980 50-1 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 10-0 und 384 11-9 geleistet werden.2. Gegenseitig deckungsfähig mit 681 09-1 bis 681 59-8, 980 10-2, 980 20-0, 980 30-7, 980 40-4 und 980 50-1.	1. Über 3.089.000 EUR (2014) bzw. 3.150.000 EUR (2015) hinaus dürfen Ausgaben bei 681 00-8, 681 09-1 bis 681 59-8, 980 10-2, 980 20-0, 980 30-7, 980 40-4 und 980 50-1 in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 384 10-0 und 384 11-9 geleistet werden.2. Gegenseitig deckungsfähig mit 681 09-1 bis 681 59-8, 980 10-2, 980 20-0, 980 30-7, 980 40-4 und 980 50-1.	G
41.90.04		AUSG.KONSU		3490.51700-5	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	219	490		964.500	12.960	977.460	964.500	12.960	977.460	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		O
41.90.04		AUSG.KONSU		3490.53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Pflichtleistungen)	012	490		137.790	4.640	142.430	131.060	4.640	135.690			I
41.05.04		AUSG.KONSU		3493.63611-0	Kommunaler Finanzierungsstell. Jobcenter Bremen (Anteil PPL 41)	219	400		492.500	800.000	1.292.500	485.110	800.000	1.285.110			G
41.01.03		AUSG.PERS		3496.42223-5	Bezüge planmäßiger Beamten (ambulante Erziehungshilfe)	219	490	925	1.280.600	36.010	1.316.610	1.232.870	39.950	1.272.820			H
41.01.06		AUSG.PERS		3496.42226-0	Bezüge planmäßiger Beamten (andere Aufgaben der Jugendhilfe -VfHf-)	219	490	925	1.319.150	37.090	1.356.240	1.308.430	42.400	1.350.830			H
41.02.01		AUSG.PERS		3496.42231-6	Bezüge planmäßiger Beamten (Behinderte, Erwachsene ohne Kinder)	219	490	925	202.400	5.690	208.090	192.640	6.240	198.880			H
41.01.06		AUSG.PERS		3496.42236-7	Bezüge planmäßiger Beamten (andere Aufgaben der Jugendhilfe -AfSD-)	219	490	925	588.200	16.400	599.600	576.990	18.700	595.690			H
41.05.03		AUSG.PERS		3496.42261-8	Bezüge planmäßiger Beamten (Hilfe zum Lebensunterhalt)	219	490	925	2.988.530	84.030	3.072.560	2.943.970	95.400	3.039.370			H
41.02.03		AUSG.PERS		3496.42281-2	Bezüge planmäßiger Beamten (Hilfen für Wohnungslose)	219	490	925	51.110	1.440	52.550	50.330	1.630	51.960			H
41.90.04		AUSG.PERS		3496.42290-1	Bezüge planmäßiger Beamten (Zentrale Angelegenheiten AfSD)	219	490	925	1.618.060	45.500	1.663.560	1.596.960	51.750	1.648.710			H
41.01.01		AUSG.PERS		3496.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	219	490	925	944.730	26.560	971.290	928.700	30.090	958.790	1. Mehrausgaben bei 428 01-2 und Ausgaben bei 428 12-8 un 634 99-2 dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 02-4 geleistet werden.2. Gegenseitig deckungsfähig mit 428 12-8 und 634 99-2.3. Die Planung der stadt- bzw. ortsteilbezogenen Verwendung von Anschlagsmitteln der für den Stadtteil vorgesehenen Mittel der Kinder- und Jugendförderung bedarf der Zustimmung des für den jeweiligen Stadt- bzw. Ortsteil zuständigen Berats. Bei Meinungsverschiedenheiten findet die Einvernehmens- regelung des Ortsgesetzes über Beiräte und Ortsämter Anwendung. Die Rechte des Jugendhilfeausschusses bleiben unberührt.		H
41.01.02		AUSG.PERS		3496.42802-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	274	490	925	131.510	3.700	135.210	132.740	4.300	137.040			H
41.01.03		AUSG.PERS		3496.42811-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Projekt ESPO)	219	490	925	354.400	9.970	364.370	348.730	11.300	360.030			H
41.01.03		AUSG.PERS		3496.42823-3	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Ambulante Erziehungshilfe)	219	490	925	10.067.030	283.070	10.350.100	9.981.330	323.440	10.304.770	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 05-9 geleistet werden.		H
41.01.06		AUSG.PERS		3496.42826-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Andere Aufgaben der Jugendhilfe -VfHf-)	219	490	925	625.770	17.600	643.370	616.180	19.970	636.150	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 03-2 geleistet werden.		H
41.02.01		AUSG.PERS		3496.42831-4	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Behinderte, Erwachsene ohne Kinder)	219	490	925	2.333.610	65.620	2.399.230	2.326.130	75.380	2.401.510			H
41.01.06		AUSG.PERS		3496.42836-5	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Andere Aufgaben der Jugendhilfe -AfSD-)	219	490	925	895.930	25.190	921.120	892.220	28.910	921.130			H
41.05.03		AUSG.PERS		3496.42861-6	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Existenzsich. nach SGB XII)	219	490	925	2.542.160	71.480	2.613.640	2.510.060	81.340	2.591.400	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 04-0 geleistet werden.		H
41.02.03		AUSG.PERS		3496.42881-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Hilfen für Wohnungslose)	219	490	925	722.000	20.300	742.300	710.950	23.040	733.990			H
41.90.04		AUSG.PERS		3496.42890-0	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (zentrale Angelegenheiten AfSD)	219	490	925	2.595.210	72.970	2.668.180	2.541.220	82.350	2.623.570	Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 236 06-7 geleistet werden.		H
41.07.01		AUSG.PERS		3496.42891-8	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Leistungen für Sucht- und Drogenkranke)	219	490	925	507.090	14.260	521.350	499.370	16.180	515.550			H

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - NeuÄnderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-kat.
51.01.02		AUSG.PERS		3510.42201-4	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	311	510	925	700.050	19.680	719.730	683.320	22.140	705.460			H
51.01.02		AUSG.PERS		3510.42211-1	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter im Sozial- psychiatrischen Dienst	311	510	925	207.250	5.830	213.080	195.430	6.330	201.760			H
51.01.02		AUSG.PERS		3510.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	311	510	925	5.551.910	156.110	5.708.020	5.479.270	177.550	5.656.820			H
51.01.02		AUSG.PERS		3510.42870-5	Personelle Aufwendungen zur Verbesserung der Sicherung des Kindeswohls	311	510		361.380	10.160	371.540	361.380	11.710	373.090			H
51.01.02		AUSG.KONSU		3510.51700-7	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	311	510		120.200	2.210	122.410	120.200	2.210	122.410			O
51.01.02		AUSG.KONSU		3510.53261-8	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	012	510		40.140	1.350	41.490	39.080	1.350	40.430	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
92.02.01		AUSG.PERS		3681.43201-8	Versorgungsbezüge der Beamten	018	900	925	5.715.110	44.440	5.759.550	5.751.060	74.910	5.825.970			H
92.02.01		AUSG.PERS		3681.43209-3	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgelagerten Bauräumen	018	900	925	5.970.170	54.520	6.024.690	5.853.940	79.250	5.933.190			H
66.90.01		AUSG.KONSU		3681.53261-6	An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen	012	680		51.000	1.720	52.720	50.000	1.720	51.720	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
66.01.02		AUSG.PERS		3687.42201-4	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter	711	687	925	2.068.280	58.160	2.126.440	2.021.830	65.520	2.087.350			H
66.01.02		AUSG.PERS		3687.42221-9	Bezüge der planmäßigen Beamten und Richter (OPNV-Einsatzstellen)	741	687	925	57.440	1.620	59.060	55.230	1.790	57.020			H
66.01.02		AUSG.PERS		3687.42801-2	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	711	687	925	8.788.930	247.130	9.036.060	8.659.540	280.610	8.940.150			H
66.01.02		AUSG.KONSU		3687.51700-7	Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume	711	687		350.000	9.400	359.400	350.000	9.400	359.400			O
66.02.07		AUSG.PERS		3691.42201-0	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	012	691		331.490	9.320	340.810	327.850	10.620	338.470			H
66.02.07		AUSG.PERS		3691.42801-9	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	012	691	925	1.206.110	33.910	1.240.020	1.195.380	38.740	1.234.120			H
92.02.01		AUSG.PERS		3701.43281-8	Versorgungsbezüge der Beamten (Produktion Häfen)	018	900	925	2.185.630	0	2.185.630	2.116.960	630	2.117.590			H
92.02.01		AUSG.PERS		3701.43289-3	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgelagerten Häfenbereichen	018	900	925	691.680	1.370	693.050	739.510	3.660	743.170			H
81.01.02		AUSG.PERS		3854.42201-3	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter	731	854	925	919.670	25.860	945.530	896.840	29.060	925.900			H
81.01.02		AUSG.PERS		3854.42801-1	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	731	854	925	3.104.630	87.300	3.191.930	3.030.590	98.200	3.128.790			H
81.01.02		AUSG.KONSU		3854.53261-7	An Performa-Nord, Entgelte für Dienstleistungen	731	800		21.000	710	21.710	20.000	710	20.710	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
92.03.02		AUSG.PERS		3901.42203-5	Bezüge planmäßiger Beamten und Richter (Berufseinstiegsprogramm)	011	900	925	375.000	10.540	385.540	375.000	12.150	387.150	Gegenseitig deckungsfähig mit 428 03-3.		H
92.03.01		AUSG.PERS	X	3901.42204-3	Bezüge der Beamten und Richter (Aufnahme und Integration von Flüchtlingen)	011	900	925	0	500.000	500.000	0	600.000	600.000	Gegenseitig deckungsfähig mit 428 04-1.		B
92.03.01		AUSG.PERS	X	3901.42804-1	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Aufnahme und Integration von Flüchtlingen)	011	900	925	0	500.000	500.000	0	600.000	600.000	Siehe zu 422 04-3.		B
92.02.01		AUSG.PERS		3901.43209-0	Versorgungsbezüge der Beamten aus ausgelagerten Finanz- und Personalbereichen	018	900	925	1.438.110	21.260	1.459.370	1.452.260	28.230	1.480.490			H
92.03.01		AUSG.PERS	X	3901.44104-8	Beihilfen, soweit nicht für Versorgungsempfänger und dgl.	011	900	928	0		0			0	Die Mittel sind gesperrt. Über die Aufhebung der Sperrunterschieden der Senatorin für Finanzen nach Vorlage der Planungsunterlagen gem. § 24 Abs. 2 LHO.		T
96.01.01		AUSG.INVES		3950.81209-4	Ausgaben im Zusammenhang mit dem Projekt KoPers (Stadtgemeinde)	012	950	900	2.332.530		2.332.530	1.964.710		1.964.710	Streichung des Haushaltsvermerks		T
93.01.02		EINN.KRED		3980.32530-9	Kreditmarktmittel und Anleihen	831	900		612.637.570	17.551.540	630.389.110	957.948.410	4.435.030	962.383.440	1. Hieraus sind Ausgaben für Kurspflege zu leisten.2. Einnahmen aus Kreditaufnahmen dürfen in das folgende Haushaltsjahr umgebucht werden. Desgleichen dürfen am Anfang des folgenden Haushaltsjahres eingehende Einnahmen aus Kreditaufnahmen noch zu Gunsten des abzuschließenden Haushaltsjahres gebucht oder umgebucht werden.		F; X
93.01.02		AUSG.ZINSE		3980.57501-1	Zinsen an sonstigen Kreditmarkt	831	900	901	208.658.520	-4.476.910	204.181.610	204.078.160	-14.176.910	189.901.250	Siehe zu 561 01-0.		W

PGR	PGR NEU	Aggregat	Hst. NEU	Hst.	Zweckbestimmung	FK Z	BK Z	FB Z	Ansatz 2014 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2014 um	Ansatz 2014 (NEU)	Ansatz 2015 (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung 2015 um	Ansatz 2015 (NEU)	Haushaltsvermerk (Stand: Entwurf 03.09.2013)	Änderung im Dispositiv HV - Neu/Änderung/Ergänzung bzw. Erläuterung	Änd.-kat.
92.01.02		AUSG.KONSU	3986.68226-0		Verlustrücklage der Bremer Verkehrs- gesellschaft mbH (konsumtiv)	649	900		0	4.635.000	4.635.000	0	4.635.000	4.635.000	1. Ausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 26-3 geleistet werden.2. Die Senatorin für Finanzen ist ermächtigt, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die aus seinem Haushalt für den Verlust der BSAG gezahlten und hier für den Verlust- ausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH vereinhaltenen Einnahmeverfügungsmittel in der Höhe wieder zur Verfügung zu stellen, wie diese nicht für den Verlusausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH herangezogen werden müssen.	1. Mehrausgaben dürfen in Höhe der zweckgebundenen Einnahmen bei 380 26-3 geleistet werden.2. Die Senatorin für Finanzen ist ermächtigt, dem Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die aus seinem Haushalt für den Verlust der BSAG gezahlten und hier für den Verlust- ausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH vereinhaltenen Einnahmeverfügungsmittel in der Höhe wieder zur Verfügung zu stellen, wie diese nicht für den Verlusausgleich der Bremer Verkehrsgesellschaft mbH herangezogen werden müssen.	F
92.01.02		AUSG.INVES	3986.83111-2		Kapitalerhöhungen (Klinken)	812	900		0	3.000.000	3.000.000	0		0			C
92.01.02		AUSG.KONSU	3987.53211-3		An Immobilien Bremen aOR, Eingelt gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag	811	900		725.000	28.000	753.000	725.000	28.000	753.000			O
92.01.02		AUSG.KONSU	3987.63415-3		Zuweisung an das Sondervermögen Immobilien und Technik zur Deckung der Mehrpelastung aus der getrennten Abwassergebühr	811	900		1.579.880	-1.507.250	72.630	1.579.880	-1.507.250	72.630			O
92.02.01		EINN.KONSU	3990.23401- 8	X	Von der Versorgungsrücklage des Landes Bremen, Rückführung Kapitalstock (Stadt)	018	900		0	5.000.000	5.000.000	0	7.750.000	7.750.000		HV: Siehe zu 432 03-0. Erläuterung: Die Einnahme ist abhängig von einer gesetzlichen Ermächtigung.	A
92.02.01		AUSG.PERS	3990.43203-0	X	Versorgungsbezüge der Beamten und Richter (aus Rückführung Kapitalstock refinanziert)	018	900	925	0	5.000.000	5.000.000	0	7.750.000	7.750.000		Ausgaben dürfen in Höhe der Einnahmen bei 234 01-9 geleistet werden.	A
92.02.03		AUSG.PERS	3990.46101-4		Globale Mehrausgaben (Tarif-, Besoldung- und Versorgungsvorsorge)	881	900		12.210.500	-12.210.500	0	22.409.740	-13.398.540	9.011.200	Die Mittel sind übertragbar.		H
92.02.03		AUSG.PERS	3990.46105-7	X	Globale Mehrausgaben für Ausbildung von Flüchtligen	881	900		0	0	0	0	400.000	400.000			B
92.02.04		AUSG.KONSU	3995.53262-9		An Performa Nord, zentrale Finanzierung des Bürgertelefons Bremen	012	900		1.252.680	42.170	1.294.850	1.271.470	42.170	1.313.640	Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.		I
92.02.04		AUSG.KONSU	3995.53263-7		An Performa Nord, zentrale Finanzierung der Fachdienste für Arbeitsschutz	012	900		323.290	10.890	334.180	328.140	10.890	339.030	Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.		I
92.02.01		AUSG.KONSU	3995.53264-5		An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Versorgung)	012	900		1.514.940	51.010	1.565.950	1.514.090	51.010	1.565.100	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
92.02.04		AUSG.KONSU	3995.53265-3		An Performa Nord, Entgelte für Dienstleistungen (Sonstiges)	012	900		342.010	11.520	353.530	339.030	11.520	350.550	1. Die haushaltsgesetzliche Deckungsfähigkeit gilt nicht für diesen Titel.2. Einsparungen sind nur mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zulässig.3. Die Mittel sind nicht übertragbar.		I
93.01.03		AUSG.KONSU	3995.97310-2		Risikoversorge	882	900		2.500.000	-940.000	1.560.000	2.800.000		2.800.000			R
92.01.02		AUSG.KONSU	3995.97311-0		Globale Mehrausgaben für Personalkostenzuschüsse (Tarifeffekte)	882	900		2.529.950	-659.300	1.870.650	5.083.910	-656.140	4.427.670			I
93.01.03		AUSG.KONSU	3995.97320-0	X	Globale Mehrausgaben für Sachkosten Asyl	882	900		0	220.000	220.000	0	520.000	520.000			B

Beschreibung der Kürzel in der Übersicht kameraler Änderungen

- A = Teilzeit / Versorgung** (Bundesverfassungsgericht)
- B = Asylbewerber/-innen**
- C = Eigenkapitalaufstockung** Klinikum Bremen-Ost
- D = JUB**
- E = Küstenschutzmaßnahmen** BWK-Gelände
- F = BLB Einnahmen**
- G = Bildung und Teilhabe**
- H = TV-L / Besoldungserh. 2013/14 (originärer Personalhaushalt)**
- I = TV-L / Besoldungserh. 2013/14 (Konsumtive Personalkostenzuschüsse)**
- K = TVÖD 2012/2013 - Entgelte Hausmeisterdienste PPL 21 Bildung**
- L = Korrektur Berufseinsteigerpool**
- M = Sabbatical-Rückstellungen**
- O = Entwässerungsgebühr**
- P = Jüdische Gemeinde**
- R = Schulsozialerbeiter/-innen**
- S = Kirchensteuererhebung**
- T = Technik** (Bremer Bäder, KoPers, Bauunterhaltungsmiete)
- U = PGR Assistenz in Schule** (Sozialleistungen)
- W = Zinsausgaben**
- X = Haushaltsausgleich** (Kreditaufnahme)

Anlage 4

**neue und/oder wesentlich geänderte Produktplan-,
Produktbereichs- und Produktgruppenblätter**

21.04 Schulbezogene Förderungen

21.04.03 Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.

21.05 Schülerbezogene Förderungen

41 Jugend und Soziales

92 Allgemeine Finanzen

Produktbereich: 21.04

Verantwortlich: Kück

Schulbezogene Förderungen**Kurzbeschreibung des Produktbereichs:**

Landesinstitut für Schule:

- Leistungen des Landesinstituts für Schule in den Bereichen Lehrerbildung und -fortbildung, Schulentwicklung, Medienerziehung, zentrale Abschlussarbeiten und Curriculumentwicklung

Sonstige schulbezogene Förderungen:

Aufwendungen und Zuschüsse für Leistungen der Schulen der Stadtgemeinde Bremen zur Erfüllung besonderer Aufgaben in Unterricht und Schulleben wie

- Stärkung der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ)
- Schulsport, Sportprofile, Musikprofile
- Koordination großer Schülerwettbewerbe
- schulübergreifende Veranstaltungen zu Projekten der demokratischen und ästhetischen Erziehung
- Drittmittelprojekte
- Schüleraustausch
- Sozialintegrative Fördermaßnahmen und unterrichtsergänzende Maßnahmen
- Arbeit der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ)

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

Sonstige schulbezogene Maßnahmen:

- Aufbau der Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren (ReBUZ)
- Akquirierung von Drittmitteln
- Qualitätssicherung durch Unterstützung Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie Personalentwicklung der Einzelschule sowie Fortbildungsangebote

Langfristige Perspektiven:

- Ausrichtung des Dienstleistungsangebots des LIS entsprechend der tatsächlichen Nachfrage/Bedarfslage in den Schulen bei gleichzeitiger Umstellung der Budgetierung ("Einkauf nach Bedarf")
- Ausbau der Beratungs- und Unterstützungsarbeit

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	1.761	1.691	1.623	2.073	2.525
Investive Einnahmen	0	0	0	1	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	49	201
Gesamteinnahmen	1.761	1.691	1.623	2.123	2.726
Personalausgaben	18.526	18.496	21.964	29.735	34.625
Sonst. konsumtive Ausgaben	16.861	17.021	19.793	18.773	15.052
Zinsausgaben	561	639	734	737	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	8.864	8.749	10.280	8.500	10.379
Verrechnungen/Erstattungen	49	49	4	4	5
Gesamtausgaben	44.861	44.954	52.775	57.749	60.061
Saldo	-43.100	-43.263	-51.152	-55.626	-57.335
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	3,93	3,76	3,08	3,68	4,54
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	180,5	179,0	161,7	174,4	172,0
Personalbestand	133,2	143,7	125,3	167,4	168,0
=> Netto-Personalbedarf	47,3	35,3	36,4	7,0	3,9
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	11,3	20,6
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	20,7	20,1
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	59,3	63,2
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	26,3	27,9
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	4,8	3,9
C. Erläuterungen zu 1. A-B					

2. Leistungsangaben

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Teilnehmer/in an Qualifiz. u. Beratung	[PRS]	15.400,000	15.500,000	16.700,000	15.738,000	11.579,000
Abgänge Referendare	[PRS]	348,000	212,000	327,000	386,000	300,000
Nutzer der Bibliothek im LIS	[PRS]	10.000,000	10.000,000	10.000,000	9.775,000	9.531,000
Schüler/innen im W+E Bereich	[PRS]	540,000	540,000			
Assistenzen (W+E)	[VK]	105,000	105,000			

B. Erläuterungen zu 2.

Abgänge Referendare

Die Abweichungen in den Jahren 2014 und 2015 von einer durchschnittlichen Abgängerzahl von jährlich ungefähr 300 finden ihre Erklärung in den Einstellungen in den Jahren 2012 und 2013. Insbesondere die beiden letzten Einstellungstermine im Jahr 2012 und die beiden Termine in 2013 sind durch geringere Einstellungsquoten gekennzeichnet. Hier wirken sich zum einen der beginnende Rückbau der Ausbildungsplätze von 530 auf 450 Plätze Ende 2012 und zum anderen die Folgen einer minimalen Einstellung zum 1.11.2011 aus. Die unterschiedlichen Abgängerzahlen in 2014 und 2015 ($348+212=560$; bezogen auf zwei Jahre: durchschnittlich 280 pro Jahr) gleichen sich an den zu erwartenden Jahresdurchschnitt von 300 an.

Produktgruppe: 21.04.03

Verantwortlich: Bothmann

Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.

Land und Stadtgemeinde

siehe hierzu auch Zusatzinformationen auf Seite 4

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.04

Verantwortlich: Kück

Schulbezogene Förderungen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Aufwendungen und Zuschüsse für Leistungen von und für Schulen zur Erfüllung besonderer Aufgaben gemäß Landesverfassung, Schulgesetz, Schulverwaltungsgesetz sowie den daraus abgeleiteten politischen Vorgaben.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

- Förderung besonderer Angebote in Unterricht und Schulleben (Schulsport, musisch-kulturelle Bildung, Schulfahrten/Schullandheimaufenthalte, internationaler Schüleraustausch, muttersprachliche Angebote, sonstige Förderangebote, etc.)
- Maßnahmen und Programme der Innovation und Kooperation
- Akquirierung von Drittmitteln über EU-Programme u.a.
- Mobilisierung von Mitteln und Möglichkeiten der Drittmittelfinanzierung bes. Maßnahmen
- Synergieeffekte durch Kooperationen
- Betreuung und Unterstützung der Schülerinnen und Schüler zur erfolgreichen Beteiligung am Unterricht
- Betreuung schwerstmehrfachbehinderter Schülerinnen und Schüler durch Assistenzkräfte im W und E Bereich.

Auftragsgrundlage:

- §§ 3ff. BremSchulG
- §§ 3ff. Schulverwaltungsgesetz
- Beschlüsse des Senats, der Bürgerschaft und der Deputationen für Bildung
- Rahmenvorgaben der KMK

Zuzuordnende Kapitel:

0200; 0201; 0230; 3210; 3211; 3214; 3215; 3216; 3217; 3218; 3239

Produktgruppe: 21.04.03

Seite 2

Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	1.642	1.572	1.502	1.910	2.371
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	49	201
Gesamteinnahmen	1.642	1.572	1.502	1.959	2.572
Personalausgaben	1.480	1.292	5.652	11.916	17.159
Sonst. konsumtive Ausgaben	15.353	15.492	18.293	16.933	13.148
Zinsausgaben	561	639	734	737	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	8.844	8.729	10.260	8.381	10.341
Verrechnungen/Erstattungen	45	45	0	0	0
Gesamtausgaben	26.283	26.197	34.939	37.967	40.648
Saldo	-24.641	-24.625	-33.437	-36.008	-38.076
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	6,25	6,00	4,30	5,16	6,33
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	21,7	17,0	0,0	11,2	10,7
Personalbestand	0,9	0,9	0,0	2,9	5,5
=> Netto-Personalbedarf	20,8	16,1	0,0	8,3	5,2
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	14,4	27,8
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	10,0	8,6
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	61,6	66,3
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	29,7	29,2
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	3,5	2,5
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
D. Erläuterungen zu 2. A-C					
Die Produktgruppe enthält alle Kosten der Schulen der Stadtgemeinde Bremen, die noch nicht direkt den einzelnen Schularten im Produktbereich 21.01. zugeordnet werden können, wie z. B. Schulsport, internationaler Schüleraustausch, Schullandheimförderung, Oster- und Sommercamps, Schulfrühstück, unterrichtsergänzende Projekte.					

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Anzahl der geförderten Schullandheime	[ST]	11,000	11,000	12,000	11,000	12,000
Schüler/innen im W+E Bereich	[PRS]	540,000	540,000			
Assistenzen (W+E)	[VK]	105,000	105,000			
B. Informationen aus der KLR/ Weitere Kennzahlen/Statistiken		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
C. Vergleichskennzahlen						
D. Erläuterungen zu 3. A-C						

Produktgruppe: 21.04.03

Seite 4

Sonst. schulische Leist. u. Fördermaßn.

4. Aufteilung nach Land und Stadtgemeinde

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Land		Stadtgemeinde	
	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2015	Anschlag 2014
Konsumtive Einnahmen	661	661	981	911
Investive Einnahmen	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	661	661	981	911
Personalausgaben	0	0	1.480	1.292
Sonst. konsumtive Ausgaben	884	884	14.470	14.608
Zinsausgaben	0	0	561	639
Tilgungsausgaben	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	8.844	8.729
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	45	45
Gesamtausgaben	884	884	25.400	25.313
Saldo	-223	-223	-24.419	-24.402
Verpflichtungsermächtigungen				
Personal	0	0	0	0
konsumtiv	0	0	0	0
investiv	0	0	0	0
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	21,7	17,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,9	1,2
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	20,8	15,8
C. Leistungskennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2015	Planung 2014
Schüler/innen im W+E Bereich [PRS]			540,000	540,000
Assistenzen (W+E) [VK]			105,000	105,000
Anzahl der geförderten Schullandheime [ST]			11,000	11,000
D. Erläuterungen zu 4. A-C				

Produktbereich: 21.05

Verantwortlich: Kück

Schülerbezogene Förderungen

Kurzbeschreibung des Produktbereichs:

Personenbezogene Leistungen der Betreuung und Unterstützung für Schülerinnen und Schüler in besonderen Bedarfslagen:

- Schüler-BAföG/Auslands-BAföG
- Schülerbeförderung
- Assistenz in Schule (Sozialleistungen nach SGB XII und SGB VIII)

Strategische Ziele für den Aufstellungszeitraum:

- Sozialpflegerische, medizinische Unterstützung und Betreuung von behinderten Schülerinnen und Schülern beim Besuch einer allgemeinen Schule

Langfristige Perspektiven:

Verzahnung der Sozialleistungen des Sozial- und Bildungsbereichs

Produktbereich: 21.05

Seite 2

Schülerbezogene Förderungen

1. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	6.469	6.469	6.155	6.223	6.053
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	6.379	6.272	8.567	8.006	3.300
Gesamteinnahmen	12.848	12.741	14.722	14.229	9.353
Personalausgaben	519	510	502	532	56
Sonst. konsumtive Ausgaben	21.568	22.390	24.302	23.002	21.766
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	22.087	22.900	24.804	23.534	21.822
Saldo	-9.239	-10.159	-10.082	-9.305	-12.469
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	58,17	55,64	59,35	60,46	42,86
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfbzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Erläuterungen zu 1. A-B					

A. Leistungsziele/-kennzahlen		Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Schülerförderung (Inland), Geförderte	[PRS]	1.560,000	1.550,000	1.635,000	1.552,000	1.587,000
durchschn. Förderbetrag (Schüler Inland)	[EUR]	420,00	420,00	400,00	407,00	396,00
Auslandsförderung (Geförderte)	[PRS]	600,000	580,000	460,000	531,000	455,000
durchschn. Förderbetrag (Ausland)	[EUR]	680,00	680,00	750,00	683,00	720,00
Anz. d. beförderten beh. Schüler/innen	[PRS]	600,000	600,000	615,000	596,000	610,000
Anz. d. Beförder. behind. Schüler/innen	[ST]	114.600,000	112.200,000	118.080,000	115.624,000	118.340,000
Eintägige Schulausflüge (LB) *	[PRS]	16.000,000	16.000,000	18.000,000	15.686,000	7.500,000
Mehrtägige Klassenfahrten (LB)	[PRS]	7.800,000	7.800,000	18.000,000	7.740,000	2.970,000
Schülerbeförderung (LB)	[PRS]	1.100,000	1.100,000	2.320,000	1.130,000	350,000
Lernförderung (LB)	[PRS]	2.500,000	2.500,000	8.000,000	2.300,000	
Mittagessenverpflegung (LB)	[PRS]	6.300,000	6.250,000	5.010,000	6.151,000	3.785,000
Fälle nach SGB VIII	[PRS]	0	0			
Fälle nach SGB XII	[PRS]	250,000	250,000			
davon: Mehrfachbetreuungen	[PRS]	80,000	80,000			
Assistenzen	[VK]	95,000	95,000			
B. Erläuterungen zu 2.						

Produktgruppe: 21.05.05

Verantwortlich: Moning

Assistenz in Schulen (Sozialleistungen)

Stadtgemeinde

1. Basisinformationen

Produktbereich: 21.05

Verantwortlich: Kück

Schülerbezogene Förderungen

Produktplan: 21

Verantwortlich: Sen. Quante-Brandt

Bildung

Kurzbeschreibung der Produktgruppe:

Die Assistenzleistungen als Hilfe zu einer angemessenen Schulbildung werden von der Senatorin für Bildung und Wissenschaft als Leistung aus einer Hand als Eingliederungshilfen nach SGB XII und SGB VIII gewährt.

Auftrag/Ziele/Perspektiven:

Ab 2014 werden Assistenzleistungen als Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB XII, SGB VIII) ausschließlich bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft beantragt.

Behinderte bzw. von einer Behinderung Bedrohte, die wesentlich in ihrer Fähigkeit an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe. Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen u.a. Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen.

Die Regelungen des Sozialgesetzbuches greifen mit der Folge, dass die Sozialleistungsträger ausdrücklich zur Zusammenarbeit mit der freien Wohlfahrtspflege aufgefordert sind.

Auftragsgrundlage:

SGB XII
SGB VIII

Zuzuordnende Kapitel:

3239

Produktgruppe: 21.05.05

Seite 2

Assistenz in Schulen (Sozialleistungen)

2. Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	0	0	0	0	0
Investive Einnahmen	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamteinnahmen	0	0	0	0	0
Personalausgaben	0	0	0	0	0
Sonst. konsumtive Ausgaben	2.880	2.880	0	0	0
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	0	0	0	0	0
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	0	0
Gesamtausgaben	2.880	2.880	0	0	0
Saldo	-2.880	-2.880	0	0	0
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal konsumtiv	0	0			
investiv	0	0			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalbestand	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
=> Netto-Personalbedarf	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Kapazitätsdaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
D. Erläuterungen zu 2. A-C					

Produktplan: 41

Verantwortlich: Sen. Stahmann

Jugend und Soziales**Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹****Jugend**

Ziel der Jugend- und Familienpolitik ist es, Beiträge für ein familien- u. kinderfreundliches Bremen zu leisten. Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, leistungsfähige Angebote der Kinderbetreuung, familienfreundliche Wohn- und Lebensverhältnisse sowie Fragen der Bildung, Förderung und Ausbildung stehen dabei besonders im Mittelpunkt. Um Kinder altersgerecht zu betreuen und zu fördern, sollen die Betreuungsangebote bedarfsgerecht ausgeweitet und qualitativ verbessert werden. Im Mittelpunkt steht die Bereitstellung von neuen Plätzen vorrangig für Kinder unter 3 Jahren zur Sicherstellung des Rechtsanspruchs ab 1.8.2013 und der Ausbau der Kindertagesheime zu frühkindlichen Bildungseinrichtungen.

Soziales

Soziale Leistungen prägen die Lebenssituation von mehr als 100.000 Menschen im Land Bremen. Ob zum Ausgleich bei zu geringem Einkommen oder in bes. Lebenslagen wie bei Behinderung oder Pflegebedürftigkeit dienen sie dem Ziel, ein menschenwürdiges Leben zu sichern. Die öff. Sozial- und Daseinsvorsorge orientiert sich in Bremen an Zielen wie Inklusion, Integration, Effizienz, Effektivität, Bürgernähe, Selbstverantwortung sowie Hilfe zur Selbsthilfe. Ziel der aktivierenden Politik ist es weiterhin, die Bürgerinnen u. Bürger zu ermuntern und zu unterstützen, aktiv an der Lösung der eigenen aber auch der gesellschaftlichen Probleme mitzuarbeiten. Maßnahmen dienen auch der soz. Integration d. unterschiedl. gesellschaftl. Gruppen bis hin in die einzelnen Quartiere. Sozialpolitik ist sich aber auch ihrer ökonomischen Folgen bewusst, sie schafft Transfereinkommen und Arbeitsplätze, und durch eine positive Gestaltung der örtlichen Lebensqualität trägt sie zur Einwohnerentwicklung Bremens bei.

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:**Jugend**

Da für die Wohnortentscheidung von Eltern die Infrastruktur der Kinderbetreuung wesentlich ist, soll durch verlässliche Kinderbetreuungsangebote die gleichzeitige Berufs- und Familientätigkeit von Männern und Frauen ermöglicht und die Attraktivität der Stadt als Arbeitsort erhöht werden. Angestrebt wird die Entwicklung der Kindertagesstätten zu Einrichtungen frühkindlicher Bildung, Entwicklung flexibler Betreuungszeiten, Absicherung von Plätzen für Kinder unter drei Jahren einschließlich Einrichtung weiterer Betriebskindergärten und Systematisierung des Übergangs Kindergarten zur Grundschule.

Besonders für Kinder aus bildungsfernen Familien soll die Sprachkompetenz im Rahmen eines Programms zur Sprachförderung in Kindergärten für alle Kinder bis zum Alter von 6 Jahren zielgenau verbessert werden. Entsprechend der Ergebnisse der PISA-Untersuchungen werden gezielte Maßnahmen umgesetzt, um die Beteiligungsquote von Kindern mit Migrationshintergrund in den Kindertagesstätten zu erhöhen.

Das Ziel einer kontinuierlichen Qualifizierung und Fortbildung von Fachkräften soll trägerübergreifend sichergestellt werden.

Durch stärkere Zusammenarbeit der Jugendarbeit mit der Schule werden neue Lernorte für formelle und informelle Bildung erschlossen.

Soziales

Sozialleistungen beruhen zum großen Teil auf individuellen Rechtsansprüchen. Sie entstehen - vereinfacht ausgedrückt -, wenn Personen Leistungen benötigen und ihr Einkommen und Vermögen nicht ausreicht, diese selbst zu finanzieren. Der Umfang der Sozialleistungen ist also von der Entwicklung der Bedarfslagen (Pflegebedarf etc.) - diese ist wiederum stark von der demographischen Entwicklung geprägt - und von der Einkommenssituation der Menschen abhängig.

Eine erste Steuerungsstrategie besteht vor diesem Hintergrund darin, Bedarfe an Sozialleistungen durch eine präventiv ausgerichtete Politik zu verringern. Die Bremer Sozialpolitik versucht daher z.B. Wohnungsverluste zu vermeiden statt Obdachlosigkeit zu finanzieren, älteren Menschen werden Hilfen zur Vermeidung von Pflegebedürftigkeit angeboten etc.. Selbsthilfestrukturen und Nachbarschaftshilfen werden unterstützt.

Vorrangige Hilfesysteme (z.B. Pflegeversicherung) sind vorrangig zu nutzen.

Eine zweite Ebene der Steuerung ist die Gestaltung der jeweiligen Hilfesysteme. Hier sollen ambulante Angebote vorrangig entwickelt und angesprochen werden, denn stationäre Hilfen sind nicht nur aufwändig, sondern schränken auch die Selbständigkeit und Selbstbestimmungsmöglichkeiten ein. Die Hilfesysteme werden zudem differenziert und als gestuftes System konstruiert, um bedarfsgerechte Hilfen bieten zu können und Überversorgungen zu vermeiden. Die einzelnen Angebote sind dann mit den Trägern so zu verhandeln, dass sie möglichst hohe Qualität zu günstigen Preisen bieten.

Als dritte Steuerungsebene ist die Fallsteuerung zu nennen. Hier geht es darum, den einzelnen Anspruchsberechtigten die notwendige und geeignete Hilfe zu vermitteln, Selbsthilfemöglichkeiten auszuloten und ggf. zu aktivieren.

Neben diesen Steuerungsstrategien bemüht sich das Land Bremen bei der Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen im Rahmen der Gesetzgebung um Lösungen, die eine zusätzliche Belastung der Länder und Kommunen vermeiden.

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Ressourceneinsatz

A. Kamerale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	213.312	207.718	160.176	155.698	132.207
Investive Einnahmen	0	2.091	2.610	3.342	3.823
Verrechnungen/Erstattungen	0	0	0	882	756
Gesamteinnahmen	213.312	209.809	162.786	159.922	136.786
Personalausgaben	58.488	58.751	57.014	55.556	56.335
Sonst. konsumtive Ausgaben	978.497	955.718	895.472	882.552	847.352
Zinsausgaben	0	0	0	0	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	13.675	20.126	14.926	13.604	8.056
Verrechnungen/Erstattungen	6.884	6.777	8.891	8.371	3.467
Gesamtausgaben	1.057.544	1.041.372	976.303	960.083	915.210
Saldo	-844.232	-831.563	-813.517	-800.161	-778.424
Deckungsgrad (Ifd. Rechnung) in %	20,17	20,15	16,67	16,66	14,95
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	0	5.000			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	756,4	769,9	757,4	769,3	813,3
Personalbestand	656,4	686,0	726,2	741,1	807,0
=> Netto-Personalbedarf	100,0	83,9	31,3	28,3	6,3
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote	4,8	4,8	4,8	0,0	0,0
Beschäftigte unter 35 Jahre	22,5	22,5	22,5	15,6	17,2
Beschäftigte über 55 Jahre	17,5	17,5	17,5	26,8	28,6
Frauenquote	50,0	50,0	50,0	61,1	66,0
Teilzeitquote	35,0	35,0	35,0	29,8	33,3
Schwerbehindertenquote	6,0	6,0	6,0	7,7	8,0
C. Erläuterungen zu A-B					

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012
Jugend				
1.1 Tagesbetreuung für Kinder zwischen 3 bis unter 6 Jahren	14.247	14.078	14.506	14.111
1.2 Tagesbetreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren	6.628	6.168	3.015	3.017
Soziales				
1.3 Fallzahl Stationäres Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	1.454	1.441	1.434	1.366
1.4 Fallzahl Betreutes Wohnen von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung (Land)	388	384	385	462
1.5 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Werkstätten (Land)	1.711	1.685	1.672	1.612
1.6 Fallzahl Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung in Tagesförderstätten (Land)	573	567	552	530
2.1 Personen im Leistungsbezug nach dem AsylbLG (Stadt HB)	4.150	3.750	3.200	3.262
3.1 Anzahl Personen mit stationären Pflegeleistungen (Land)	2.840	2.820	2.810	2.796
3.2 Anzahl Personen mit ambulanten Pflegeleistungen (Land)	1.710	1.655	1.630	1.606
3.3 Anzahl Personen mit Landespflegegeld (Land)	680	680	723	687
4.1 Anzahl Personen mit Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt (Stadt Bremen)	13.774	12.926	10.760	11.342
4.2 Fälle mit Leistungen nach SGB II	38.614	38.924	40.400	39.699
4.3 Durchschnittlich anerkannte Unterkunftskosten pro Monat und Leistungsempfänger in Euro (Stadt Bremen)	217	212	198	223
5.1 Anzahl der Krankenhilfeberechtigten nach dem SGB XII (Land)	1.545	1.565	1.628	1.501
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben				
Zu 1.2 Ab 2014 sind im Gesamtplatzangebot auch die Plätze des hineinwachsenden Jahrgangs (1.671 Plätze) und die Plätze in der Tagespflege (775) enthalten.				

Produktplan: 92

Verantwortlich: Lühr

Allgemeine Finanzen

Strategische Zielvorgaben für den Produktplan:¹

vgl. "Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven"

Ziele und Strategien des Produktplans für den Aufstellungszeitraum; Mittel-/ Langfristige Perspektiven:

Steuerung der Ausgaben für Versorgungsbezüge und Beihilfen für Versorgungsempfänger

Absicherung der Versorgungslasten durch Aufbau einer Rücklage für Versorgungsvorsorge und Entwicklung einer (teil-)kapitalgedeckten Versorgung

Finanzielle Absicherung von Tarif- und Struktureffekten sowie künftiger Ausbildungsjahrgänge

Finanzielle Absicherung von Sanierungsmaßnahmen der Sondervermögen Immobilien und Technik im Rahmen der vom Senat beschlossenen Gebäudesanierungsprogramme

¹ z.B. gesetzliche Vorgaben, produktplanrelevante Beschlüsse der Bremischen Bürgerschaft, des Senats sowie von Ausschüssen / Fachdeputationen etc.

Produktplan: 92

Seite 2

Allgemeine Finanzen**Ressourceneinsatz**

A. Kamernale Finanzdaten (Tsd. EUR)	Anschlag 2015	Anschlag 2014	Anschlag 2013	Ist 2012	Ist 2011
Konsumtive Einnahmen	146.090	161.702	120.090	126.280	117.771
Investive Einnahmen	0	0	0	2.504	1.231
Verrechnungen/Erstattungen	240	240	240	58.585	52.429
Gesamteinnahmen	146.330	161.942	120.330	187.369	171.431
Personalausgaben	476.272	443.486	430.768	404.582	382.636
Sonst. konsumtive Ausgaben	84.650	79.621	78.252	110.770	84.438
Zinsausgaben	38	38	38	38	0
Tilgungsausgaben	0	0	0	0	0
Investive Ausgaben	28.496	31.345	25.822	38.153	50.970
Verrechnungen/Erstattungen	3.068	3.068	3.068	3.068	3.068
Gesamtausgaben	592.524	557.558	537.948	556.611	521.112
Saldo	-446.194	-395.616	-417.618	-369.242	-349.681
Deckungsgrad (Ild. Rechnung) in %	24,70	29,04	22,37	33,66	32,90
Verpflichtungsermächtigungen	Anschlag 2015	Anschlag 2014			
Personal	0	0			
konsumtiv	0	0			
investiv	375.000	380.000			
B. Personaldaten	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012	Ist 2011
Beschäftigungszielzahl	183,6	187,1	0,0	179,9	188,0
Personalbestand	192,3	194,3	0,0	162,5	173,2
=> Netto-Personalbedarf	- 8,7	- 7,2	0,0	17,4	14,7
Personalstruktur (in %)					
(Bezugsgröße: Kopfzahl der Beschäftigten)					
Verwaltungspersonalquote					
Beschäftigte unter 35 Jahre					
Beschäftigte über 55 Jahre					
Frauenquote					
Teilzeitquote					
Schwerbehindertenquote					
C. Erläuterungen zu A-B					
Personalausgaben: Personalausgaben fallen in den Produktbereichen 92.02 und 92.03 an. Die Personalausgaben im Produktbereich 92.02 bestehen überwiegend aus den Pensionen, Ruhelöhnen und Beihilfen für Versorgungsempfänger sowie weiteren zentral veranschlagten Personalausgaben (Zentrale Ausbildungsmittel, Tarifvorsorge und Risikovorsorge), die erst im Haushaltsvollzug dezentralisiert werden. Bei den Personalausgaben im Produktbereich 92.03 handelt es sich um Mittel für aktives Personal im Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool. Der Produktbereich ist zum Haushalt 2011 eingerichtet worden. Davor waren diese Mittel im Produktplan 91 verortet.					

Leistungsangaben

A. Strategische Leistungsziele/Kennzahlen	Planung 2015	Planung 2014	Planung 2013	Ist 2012
A) <u>Einnahmen</u>				
Einnahmen aus Konzessionsabgaben (Hst. 3986/122 10-8)	38.342 Tsd. €	38.235 Tsd. €	37.790 Tsd. €	38.101 Tsd. €
Von den SVIT/L + G, Eigenkapitalverzinsung (Hstn. 0987/161 10-8 und 3987/161 10-7)	31.691 Tsd. €	31.691 Tsd. €	31.694 Tsd. €	31.492 Tsd. €
Gewinne aus Beteiligungen (Hstn. 0986/121 12-9, 0986/121 13-7, 0986/121 19-6, 3986/121 11-0, 3986/121 19-5)	26.028 Tsd. €	47.143 Tsd. €	12.488 Tsd. €	12.658 Tsd. €
B) <u>Ausgaben (ohne Investitionen)</u>				
Versorgungsbezüge (Ausgaben der Obergruppe 43)	400.165 Tsd. €	387.582 Tsd. €	365.380 Tsd. €	355.281 Tsd. €
Beihilfen für Versorgungsempfänger (Ausgaben der Gruppe 446)	37.080 Tsd. €	35.475 Tsd. €	33.796 Tsd. €	33.857 Tsd. €
Verlustrausgleich der BVG mbH (konsumtiv) (Hstn. 3986/682 26-0 und 3986/682 28-6)	4.635 Tsd. €	4.635 Tsd. €	---	31.194 Tsd. €
C) <u>Ausgaben (Investitionen)</u>				
Verlustrausgleich der BVG mbH (investiv) (Hst. 3986/891 26-8)	---	---	---	11.732 Tsd. €
An SVIT für Sanierungsinvestitionen (Hstn. 0987/884 20-7 und 3987/884 20-6)	25.874 Tsd. €	25.723 Tsd. €	25.200 Tsd. €	24.473 Tsd. €
An SVIT für energetische Maßnahmen (Hst. 3987/884 23-0)	2.000 Tsd. €	2.000 Tsd. €	---	---
B. Erläuterungen zu den Leistungsangaben				
Die Mittel für den Verlust der BSAG sind wegen der dezentralen Fach- und Ressourcenverantwortung im Produktplan 68 „Umwelt, Bau und Verkehr“ veranschlagt. Sie werden im Haushaltsvollzug dem Produktplan 92 „Allgemeine Finanzen“ als Einnahmeverfügungsmittel für den Verlustrausgleich der BVG mbH zur Verfügung gestellt.				

Anlage 5

Budgetveränderungen im Produktgruppenhaushalt

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
01.01.01						
Einnahmen	93		93	92		92
Konsumtive Einnahmen	93		93	92		92
Ausgaben	6.049	95	5.954	6.275	82	6.193
Personalausgaben	3.169	94	3.075	3.140	81	3.060
Konsumtive Ausgaben	2.374	1	2.373	2.622	1	2.621
Zinsausgaben	57		57	67		67
Investive Ausgaben	449		449	445		445
01.01.02						
Ausgaben	214	6	208	212	6	206
Personalausgaben	204	6	198	202	6	196
Konsumtive Ausgaben	10		10	10		10
01.01.03						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	15.248	1	15.247	13.935	1	13.935
Personalausgaben	10.030		10.030	8.851		8.851
Konsumtive Ausgaben	5.218	1	5.217	5.085	1	5.084
02.01.01						
Einnahmen	3		3	3		3
Konsumtive Einnahmen	3		3	3		3
Ausgaben	3.082	80	3.002	3.030	72	2.959
Personalausgaben	2.626	80	2.546	2.692	71	2.620
Konsumtive Ausgaben	320	0	319	325	0	324
Investive Ausgaben	134		134	12		12
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	2	0	2	2	0	2
03.01.01						
Einnahmen	127		127	125		125
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	127		127	125		125
Ausgaben	10.078	197	9.882	9.915	184	9.731
Personalausgaben	4.802	111	4.692	4.854	98	4.756
Konsumtive Ausgaben	3.798	86	3.712	3.643	86	3.558
Investive Ausgaben	522		522	462		462
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	956	0	956	956	0	956
03.01.02						
Einnahmen	963	0	963	963	0	963
Konsumtive Einnahmen	14		14	14		14
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	949	0	949	949	0	949
Ausgaben	5.271	77	5.195	5.317	68	5.249
Personalausgaben	2.637	73	2.564	2.667	65	2.602
Konsumtive Ausgaben	616	3	613	632	3	629
Investive Ausgaben	2.018		2.018	2.018		2.018
03.01.03						
Einnahmen	23		23	23		23
Konsumtive Einnahmen	23		23	23		23
Ausgaben	841	15	826	902	13	889
Personalausgaben	510	15	495	507	13	493
Konsumtive Ausgaben	272	0	272	276	0	276
Investive Ausgaben	60		60	120		120

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
05.01.01						
Einnahmen	316		316	314		314
Konsumtive Einnahmen	316		316	314		314
Ausgaben	3.300	44	3.256	3.333	39	3.295
Personalausgaben	1.442	44	1.398	1.454	38	1.415
Konsumtive Ausgaben	1.799	0	1.799	1.821	0	1.821
Investive Ausgaben	58		58	58		58
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	1		1	1		1
05.01.02						
Einnahmen	94		94	94		94
Konsumtive Einnahmen	94		94	94		94
Ausgaben	1.540	33	1.508	1.574	29	1.545
Personalausgaben	1.176	33	1.144	1.190	29	1.161
Konsumtive Ausgaben	347	0	347	367	0	367
Investive Ausgaben	17		17	17		17
05.01.03						
Einnahmen	125		125	125		125
Konsumtive Einnahmen	125		125	125		125
Ausgaben	822	6	816	828	5	823
Personalausgaben	195	6	189	199	5	194
Konsumtive Ausgaben	624	0	624	624	0	624
Investive Ausgaben	3		3	5		5
06.01.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	957	25	932	974	22	952
Personalausgaben	818	25	793	832	22	810
Konsumtive Ausgaben	125	0	125	127	0	127
Investive Ausgaben	13		13	14		14
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	1		1	1		1
07.01.01						
Einnahmen	6.498		6.498	6.447		6.447
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	4.839		4.839	4.788		4.788
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	1.659		1.659	1.659		1.659
Ausgaben	121.602	3.080	118.522	124.293	2.709	121.584
Personalausgaben	102.511	3.023	99.487	104.337	2.653	101.684
Konsumtive Ausgaben	16.488	56	16.432	16.783	56	16.727
Zinsausgaben	35		35	47		47
Investive Ausgaben	2.525		2.525	3.083		3.083
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	43		43	43		43
07.01.02						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	9.188	283	8.906	9.343	251	9.093
Personalausgaben	9.146	281	8.865	9.300	249	9.051
Konsumtive Ausgaben	42	1	41	43	1	42
07.01.03						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	38.632	702	37.930	38.384	702	37.682
Konsumtive Ausgaben	38.096	702	37.394	37.848	702	37.146
Investive Ausgaben	536		536	536		536

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
07.02.01						
Einnahmen	4.145		4.145	4.135		4.135
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	1.051		1.051	1.041		1.041
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	3.094		3.094	3.094		3.094
Ausgaben	21.419	561	20.858	21.325	486	20.839
Personalausgaben	17.940	558	17.382	17.990	482	17.508
Konsumtive Ausgaben	699	3	696	710	3	707
Zinsausgaben	37		37	50		50
Investive Ausgaben	2.743		2.743	2.574		2.574
07.02.02						
Einnahmen	6.028		6.028	6.020		6.020
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	6.028		6.028	6.020		6.020
Ausgaben	4.204	98	4.107	4.171	85	4.086
Personalausgaben	3.908	98	3.810	3.875	85	3.791
Konsumtive Ausgaben	297	0	297	296	0	296
Investive Ausgaben	0		0	0		0
07.02.03						
Einnahmen	89		89	88		88
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	89		89	88		88
Ausgaben	4.209	22	4.187	4.222	22	4.200
Personalausgaben	877		877	843		843
Konsumtive Ausgaben	3.102	22	3.080	3.149	22	3.127
Investive Ausgaben	230		230	230		230
07.03.01						
Einnahmen	125		125	125		125
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	125		125	125		125
Ausgaben	6.264	79	6.184	5.795	53	5.742
Personalausgaben	2.530	79	2.451	1.960	53	1.907
Konsumtive Ausgaben	3.682		3.682	3.784		3.784
Investive Ausgaben	51		51	51		51
07.03.02						
Einnahmen	9.088		9.088	8.947		8.947
Konsumtive Einnahmen	9.088		9.088	8.947		8.947
Ausgaben	3.265	34	3.231	3.264	31	3.233
Personalausgaben	2.869	34	2.835	2.868	31	2.837
Konsumtive Ausgaben	396	0	396	396	0	396
07.03.03						
Einnahmen	3.837		3.837	3.837		3.837
Konsumtive Einnahmen	3.837		3.837	3.837		3.837
Ausgaben	1.887	54	1.833	1.936	49	1.888
Personalausgaben	1.758	54	1.705	1.808	48	1.759
Konsumtive Ausgaben	128	0	128	129	0	128
07.03.04						
Einnahmen	1.251		1.251	1.251		1.251
Konsumtive Einnahmen	1.251		1.251	1.251		1.251
Ausgaben	2.039	59	1.980	2.399	61	2.339
Personalausgaben	1.904	59	1.845	2.244	60	2.184
Konsumtive Ausgaben	135	0	135	156	0	155

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
07.03.05						
Einnahmen	1.365		1.365	1.292		1.292
Konsumtive Einnahmen	1.365		1.365	1.292		1.292
Ausgaben	2.693	50	2.643	2.672	45	2.627
Personalausgaben	2.168	49	2.119	2.128	45	2.083
Konsumtive Ausgaben	524	1	524	545	1	544
07.03.06						
Einnahmen	855		855	835		835
Konsumtive Einnahmen	855		855	835		835
Ausgaben	752	5	747	760	5	756
Personalausgaben	162	5	157	166	5	162
Konsumtive Ausgaben	570	0	570	574	0	574
Investive Ausgaben	20		20	20		20
07.03.07						
Einnahmen	631		631	611		611
Konsumtive Einnahmen	631		631	611		611
Ausgaben	1.375	36	1.339	1.548	36	1.511
Personalausgaben	1.119	35	1.084	1.287	35	1.252
Konsumtive Ausgaben	231	1	230	236	1	235
Investive Ausgaben	25		25	25		25
07.03.09						
Einnahmen	192		192	192		192
Konsumtive Einnahmen	192		192	192		192
Ausgaben	4.373	115	4.258	4.464	102	4.362
Personalausgaben	3.656	112	3.544	3.737	100	3.637
Konsumtive Ausgaben	714	2	711	724	2	722
Investive Ausgaben	3		3	3		3
07.03.10						
Einnahmen	0		0	550		550
Konsumtive Einnahmen	0		0	550		550
Ausgaben	2.293	7	2.285	1.411	6	1.404
Personalausgaben	312	7	305	310	6	304
Konsumtive Ausgaben	1.980	0	1.980	1.100	0	1.100
07.03.18						
Einnahmen	4.179		4.179	4.078		4.078
Konsumtive Einnahmen	4.179		4.179	4.078		4.078
Ausgaben	3.975	91	3.884	4.423	91	4.332
Personalausgaben	3.282	90	3.191	3.709	91	3.618
Konsumtive Ausgaben	693	1	693	714	1	713
07.90.03						
Einnahmen	50		50	100		100
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	50		50	100		100
Ausgaben	3.263	72	3.191	3.381	63	3.318
Personalausgaben	2.516	72	2.444	2.557	63	2.494
Konsumtive Ausgaben	697	0	696	724	0	724
Investive Ausgaben	50		50	100		100

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
07.90.04						
Einnahmen	523		523	518		518
Konsumtive Einnahmen	523		523	518		518
Ausgaben	5.981	117	5.864	6.103	105	5.999
Personalausgaben	4.608	115	4.492	4.659	103	4.557
Konsumtive Ausgaben	1.256	2	1.254	1.261	2	1.259
Investive Ausgaben	118		118	183		183
08.01.01						
Einnahmen	226		226	226		226
Konsumtive Einnahmen	69		69	69		69
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	157		157	157		157
Ausgaben	964	24	941	987	21	966
Personalausgaben	757	23	733	776	21	755
Konsumtive Ausgaben	204	0	204	207	0	207
Investive Ausgaben	4		4	4		4
11.01.01						
Einnahmen	128		128	127		127
Konsumtive Einnahmen	128		128	127		127
Ausgaben	999	29	971	998	25	972
Personalausgaben	968	29	940	966	25	941
Konsumtive Ausgaben	27	0	27	27	0	27
Investive Ausgaben	4		4	4		4
11.01.02						
Ausgaben	997	20	977	1.014	18	996
Personalausgaben	665	20	645	682	18	664
Konsumtive Ausgaben	332		332	332		332
11.01.03						
Einnahmen	228		228	226		226
Konsumtive Einnahmen	228		228	226		226
Ausgaben	2.323	46	2.276	2.310	40	2.270
Personalausgaben	1.499	46	1.453	1.494	40	1.454
Konsumtive Ausgaben	817	0	816	809	0	809
Investive Ausgaben	7		7	7		7
11.01.04						
Einnahmen	45		45	45		45
Konsumtive Einnahmen	45		45	45		45
Ausgaben	725	20	705	735	18	717
Personalausgaben	658	20	638	667	18	650
Konsumtive Ausgaben	63	0	62	64	0	63
Investive Ausgaben	4		4	4		4
11.01.05						
Einnahmen	309		309	306		306
Konsumtive Einnahmen	309		309	306		306
Ausgaben	1.708	48	1.660	1.709	42	1.668
Personalausgaben	1.564	47	1.517	1.566	41	1.525
Konsumtive Ausgaben	139	0	139	139	0	139
Investive Ausgaben	4		4	4		4

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
11.01.06						
Einnahmen	61		61	60		60
Konsumtive Einnahmen	61		61	60		60
Ausgaben	484	13	472	495	11	484
Personalausgaben	430	13	418	441	11	430
Konsumtive Ausgaben	50	0	50	51	0	50
Investive Ausgaben	4		4	4		4
11.01.07						
Einnahmen	300		300	297		297
Konsumtive Einnahmen	300		300	297		297
Ausgaben	3.132	37	3.095	3.131	32	3.099
Personalausgaben	1.255	37	1.218	1.252	32	1.220
Konsumtive Ausgaben	1.851	0	1.851	1.854	0	1.854
Investive Ausgaben	25		25	25		25
11.02.01						
Einnahmen	771		771	763		763
Konsumtive Einnahmen	771		771	763		763
Ausgaben	2.518	65	2.453	2.545	57	2.487
Personalausgaben	2.201	65	2.136	2.213	57	2.156
Konsumtive Ausgaben	307	0	307	321	0	321
Investive Ausgaben	10		10	10		10
11.02.02						
Einnahmen	1		1	1		1
Konsumtive Einnahmen	1		1	1		1
Ausgaben	256	7	249	276	6	270
Personalausgaben	251	7	244	266	6	260
Konsumtive Ausgaben	5	0	5	5	0	5
Investive Ausgaben	0		0	6		6
11.02.03						
Einnahmen	4.495		4.495	4.450		4.450
Konsumtive Einnahmen	4.495		4.495	4.450		4.450
Ausgaben	9.223	147	9.076	9.191	129	9.063
Personalausgaben	4.811	143	4.669	4.805	124	4.681
Konsumtive Ausgaben	4.400	4	4.396	4.372	4	4.367
Investive Ausgaben	12		12	15		15
11.02.04						
Einnahmen	18.217		18.217	18.036		18.036
Konsumtive Einnahmen	18.217		18.217	18.036		18.036
Ausgaben	31.771	430	31.341	31.894	375	31.518
Personalausgaben	15.492	426	15.066	15.479	371	15.108
Konsumtive Ausgaben	15.737	5	15.733	15.610	5	15.606
Zinsausgaben	3		3	4		4
Investive Ausgaben	183		183	445		445
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	356		356	356		356
11.02.05						
Einnahmen	3.594		3.594	3.564		3.564
Konsumtive Einnahmen	3.594		3.594	3.564		3.564
Ausgaben	9.619	117	9.502	9.589	102	9.487
Personalausgaben	4.459	116	4.342	4.449	101	4.348
Konsumtive Ausgaben	5.146	1	5.145	5.101	1	5.100
Investive Ausgaben	15		15	39		39

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
11.02.06						
Einnahmen	2.412		2.412	2.391		2.391
Konsumtive Einnahmen	2.412		2.412	2.391		2.391
Ausgaben	5.491	67	5.424	5.522	58	5.463
Personalausgaben	2.467	66	2.402	2.457	57	2.400
Konsumtive Ausgaben	2.974	1	2.972	2.945	1	2.944
Investive Ausgaben	50		50	120		120
11.03.01						
Einnahmen	2		2	2		2
Konsumtive Einnahmen	2		2	2		2
Ausgaben	529	14	515	530	12	518
Personalausgaben	463	14	449	464	12	452
Konsumtive Ausgaben	63	0	63	63	0	63
Investive Ausgaben	3		3	3		3
11.03.02						
Einnahmen	5.728		5.728	5.671		5.671
Konsumtive Einnahmen	5.728		5.728	5.671		5.671
Ausgaben	10.847	238	10.609	10.837	207	10.630
Personalausgaben	7.714	235	7.478	7.702	205	7.497
Konsumtive Ausgaben	1.830	2	1.828	1.832	2	1.829
Investive Ausgaben	27		27	27		27
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	1.276		1.276	1.276		1.276
11.04.01						
Einnahmen	532		532	527		527
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	532		532	527		527
Ausgaben	30.520	465	30.055	30.363	409	29.954
Personalausgaben	14.512	434	14.078	14.620	378	14.243
Konsumtive Ausgaben	9.040	31	9.008	9.078	31	9.047
Investive Ausgaben	6.942		6.942	6.637		6.637
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	27		27	27		27
11.90.01						
Einnahmen	203		203	213		213
Konsumtive Einnahmen	203		203	213		213
Ausgaben	6.651	55	6.596	6.705	49	6.656
Personalausgaben	4.581	53	4.528	4.636	48	4.589
Konsumtive Ausgaben	2.065	2	2.063	2.054	2	2.052
Investive Ausgaben	5		5	15		15
11.90.02						
Einnahmen	1		1	1		1
Konsumtive Einnahmen	1		1	1		1
Ausgaben	2.261	58	2.203	2.261	51	2.210
Personalausgaben	1.874	58	1.816	1.870	51	1.819
Konsumtive Ausgaben	385	0	385	389	0	388
Investive Ausgaben	2		2	3		3
12.01.01						
Einnahmen	453		453	449		449
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	408		408	404		404
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	45		45	45		45
Ausgaben	9.815	66	9.749	9.915	63	9.852
Personalausgaben	1.008	31	977	1.036	28	1.008
Konsumtive Ausgaben	6.809	35	6.774	6.917	35	6.882
Investive Ausgaben	1.998		1.998	1.962		1.962

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
12.01.02						
Ausgaben	9.393	40	9.353	8.994	39	8.954
Personalausgaben	48	2	47	49	1	48
Konsumtive Ausgaben	5.149	38	5.111	4.749	38	4.711
Zinsausgaben	26		26	29		29
Investive Ausgaben	4.170	0	4.170	4.167	0	4.167
21.01.01						
Einnahmen	911		911	850		850
Konsumtive Einnahmen	911		911	850		850
Ausgaben	95.092	2.136	92.956	95.274	1.899	93.375
Personalausgaben	61.904	1.942	59.961	62.385	1.706	60.679
Konsumtive Ausgaben	31.544	194	31.351	31.145	194	30.952
Investive Ausgaben	1.644		1.644	1.744		1.744
21.01.03						
Einnahmen	64		64	64		64
Konsumtive Einnahmen	64		64	64		64
Ausgaben	12.274	319	11.954	12.761	289	12.472
Personalausgaben	9.687	304	9.383	9.912	271	9.641
Konsumtive Ausgaben	2.427	15	2.412	2.670	18	2.652
Investive Ausgaben	160		160	179		179
21.01.09						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	6.660	207	6.453	6.798	184	6.614
Personalausgaben	6.660	207	6.453	6.798	184	6.614
21.01.11						
Einnahmen	1.586		1.586	1.586		1.586
Konsumtive Einnahmen	1.586		1.586	1.586		1.586
Ausgaben	75.058	1.907	73.151	75.791	1.693	74.098
Personalausgaben	58.040	1.816	56.224	58.751	1.602	57.149
Konsumtive Ausgaben	15.110	91	15.019	15.132	91	15.041
Investive Ausgaben	1.908		1.908	1.908		1.908
21.01.13						
Einnahmen	25		25	21		21
Konsumtive Einnahmen	25		25	21		21
Ausgaben	37.262	932	36.331	37.089	823	36.266
Personalausgaben	28.666	898	27.768	28.923	790	28.134
Konsumtive Ausgaben	7.461	33	7.428	7.461	33	7.428
Investive Ausgaben	1.135		1.135	705		705
21.01.15						
Ausgaben	3.720	117	3.603	3.796	104	3.692
Personalausgaben	3.720	117	3.603	3.796	104	3.692
21.01.17						
Einnahmen	842		842	842		842
Konsumtive Einnahmen	842		842	842		842
Ausgaben	128.754	2.903	125.851	130.798	2.569	128.230
Personalausgaben	87.796	2.748	85.048	88.489	2.414	86.076
Konsumtive Ausgaben	31.962	155	31.807	31.962	155	31.807
Zinsausgaben	181		181	198		198
Investive Ausgaben	8.815		8.815	10.149		10.149

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
21.04.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	3.287	100	3.187	3.294	87	3.206
Personalausgaben	3.189	100	3.089	3.196	87	3.108
Konsumtive Ausgaben	98		98	98		98
21.04.02						
Einnahmen	120		120	120		120
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	120		120	120		120
Ausgaben	15.292	213	15.079	15.465	190	15.275
Personalausgaben	13.857	206	13.651	14.009	184	13.826
Konsumtive Ausgaben	1.410	6	1.404	1.431	6	1.425
Investive Ausgaben	20		20	20		20
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	4		4	4		4
21.04.03						
Einnahmen	1.642		1.642	1.572		1.572
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	1.642		1.642	1.572		1.572
Ausgaben	26.284	4.829	21.455	26.196	4.819	21.378
Personalausgaben	1.480	38	1.442	1.292	28	1.264
Konsumtive Ausgaben	15.353	4.791	10.562	15.492	4.791	10.701
Zinsausgaben	561		561	639		639
Investive Ausgaben	8.844		8.844	8.729		8.729
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	45		45	45		45
21.05.03						
Ausgaben	0	-7.045	7.045	0	-7.045	7.045
Konsumtive Ausgaben	0	-7.045	7.045	0	-7.045	7.045
21.05.04						
Einnahmen	6.379		6.379	6.272		6.272
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	6.379		6.379	6.272		6.272
Ausgaben	7.553		7.553	8.366	940	7.426
Personalausgaben	519		519	510		510
Konsumtive Ausgaben	7.034		7.034	7.856	940	6.916
NEU 21.05.05						
Ausgaben	2.880	2.880	0	2.880	2.880	0
Konsumtive Ausgaben	2.880	2.880	0	2.880	2.880	0
21.90.01						
Einnahmen	4.836		4.836	4.566		4.566
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	4.836		4.836	4.566		4.566
Ausgaben	22.946	312	22.634	22.873	283	22.590
Personalausgaben	19.114	267	18.847	18.996	238	18.758
Konsumtive Ausgaben	3.692	45	3.647	3.736	45	3.692
Investive Ausgaben	129		129	129		129
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	11		11	11		11

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
21.90.02						
Ausgaben	2.140	67	2.073	2.196	60	2.136
Personalausgaben	2.140	67	2.073	2.196	60	2.136
22.01.01						
Ausgaben	3.558	2	3.556	3.558	2	3.556
Konsumtive Ausgaben	3.458	2	3.456	3.458	2	3.456
Investive Ausgaben	100		100	100		100
22.01.02						
Ausgaben	13.767	1	13.766	13.767	1	13.766
Konsumtive Ausgaben	13.048	1	13.047	13.048	1	13.047
Investive Ausgaben	719		719	719		719
22.01.03						
Einnahmen	0		0	0		0
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	3.194	4	3.190	3.094	4	3.090
Konsumtive Ausgaben	3.094	4	3.090	3.094	4	3.090
Investive Ausgaben	100		100	0		0
22.03.01						
Einnahmen	762		762	762		762
Investive Einnahmen	733		733	733		733
Konsumtive Einnahmen	29		29	29		29
Ausgaben	18.663	18	18.645	18.657	18	18.639
Personalausgaben	0		0	0		0
Konsumtive Ausgaben	12.986	18	12.968	12.986	18	12.968
Zinsausgaben	22		22	26		26
Investive Ausgaben	5.655		5.655	5.645		5.645
22.03.02						
Einnahmen	26		26	26		26
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	26		26	26		26
Ausgaben	2.392	48	2.344	2.413	43	2.371
Personalausgaben	1.491	47	1.444	1.516	41	1.475
Konsumtive Ausgaben	859	1	857	859	1	857
Investive Ausgaben	43		43	38		38
22.90.01						
Einnahmen	188		188	188		188
Konsumtive Einnahmen	188		188	188		188
Ausgaben	4.129	78	4.052	4.314	70	4.245
Personalausgaben	2.693	76	2.616	2.747	68	2.679
Konsumtive Ausgaben	138	2	136	538	2	537
Investive Ausgaben	1.299		1.299	1.029		1.029
24.01.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	143.531	2.424	141.107	143.478	2.424	141.054
Konsumtive Ausgaben	129.045	2.424	126.622	128.765	2.424	126.341
Zinsausgaben	989		989	1.218		1.218
Investive Ausgaben	13.496		13.496	13.495		13.495

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
24.01.02						
Ausgaben	40.575	555	40.020	40.728	555	40.173
Konsumtive Ausgaben	38.575	555	38.020	38.728	555	38.173
Investive Ausgaben	2.000		2.000	2.000		2.000
24.01.03						
Ausgaben	13.338	219	13.119	13.335	219	13.116
Konsumtive Ausgaben	12.650	219	12.431	12.647	219	12.428
Investive Ausgaben	500		500	500		500
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	188		188	188		188
24.01.04						
Ausgaben	15.996	194	15.802	15.927	194	15.734
Konsumtive Ausgaben	12.620	194	12.427	12.507	194	12.314
Zinsausgaben	256		256	300		300
Investive Ausgaben	3.120		3.120	3.120		3.120
24.01.05						
Ausgaben	15.917	187	15.729	15.879	187	15.692
Konsumtive Ausgaben	15.217	187	15.029	15.179	187	14.992
Investive Ausgaben	700		700	700		700
24.01.06						
Einnahmen	14.800		14.800	17.000		17.000
Konsumtive Einnahmen	14.800		14.800	17.000		17.000
Ausgaben	22.962	2	22.960	25.162	2	25.160
Konsumtive Ausgaben	22.962	2	22.960	25.162	2	25.160
24.02.03						
Ausgaben	1.746		1.746	2.059		2.059
Investive Ausgaben	1.746		1.746	2.059		2.059
24.04.01						
Ausgaben	4.821	41	4.780	4.787	41	4.746
Konsumtive Ausgaben	4.621	41	4.580	4.587	41	4.546
Investive Ausgaben	200		200	200		200
24.90.01						
Einnahmen	20		20	20		20
Konsumtive Einnahmen	20		20	20		20
Ausgaben	2.664	66	2.598	2.721	60	2.661
Personalausgaben	2.158	66	2.092	2.219	59	2.160
Konsumtive Ausgaben	506	0	506	501	0	501
31.01.02						
Einnahmen	0		0	0		0
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	2.423	66	2.357	2.370	58	2.312
Personalausgaben	2.103	66	2.037	2.111	58	2.054
Konsumtive Ausgaben	317	0	316	256	0	255
Investive Ausgaben	3		3	3		3
31.02.01						
Einnahmen	9.608		9.608	9.817		9.817
Konsumtive Einnahmen	9.608		9.608	9.817		9.817
Ausgaben	17.518	131	17.387	18.184	115	18.069
Personalausgaben	4.116	129	3.987	4.154	113	4.041
Konsumtive Ausgaben	11.864	2	11.862	12.188	2	12.186
Investive Ausgaben	1.538		1.538	1.842		1.842

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
31.90.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	2.906	72	2.835	2.903	64	2.839
Personalausgaben	2.556	71	2.485	2.602	64	2.538
Konsumtive Ausgaben	304	0	304	255	0	255
Investive Ausgaben	46		46	46		46
41.01.01						
Einnahmen	231		231	263		263
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	231		231	263		263
Ausgaben	12.868	30	12.838	12.852	27	12.826
Personalausgaben	994	30	963	1.006	27	979
Konsumtive Ausgaben	11.394		11.394	11.366		11.366
Investive Ausgaben	480		480	480		480
41.01.02						
Einnahmen	176		176	2.265		2.265
Investive Einnahmen	0		0	2.091		2.091
Konsumtive Einnahmen	176		176	175		175
Ausgaben	158.037	69	157.968	156.446	68	156.378
Personalausgaben	137	4	133	135	4	132
Konsumtive Ausgaben	152.900	64	152.836	150.710	64	150.646
Investive Ausgaben	5.000		5.000	5.601		5.601
41.01.03						
Einnahmen	1.748		1.748	1.762		1.762
Konsumtive Einnahmen	1.748		1.748	1.762		1.762
Ausgaben	67.374	375	67.000	66.379	329	66.050
Personalausgaben	11.941	375	11.566	12.034	329	11.705
Konsumtive Ausgaben	55.433		55.433	54.344		54.344
41.01.06						
Einnahmen	4.928		4.928	4.992		4.992
Konsumtive Einnahmen	4.928		4.928	4.992		4.992
Ausgaben	28.388	210	28.178	28.015	196	27.818
Personalausgaben	3.504	110	3.394	3.520	96	3.424
Konsumtive Ausgaben	24.884	100	24.784	24.494	100	24.394
41.02.01						
Einnahmen	5.801		5.801	5.874		5.874
Konsumtive Einnahmen	5.801		5.801	5.874		5.874
Ausgaben	117.034	82	116.953	114.583	71	114.512
Personalausgaben	2.698	82	2.617	2.704	71	2.633
Konsumtive Ausgaben	114.336		114.336	111.879		111.879
41.02.03						
Einnahmen	267		267	270		270
Konsumtive Einnahmen	267		267	270		270
Ausgaben	1.350	25	1.325	1.349	22	1.327
Personalausgaben	786	25	761	795	22	773
Konsumtive Ausgaben	564		564	554		554

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
41.03.01						
Einnahmen	491		491	489		489
Konsumtive Einnahmen	491		491	489		489
Ausgaben	36.931	12.600	24.331	38.551	14.700	23.851
Konsumtive Ausgaben	31.931	7.600	24.331	27.651	3.800	23.851
Investive Ausgaben	5.000	5.000	0	10.900	10.900	0
41.05.02						
Einnahmen	14.088	1.903	12.185	13.852	1.868	11.984
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	14.088	1.903	12.185	13.852	1.868	11.984
Ausgaben	17.238	1.003	16.235	16.941	968	15.973
Personalausgaben	686		686	675		675
Konsumtive Ausgaben	10.173	1.003	9.170	9.994	968	9.026
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	6.379		6.379	6.272		6.272
41.05.03						
Einnahmen	87.020		87.020	82.619		82.619
Konsumtive Einnahmen	87.020		87.020	82.619		82.619
Ausgaben	90.969	177	90.792	87.068	156	86.913
Personalausgaben	5.631	177	5.454	5.686	156	5.531
Konsumtive Ausgaben	85.338		85.338	81.382		81.382
41.05.04						
Einnahmen	144.040	1.136	142.904	141.721	1.116	140.605
Konsumtive Einnahmen	95.300	1.136	94.164	93.788	1.116	92.672
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	48.740		48.740	47.933		47.933
Ausgaben	296.863	1.936	294.927	292.223	1.916	290.307
Personalausgaben	13.373		13.373	13.237		13.237
Konsumtive Ausgaben	219.625	33	219.592	216.165	48	216.117
Investive Ausgaben	0		0	0		0
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	63.865	1.903	61.962	62.820	1.868	60.952
41.07.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	516	16	499	521	14	507
Personalausgaben	516	16	499	521	14	507
41.90.01						
Einnahmen	4.510		4.510	4.505	0	4.505
Konsumtive Einnahmen	321		321	318		318
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	4.189		4.189	4.187		4.187
Ausgaben	11.030	199	10.831	11.150	176	10.974
Personalausgaben	8.093	196	7.896	8.178	174	8.003
Konsumtive Ausgaben	2.380	2	2.378	2.415	2	2.413
Zinsausgaben	0		0	0		0
Investive Ausgaben	400		400	400		400
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	157		157	157		157
41.90.02						
Einnahmen	305		305	304		304
Konsumtive Einnahmen	305		305	304		304
Ausgaben	2.875	72	2.802	2.911	64	2.847
Personalausgaben	2.650	72	2.577	2.686	64	2.622
Konsumtive Ausgaben	225		225	225		225
41.90.03						
Einnahmen	67		67	78		78
Konsumtive Einnahmen	67		67	78		78
Ausgaben	3.012	93	2.919	3.052	82	2.970
Personalausgaben	2.959	93	2.866	2.997	82	2.915
Konsumtive Ausgaben	53		53	54		54

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
41.90.04						
Einnahmen	439		439	450		450
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	439		439	450		450
Ausgaben	12.780	152	12.628	12.907	136	12.771
Personalausgaben	4.521	134	4.387	4.575	118	4.457
Konsumtive Ausgaben	4.496	18	4.479	4.569	18	4.552
Investive Ausgaben	450		450	450		450
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	3.312		3.312	3.312		3.312
51.01.02						
Einnahmen	2.690		2.690	2.743	0	2.743
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	2.502		2.502	2.555		2.555
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	188		188	188		188
Ausgaben	12.219	221	11.998	12.382	195	12.186
Personalausgaben	8.535	218	8.317	8.660	192	8.468
Konsumtive Ausgaben	3.443	4	3.439	3.457	4	3.454
Investive Ausgaben	237		237	260		260
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	5		5	5		5
51.02.01						
Einnahmen	7.215		7.215	7.126		7.126
Konsumtive Einnahmen	7.215		7.215	7.126		7.126
Ausgaben	8.823	97	8.726	8.874	86	8.788
Personalausgaben	6.387	96	6.291	6.439	86	6.353
Konsumtive Ausgaben	2.409	1	2.408	2.409	1	2.409
Investive Ausgaben	27		27	27		27
51.02.02						
Ausgaben	2.508	36	2.472	2.547	36	2.511
Konsumtive Ausgaben	2.132	36	2.096	2.155	36	2.119
Investive Ausgaben	376		376	392		392
51.04.02						
Einnahmen	1.144		1.144	1.133		1.133
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	1.144		1.144	1.133		1.133
Ausgaben	3.341	90	3.251	3.395	79	3.315
Personalausgaben	2.894	89	2.804	2.932	79	2.854
Konsumtive Ausgaben	404	1	403	404	1	404
Investive Ausgaben	37		37	51		51
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	7		7	7		7
51.04.03						
Einnahmen	666		666	660		660
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	666		666	660		660
Ausgaben	909	22	886	1.007	20	987
Personalausgaben	712	21	691	715	19	697
Konsumtive Ausgaben	150	1	148	150	1	148
Investive Ausgaben	45		45	140		140
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	2		2	2		2

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
51.90.01						
Einnahmen	638		638	630		630
Konsumtive Einnahmen	638		638	630		630
Ausgaben	6.171	151	6.019	6.324	136	6.188
Personalausgaben	5.460	151	5.309	5.606	135	5.471
Konsumtive Ausgaben	638	1	637	645	1	644
Investive Ausgaben	70		70	70		70
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	3		3	3		3
68.01.01						
Einnahmen	290		290	290		290
Konsumtive Einnahmen	290		290	290		290
Ausgaben	70.132	55	70.076	69.913	49	69.864
Personalausgaben	1.916	55	1.860	1.935	49	1.886
Konsumtive Ausgaben	56.234		56.234	56.246		56.246
Investive Ausgaben	11.982		11.982	11.732		11.732
68.01.02						
Einnahmen	31.649		31.649	31.649		31.649
Investive Einnahmen	24.589		24.589	24.589		24.589
Konsumtive Einnahmen	7.060		7.060	7.060		7.060
Ausgaben	112.781	357	112.424	114.006	316	113.690
Personalausgaben	13.363	348	13.015	13.497	307	13.190
Konsumtive Ausgaben	51.942	9	51.932	51.400	9	51.390
Zinsausgaben	0		0	0		0
Investive Ausgaben	47.476		47.476	49.109		49.109
68.02.05						
Einnahmen	5.866		5.866	5.366	0	5.366
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	5.866		5.866	5.366		5.366
Ausgaben	8.695	204	8.491	9.052	179	8.873
Personalausgaben	6.514	204	6.310	6.538	179	6.359
Konsumtive Ausgaben	1.409		1.409	1.492		1.492
Investive Ausgaben	772		772	1.022		1.022
68.02.06						
Einnahmen	12.961		12.961	13.084	0	13.084
Investive Einnahmen	3.033		3.033	3.156		3.156
Konsumtive Einnahmen	6.860		6.860	6.860		6.860
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	3.068		3.068	3.068		3.068
Ausgaben	33.331	128	33.202	32.558	115	32.443
Personalausgaben	4.093	128	3.964	4.197	115	4.082
Konsumtive Ausgaben	12.890		12.890	13.392		13.392
Zinsausgaben	2.319		2.319	2.374		2.374
Investive Ausgaben	9.178		9.178	7.670		7.670
Tilgungsausgaben	4.851		4.851	4.925		4.925
68.02.07						
Einnahmen	377		377	377		377
Konsumtive Einnahmen	377		377	377		377
Ausgaben	1.687	49	1.637	1.721	43	1.678
Personalausgaben	1.589	49	1.540	1.597	43	1.554
Konsumtive Ausgaben	89		89	115		115
Investive Ausgaben	9		9	9		9

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
68.02.08						
Einnahmen	4.830		4.830	4.922		4.922
Konsumtive Einnahmen	4.830		4.830	4.922		4.922
Ausgaben	8.261	174	8.087	8.648	159	8.488
Personalausgaben	5.987	173	5.814	6.253	158	6.094
Konsumtive Ausgaben	2.068	1	2.067	2.064	1	2.063
Investive Ausgaben	206		206	331		331
68.03.01						
Einnahmen	426		426	426		426
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	426		426	426		426
Ausgaben	7.680	99	7.581	7.170	88	7.082
Personalausgaben	3.167	99	3.068	3.225	88	3.137
Konsumtive Ausgaben	1.485		1.485	1.415		1.415
Zinsausgaben	0		0	0		0
Investive Ausgaben	3.028		3.028	2.530		2.530
68.03.03						
Einnahmen	7.501		7.501	7.501		7.501
Investive Einnahmen	7.120		7.120	7.120		7.120
Konsumtive Einnahmen	381		381	381		381
Ausgaben	39.148	3.600	35.548	36.955	88	36.867
Personalausgaben	3.798	100	3.698	3.823	88	3.735
Konsumtive Ausgaben	14.236		14.236	15.485		15.485
Investive Ausgaben	21.114	3.500	17.614	17.648		17.648
68.90.01						
Einnahmen	5.710		5.710	5.710		5.710
Investive Einnahmen	200		200	200		200
Konsumtive Einnahmen	5.510		5.510	5.510		5.510
Ausgaben	13.525	155	13.370	13.929	135	13.794
Personalausgaben	5.842	150	5.692	5.817	130	5.687
Konsumtive Ausgaben	6.642	5	6.637	7.071	5	7.066
Zinsausgaben	0		0	0		0
Investive Ausgaben	1.041		1.041	1.041		1.041
71.01.01						
Einnahmen	25.402		25.402	21.004		21.004
Investive Einnahmen	23.396		23.396	19.098		19.098
Konsumtive Einnahmen	2.006		2.006	1.906		1.906
Ausgaben	100.249	3.077	97.172	105.510	3.068	102.442
Personalausgaben	2.807	77	2.730	2.852	68	2.784
Konsumtive Ausgaben	25.218		25.218	25.600		25.600
Zinsausgaben	705		705	1.315		1.315
Investive Ausgaben	71.519	3.000	68.519	75.744	3.000	72.744
71.02.01						
Einnahmen	565		565	565		565
Investive Einnahmen	254		254	254		254
Konsumtive Einnahmen	312		312	312		312
Ausgaben	6.738	102	6.636	6.826	91	6.735
Personalausgaben	3.284	101	3.183	3.353	90	3.263
Konsumtive Ausgaben	3.019	1	3.018	3.038	1	3.037
Investive Ausgaben	435		435	435		435

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
81.01.01						
Einnahmen	12.533		12.533	12.519		12.519
Investive Einnahmen	10.737		10.737	10.737		10.737
Konsumtive Einnahmen	1.796		1.796	1.782		1.782
Ausgaben	139.261	62	139.199	141.723	55	141.668
Personalausgaben	2.447	62	2.385	2.470	55	2.415
Konsumtive Ausgaben	30.169	0	30.169	30.626	0	30.626
Zinsausgaben	25.915		25.915	26.670		26.670
Investive Ausgaben	80.730		80.730	81.957		81.957
81.01.02						
Einnahmen	751		751	743		743
Konsumtive Einnahmen	751		751	743		743
Ausgaben	5.036	128	4.908	5.106	114	4.992
Personalausgaben	4.475	127	4.347	4.557	113	4.444
Konsumtive Ausgaben	492	1	491	480	1	479
Investive Ausgaben	50		50	50		50
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	19		19	19		19
91.01.01						
Einnahmen	41		41	41		41
Konsumtive Einnahmen	41		41	41		41
Ausgaben	2.662	63	2.598	3.203	57	3.146
Personalausgaben	2.493	63	2.430	2.981	57	2.925
Konsumtive Ausgaben	168		168	221		221
91.01.03						
Einnahmen	665		665	663		663
Konsumtive Einnahmen	665		665	663		663
Ausgaben	5.092	136	4.956	5.146	120	5.026
Personalausgaben	4.832	136	4.696	4.883	120	4.763
Konsumtive Ausgaben	248		248	251		251
Investive Ausgaben	12		12	12		12
91.01.04						
Einnahmen	1.736		1.736	1.728		1.728
Konsumtive Einnahmen	1.736		1.736	1.728		1.728
Ausgaben	7.903	209	7.693	8.054	186	7.867
Personalausgaben	7.610	209	7.401	7.754	186	7.567
Konsumtive Ausgaben	284		284	291		291
Investive Ausgaben	8		8	9		9
91.01.07						
Einnahmen	606		606	601		601
Konsumtive Einnahmen	606		606	601		601
Ausgaben	5.471	143	5.328	5.565	127	5.438
Personalausgaben	4.680	143	4.536	4.766	127	4.639
Konsumtive Ausgaben	780		780	787		787
Investive Ausgaben	12		12	12		12
91.01.08						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	8.757	264	8.493	8.866	233	8.633
Personalausgaben	8.417	264	8.153	8.520	233	8.287
Konsumtive Ausgaben	333		333	339		339
Investive Ausgaben	7		7	7		7

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
91.01.09						
Einnahmen	498		498	493		493
Konsumtive Einnahmen	498		498	493		493
Ausgaben	15.015	449	14.566	15.152	395	14.757
Personalausgaben	14.535	449	14.086	14.664	395	14.270
Konsumtive Ausgaben	469		469	475		475
Investive Ausgaben	11		11	12		12
91.02.01						
Einnahmen	239		239	237		237
Konsumtive Einnahmen	239		239	237		237
Ausgaben	2.997	73	2.924	3.046	65	2.981
Personalausgaben	2.899	73	2.826	2.944	65	2.879
Konsumtive Ausgaben	13		13	14		14
Investive Ausgaben	84		84	88		88
91.02.02						
Einnahmen	621		621	615		615
Konsumtive Einnahmen	621		621	615		615
Ausgaben	3.260	93	3.167	3.346	83	3.263
Personalausgaben	2.927	92	2.835	3.007	82	2.925
Konsumtive Ausgaben	317	1	316	322	1	321
Investive Ausgaben	16		16	17		17
91.03.01						
Einnahmen	9		9	9		9
Konsumtive Einnahmen	9		9	9		9
Ausgaben	3.448	69	3.379	3.491	61	3.430
Personalausgaben	2.804	69	2.736	2.845	61	2.784
Konsumtive Ausgaben	644		644	646		646
Investive Ausgaben	0		0	0		0
91.03.03						
Einnahmen	5		5	5		5
Konsumtive Einnahmen	5		5	5		5
Ausgaben	10.799	48	10.751	14.804	43	14.760
Personalausgaben	8.630	48	8.581	12.594	43	12.551
Konsumtive Ausgaben	1.995		1.995	2.028		2.028
Investive Ausgaben	174		174	181		181
91.03.04						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	647	18	629	660	16	644
Personalausgaben	622	18	604	635	16	619
Konsumtive Ausgaben	25		25	25		25
Investive Ausgaben	0		0	0		0
91.03.05						
Einnahmen	44		44	44		44
Konsumtive Einnahmen	44		44	44		44
Ausgaben	1.445	32	1.413	1.477	29	1.448
Personalausgaben	1.321	32	1.289	1.351	29	1.322
Konsumtive Ausgaben	124		124	126		126
Investive Ausgaben	0		0	0		0

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
91.90.01						
Einnahmen	843		843	838		838
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	843		843	838		838
Ausgaben	12.495	142	12.353	12.518	128	12.389
Personalausgaben	7.198	120	7.078	7.187	107	7.081
Konsumtive Ausgaben	5.148	22	5.126	5.175	22	5.153
Investive Ausgaben	145		145	152		152
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	4		4	4		4
91.90.03						
Ausgaben	315	9	306	314	7	307
Personalausgaben	273	9	264	271	7	264
Konsumtive Ausgaben	35		35	35		35
Investive Ausgaben	8		8	8		8
92.01.02						
Einnahmen	104.836	2.385	102.451	125.844	23.501	102.344
Investive Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	104.596	2.385	102.211	125.604	23.501	102.104
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	240		240	240		240
Ausgaben	70.349	-1.095	71.443	68.255	2.413	65.842
Konsumtive Ausgaben	38.747	-1.095	39.841	33.804	-587	34.391
Zinsausgaben	38		38	38		38
Investive Ausgaben	28.496		28.496	31.345	3.000	28.345
budgetrel. Verrechn./Erstatt.	3.068		3.068	3.068		3.068
92.02.01						
Einnahmen	41.076	15.500	25.576	35.680	10.000	25.680
Konsumtive Einnahmen	41.076	15.500	25.576	35.680	10.000	25.680
Ausgaben	471.577	21.559	450.018	457.522	14.491	443.032
Personalausgaben	437.245	21.465	415.780	423.057	14.397	408.660
Konsumtive Ausgaben	34.332	94	34.238	34.466	94	34.372
92.02.03						
Ausgaben	26.143	-27.319	53.462	7.817	-23.549	31.365
Personalausgaben	26.143	-27.319	53.462	7.817	-23.549	31.365
92.02.04						
Einnahmen	417		417	417		417
Konsumtive Einnahmen	417		417	417		417
Ausgaben	15.020	169	14.852	14.713	169	14.544
Personalausgaben	3.449		3.449	3.363		3.363
Konsumtive Ausgaben	11.571	169	11.402	11.351	169	11.181
Investive Ausgaben	0		0	0		0
92.03.01						
Einnahmen	0		0	0		0
Konsumtive Einnahmen	0		0	0		0
Ausgaben	8.295	1.422	6.873	8.075	1.193	6.883
Personalausgaben	8.295	1.422	6.873	8.075	1.193	6.883
Konsumtive Ausgaben	0		0	0		0
92.03.02						
Ausgaben	1.140	209	931	1.175	206	969
Personalausgaben	1.140	209	931	1.175	206	969

PGR	Ansatz 2015 (NEU)	Änderung	Ansatz 2015 (BISHER)	Ansatz 2014 (NEU)	Änderung	Ansatz 2014 (BISHER)
	in Tsd. €					
93.01.02						
Einnahmen	1.772		1.772	2.336		2.336
Konsumtive Einnahmen	1.772		1.772	2.336		2.336
Ausgaben	578.384	-18.635	597.019	580.978	-5.199	586.178
Konsumtive Ausgaben	310		310	310		310
Zinsausgaben	578.074	-18.635	596.709	580.668	-5.199	585.868
Investive Ausgaben	0		0	0		0
93.01.03						
Einnahmen	11.033		11.033	10.098		10.098
Konsumtive Einnahmen	11.033		11.033	10.098		10.098
Ausgaben	6.698	-1.780	8.478	2.373	-3.020	5.393
Konsumtive Ausgaben	6.845	-1.780	8.625	5.605	-3.020	8.625
Investive Ausgaben	-147		-147	-3.232		-3.232
Tilgungsausgaben	0		0	0		0

Anlage 6

neue und/oder wesentlich geänderte Darlegungsblätter

**21.04.03 Sonst. schulische Leistungen und
Fördermaßnahmen**

21.05.05 Assistenz in Schule (Sozialleistungen)

41.05.02 Bildung und Teilhabe

**41.05.04 Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung
nach SGB II**

92.01.02 Allgemeine Finanzen (Sonstiges)

92.02.01 Versorgung

92.02.03 Globale Mehrausgaben Personal

92.03.01 Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool

93.01.03 Steuerähnliche Abgaben

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	21.04.03
Bezeichnung:	Sonst. schulische Leist. u Fördermaßn.

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	1.502 (nachrichtl.)
2014:	1.572
2015:	1.642

Ausgaben:

2013:	34.939 (nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	26.197	VE:	
2015:	26.283	VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
- ☒ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
- ☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Rechtsgrundlage:

- Art. 7 GG
- Art. 27 und 31 der Landesverfassung der Freien Hansestadt Bremen;
- § 3ff BremSchulG
- BremSchVerwG
- Beschlüsse bzw. Empfehlungen der KMK
- Verordnung über die Sonderpädagogische Förderung an den öffentlichen Schulen.
- Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen

Das gesamte Schulwesen unterliegt der Aufsicht des Staates. Sämtliche Ausgaben dienen der unmittelbaren und mittelbaren Verwirklichung des landesverfassungsrechtlich garantierten Rechts auf Bildung. Dazu gehört die Bereitstellung eines funktionsfähigen Schulbetriebes einschließlich der Gewährleistung der konsumtiven und personellen Voraussetzungen für die schulische und berufliche Ausbildung in der Stadtgemeinde Bremen. Die Ausgaben beziehen sich auf die Aufrechterhaltung des Schulbetriebes, die Sicherung der Unterrichtsversorgung und die Maßnahmen zur Qualitätsentwicklung für alle Schulen der Stadtgemeinde Bremen.

In dieser Produktgruppe sind auch im Rahmen der Innovationen des Bildungswesen

- die gemeinsame Bildungsplanung der Bundesländer und
- Mittel aus EU-Programmen

veranschlagt

-Unterstützung von schwerstmehrfach behinderten Schülerinnen und Schülern in der allgemeinen Schule, die auf pflegerische oder andere Hilfen während des Unterrichts angewiesen sind

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Bildung und Wissenschaft
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	21.05.05
Bezeichnung:	Assistenz in Schule (Sozialleistungen)

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013: 0 (nachrichtl.)

2014: 0

2015: 0

Ausgaben:

2013: 0 (nachrichtl.) VE: (nachrichtl.)

2014: 2.880 VE:

2015: 2.880 VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
☒ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☐ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

SGB XII

SGB VIII

§ 35 BremSchulG in Verbindung mit § 22 BremSchulG

Ab 2014 werden Assistenzleistungen als Eingliederungshilfe nach dem Sozialgesetzbuch (SGB XII, SGB VIII) ausschließlich bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft beantragt. Behinderte bzw. von einer Behinderung Bedrohte, die wesentlich in ihrer Fähigkeit an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt sind, haben Anspruch auf Eingliederungshilfe. Leistungen der Eingliederungshilfe umfassen u. a. Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung insbesondere im Rahmen der allgemeinen Schulpflicht und zum Besuch weiterführender Schulen.

Bestätigung:

Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	41.05.02
Bezeichnung:	Bildung und Teilhabe

Gesamt volumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	16.718	(nachrichtl.)
2014:	13.852	
2015:	14.088	

Ausgaben:

2013:	18.632	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	16.941		VE:	
2015:	17.238		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☐ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Einnahmen:

Von der Beteiligung des Bundes in Höhe von 35,8% an den Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung entfielen bis 2012 rechnerisch 9,4% auf die Leistungen für Bildung und Teilhabe inkl. Verwaltungskosten, davon 5,4% für Bildung und Teilhabe i.e.S. Diese sind hier unter "Einnahmen" für die Stadt Bremen angegeben. Es handelt sich um einen rechnerischen Wert auf Basis der Annahmen zu den Ausgaben für die KdU. In 2013 wurde der Beteiligungssatz für Bildung und Teilhabe auf 5,9% neu festgesetzt. Dieser Wert gilt nun auch für 2014-15 bis zu einer entsprechenden Neufestsetzung. Die Bundeserstattung erfolgt für Leistungen nach dem SGB II und § 6 b BKKG. Die o.g. Einnahmen sind Verrechnungseinnahmen innerhalb der bremischen Haushalte, da die Einnahmen im Außenverhältnis in der Produktgruppe 41.05.04 vereinnahmt werden.

Ausgaben:

Bei den Leistungen für Bildung und Teilhabe handelt es sich um eine Leistung, die im Jahr 2011 gesetzlich normiert wurde. Die Gesamtausgaben in der PG lagen im Jahr 2012 bei einer Inanspruchnahme von ca. 60% der potentiell Leistungsberechtigten bei rd. 7 Mio. Euro.

In der PGr 41.05.02 werden nur jene Leistungen abgebildet, die in der Verantwortung vom Jobcenter Bremen und dem Amt für Soziale Dienste Bremen liegen. Leistungen für ein- und mehrtägige Schulfahrten, Lernförderung, Mittagessen für Schüler werden in der PGr 21.05.04 bei der Senatorin für Bildung und Wissenschaft dargestellt.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Die Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	41.05.04
Bezeichnung:	Kommunale Leistungen zur Existenzsicherung nach SGB II

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	145.142 (nachrichtl.)
2014:	141.721
2015:	144.040

Ausgaben:

2013:	291.491 (nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	292.223	VE:	
2015:	296.863	VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☐ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)**Einnahmen:**

Bei den Einnahmen handelt es sich im Wesentlichen um Einnahmen aus der Bundeserstattung für die Kosten der Unterkunft und Heizung, die in den Jahren 2012 und 2013 bei 35,8% lagen. Im Jahr 2014 liegt der Bundesanteil für Bremen und Bremerhaven bei 27,6%. Der Anteil des Bundes an den Kosten der Unterkunft ist festgesetzt in § 46 Abs. 5 ff (SGB II). Neu festgesetzt wurde in 2013 die Beteiligungsquote für die BuT-Leistungen, die bislang bei 5,4% lag, auf nun 5,9%. Zu den Einnahmen KdU kommen noch geringfügige Einnahmen aus Erstattungen anderer Gemeinden für die Unterbringung in Frauenhäusern hinzu.

Ausgaben:

Seit dem 01.01.2005 erhalten nach Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe erwerbsfähige ehemalige Sozialhilfeempfänger/-innen, die bis dahin Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz (BSHG) erhalten haben, ehemalige Arbeitslosenhilfeempfänger/-innen und seither hinzugekommene erwerbsfähige Leistungsempfänger/-innen Hilfen im Rahmen des SGB II. Die Mehrzahl der ehemaligen Sozialhilfeempfänger/-innen wechselte - zusammen mit in den Bedarfsgemeinschaften lebenden Minderjährigen unter 18 Jahren - in das neue Leistungssystem.

Für die Bedarfsgemeinschaften nach SGB II sind weiterhin bestimmte kommunale Leistungen zu erbringen, darunter als größte Position die Kosten der Unterkunft (KdU) und Heizung, die sich zusammensetzen aus der Bruttokaltmiete und den Heizkosten. Diese Kosten sind nach dem bundeseinheitlichen Gesetz in angemessenem Umfang zu übernehmen. Der angemessene Umfang bestimmt sich im Wesentlichen nach dem Angebot an preiswertem Wohnraum in Bremen; im Übrigen unterliegt die Angemessenheit der vollen gerichtlichen Nachprüfbarkeit.

Steuerungsmöglichkeiten sind bei der Ausgestaltung des bremischen Maßstabs zur Angemessenheit der KdU, ansonsten in entsprechend begrenztem Rahmen im Einzelfall gegeben. Die Wohnsituation in Bremen, insbesondere das Verhältnis zwischen Angebot (Wohnungsmarkt) und Nachfrage (Klienten), wurde mehrfach überprüft. Infolge höchstrichterlichen Urteils ist die Angemessenheitsfestlegung mit einem sogenannten "schlüssigen Konzept" zu hinterlegen. Da ein Mietpreisspiegel für Bremen nicht vorliegt, wurden auf der Basis 2010er Daten Bestands- und Angebotsmieten ausgewertet und in 2013 unter Verwendung des bremischen Mietpreisindex fortgeschrieben. Die ab dem 01.01.2014 geltende Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft und Heizung wurde von der Städtischen Deputation für Soziales, Kinder und Jugend in ihrer Sitzung vom 31.10.2013 beschlossen (Vorlage Nr. 134/13).

Die Ausgaben für die Kosten der Unterkunft und Heizung werden monatlich auf der Basis vorhandener Statistiken der Bundesagentur für Arbeit (BA) zum SGB II und auf der Basis von Finanzdaten (z. B: Bremischer Haushalt) überprüft und vierteljährlich controlled. Das Thema "KdU" wird auch im Kreis der 16 deutschen Großstädte (Kennzahlenvergleich SGB XII und SGB II) mit verfolgt.

Die Ausgaben für die KdU richten sich nicht nur nach der Höhe der angemessenen, bewilligten KdU sondern auch nach der Zahl der Klienten. Diese stieg lange stetig an und zeigte dann seit Frühjahr 2011 eine sinkende Tendenz. Das Jobcenter Bremen ist aktiv bemüht, Leistungsempfänger/-innen in den Arbeitsmarkt zu integrieren und so die zu erbringende Leistung ganz oder teilweise zu reduzieren. Nach derzeitigem Stand wird davon ausgegangen, dass sich in den Jahren 2014 und 2015 eine weitere Reduzierung der Anzahl der Leistungsempfänger/-innen ergeben könnte.

Zu berücksichtigen sind auf der Ausgabe Seite rd. 14 Mio. € als Anteil Bremerhavens an der Bundeserstattung KdU.

Als kommunale Leistungen sind des weiteren flankierende Maßnahmen und einmalige Leistungen zu gewähren. Diese sind: Schuldnerberatung, sonstige Beratung und Betreuung nach § 16a SGB II, Erstaussstattungen für die Wohnung einschl. Haushaltsgeräten, Erstaussstattung für Bekleidung bei Schwangerschaft und Geburt (inkl. Säuglingsausstattung), Erstaussstattung für Bekleidung in sonstigen Fällen, Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten. Auch hierzu lassen sich qualifizierte Aussagen erst nach und nach treffen. Hinzu kommen noch Ausgaben für das Projekt "WaBeQ", mit dem eine gezielte Einsparung bei den Nebenkosten ("Wassersparprojekt") verfolgt wird und das sich gegenwärtig in einer Überprüfungsphase befindet, deren Ergebnis abzuwarten ist. Ferner soll die in den Jahren 2013 und 2014 die Bremer Joboffensive zu Ausgabenreduzierungen im Bereich der sogenannten marktnahen Kunden führen, das Projekt ist teilweise aus bremischen Mitteln zu finanzieren.

Das Jobcenter Bremen ist neben der Zentrale an 6 Standorten organisiert. An den Betriebskosten muss sich nach § 46 (3) SGB II die Kommune seit dem 01.04.2011 mit dem erhöhten Anteil von 15,2 % (Kommunaler Finanzierungsanteil, KFA) beteiligen. Der erhöhte KFA fiel 2012 erstmalig für das gesamte Jahr 2012 an. Gleichzeitig trat zum 01.01.2012 eine Verordnung zur Feststellung der Gesamtverwaltungskosten in Kraft. 2012 wurde ein Mehrbedarf - wie schon im Haushaltsaufstellungsverfahren 2012-13 vorgeschlagen - von rd. 0,6 Mio. Euro aus der zentralen Risikovorsorge gedeckt. Die Basisausstattung mit Haushaltsmitteln wurde im Rahmen der Haushalte 2012-13 hergestellt und nach 2014-15 fortgeschrieben bzw. noch verstärkt. Die tatsächliche Aufgabenwahrnehmung wird von zahlreichen sich verändernden Anforderungen geprägt; daher sind die Finanzbedarfe jedes Jahr neu zu bewerten und im Haushalt abzudecken.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Finanzen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	92.01.02
Bezeichnung:	Allgemeine Finanzen (Sonstiges)

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	92.912 (nachrichtl.)
2014:	125.844
2015:	104.836

Ausgaben:

2013:	62.487 (nachrichtl.)	VE:	395.000 (nachrichtl.)
2014:	68.255	VE:	380.000
2015:	70.349	VE:	375.000

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
☒ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die in dieser Produktgruppe für 2014 und 2015 veranschlagten Ausgaben (ohne Verrechnungen/Erstattungen) beinhalten i.H.v. 25,723 Mio. € (2014) bzw. 25,874 Mio. € (2015) zentral veranschlagte Mittel für Zahlungen an die Sondervermögen Immobilien und Technik (SVIT) für Sanierungsinvestitionen und damit für die Offenhaltung öffentlicher Gebäude wie Schulen, Kindertagesheime, Polizeireviere etc. sowie jeweils 2,0 Mio. € für energetische Maßnahmen.

Darüber hinaus beinhalten die Anschläge 2014 und 2015 Beträge i.H.v. 19,381 Mio. € (2014) und 19,452 Mio. € (2015) für eine zentrale Finanzierung der Gebäudereinigung, die bis einschließlich 2011 dezentral durch diverse andere Produktpläne finanziert worden ist.

Im Übrigen sind für 2014 und 2015 weitere Mittel für im wesentlichen folgende Ausgaben veranschlagt:

- a) Globale Mehrausgaben für Tarifeffekte bei Personalkostenzuschüssen (2014: 2,804 Mio. €/2015: 8,185 Mio. €)
- b) Schadenersatzleistungen bei Haftpflichtfällen (jeweils 4,25 Mio. €)
- c) (weitere) Kapitalerhöhung Kliniken (2014: 3,0 Mio. €)
- d) Refinanzierung Anteil Bremens an der Sanierung des Siemens-Hochhauses (jeweils 0,16 Mio. €)
- e) Inanspruchnahme aus Gewährleistungen für Ausfälle der Kreditgarantiegemeinschaften (jeweils 0,5 Mio. €)
- f) Zahlung von Geschäftsbesorgungsentgelten an AöR Immobilien Bremen im Rahmen der ihr übertragenen Aufgabenwahrnehmung (jeweils 0,753 Mio. €)
- g) Verlustausgleich der Bremer Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (BVG) zur Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung der Bevölkerung mit ÖPNV (jeweils 4,635 Mio. €).
Die hierfür erforderlichen Mittel sind, soweit sie den Verlust der BSAG betreffen, im Haushalt des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr veranschlagt.
- h) Erstattung des Ertragsausfalls der BAB GmbH im Zusammenhang mit dem Verkauf stiller Beteiligungen (2014: 1,496 Mio. €/2015: 0,984 Mio. €)

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Finanzen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	92.02.01
Bezeichnung:	Versorgung

Gesamt volumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	26.532	(nachrichtl.)
2014:	35.680	
2015:	41.076	

Ausgaben:

2013:	434.865	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	457.523		VE:	
2015:	471.577		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☒ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Die nach dem Beamtenversorgungsgesetz zu leistenden Versorgungsaufwendungen sind unter Ausschöpfung der gegenwärtigen versorgungsrechtlichen Spielräume veranschlagt, d.h. es sind nur bereits beschlossene Versorgungsanpassungen und keine Sonderzahlungen berücksichtigt. Die Anschläge wurden auf der Basis des voraussichtlichen Versorgungsvolumens budgetiert und berücksichtigen damit sowohl prognostizierte Abgänge aus dem aktiven Bestand in die Versorgung wie voraussichtliche Abgänge aus der Versorgung. Korrespondierend hierzu sind die Beihilfen für Versorgungsempfänger veranschlagt. Im Umfang von jeweils 11,4 Mio. Euro im Jahr 2014 und 2015 werden die Versorgungsbezüge aus Erträgen der Anstalt für Versorgungsvorsorge und dem Sondervermögen Versorgungsrücklage finanziert. Diese sind in den Einnahmen und Ausgaben veranschlagt.

Zusätzlich ist die Finanzierung von Mehrbedarfen in der Versorgung aus dem Kapitalstock des Sondervermögens Versorgungsrücklage geplant. Diese Mehrbedarfe entstehen aufgrund von Urteilen des Bundesverfassungs- und Bundesverwaltungsgerichts, wodurch die Versorgungsbezüge von ehemaligen Teilzeitbeschäftigten rückwirkend bis 2005 neu festzusetzen sind. Unter Vorbehalt, dass für die Entnahme eine gesetzliche Grundlage geschaffen wird, werden 10,0 Mio. € für 2014 und 15,5 Mio. € für 2015 veranschlagt.

Die Performa Entgelte für die Bearbeitung und Anweisung der Versorgungsbezüge sind ebenfalls in dieser Produktgruppe veranschlagt. Ihre Höhe orientiert sich an der prognostizierten Entwicklung des Versorgungsvolumens sowie an den von der Performa Nord zu erbringenden Effizienzgewinnen.

Zuführungen an das Sondervermögen Versorgungsrücklage des Landes Bremens entsprechend §9 Abs. 2 Bremisches Versorgungsrücklagegesetz sind in 2014 und 2015 nicht vorgesehen.

Die Zuführungen an die Anstalt für Versorgungsvorsorge sind in der Gruppe 634 berücksichtigt und betragen rd. 30,5 Mio. Euro jährlich.

Die im Bereich der Zusatzversorgung nach dem Bremischen Ruhelohngesetz veranschlagten Mittel in Höhe von rd. 16 Mio. Euro jährlich sind methodisch entsprechend den Versorgungsaufwendungen für Beamte ermittelt worden.

Die insbesondere aus Versorgungszuschlägen bei Beamten in ausgegliederten Einrichtungen resultierenden Einnahmen (Kostenerstattungen) sind entsprechend den geltenden Zuschlagssätzen von 35 % bei Beamten und 14,29 % bei ruhelohnberechtigten Arbeitnehmern veranschlagt. Diese Einnahmen sind zweckgebunden zur Versorgungsvorsorge und entsprechend bei den Zuführungen an die Rücklage zur Versorgungsvorsorge veranschlagt.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Finanzen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	92.02.03
Bezeichnung:	Globale Mehrausgaben Personal

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013: 0 (nachrichtl.)

2014: 0

2015: 0

Ausgaben:

2013: 21.329 (nachrichtl.) VE: (nachrichtl.)

2014: 7.817 VE:

2015: 26.143 VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☐ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

In der Produktgruppe sind Mittel für künftige Ausbildungsjahrgänge veranschlagt, soweit diese noch nicht im Haushaltsaufstellungsverfahren dezentralisiert worden sind. Auf einer neuen HHStelle "Globale Mehrausgaben für die Ausbildung von Flüchtlingen" sind zusätzlich 0,4 Mio. € im Jahr 2015 veranschlagt. Für 2014 sind damit rd. 2 Mio. Euro und für 2015 rd. 8,2 Mio. Euro für die Ausbildung 2014 und 2015 eingeplant.

Der Anschlag 2015 enthält eine Tarifvorsorge für den Kernbereich von 1,5% für einen erwarteten TV-L Abschluss mit einer korrespondierenden Anpassung im Besoldungs- und Versorgungsbereich.

In der Produktgruppe sind Mittel für organisatorische Umbaumaßnahmen sowie sonstige personalwirtschaftliche Risiken vorgesehen.

Bestätigung:

Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Finanzen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	92.03.01
Bezeichnung:	Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool

Gesamtvolumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013: 0 (nachrichtl.)

2014: 0

2015: 0

Ausgaben:

2013: 7.604 (nachrichtl.) VE: (nachrichtl.)

2014: 8.075 VE:

2015: 8.295 VE:

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☐ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

Der Produktgruppe werden die Auszubildenden aus den personalbedarfsbezogenen Ausbildungsjahrgängen der allgemeinen Verwaltung nach Beendigung der Ausbildung zugordnet, die bis zur Vermittlung auf adäquate Dienstposten projektbezogen in der Verwaltung - insbesondere in Projekten der Verwaltungsmodernisierung - eingesetzt werden. Weitere Personenkreise, die in der Produktgruppe geführt werden, sind u.a. Nachwuchskräfte des höheren Dienstes sowie der Schwerbehindertenpool. Die jeweiligen Einstellungskorridore orientieren sich an dem tatsächlichen Personalbedarf, der zur Aufrechterhaltung des Dienstbetriebes in der bremischen Verwaltung erforderlich ist und berücksichtigen die aufgrund der PEP-Vorgaben zu erbringenden Einsparquoten. Die Personalbedarfsplanung wird jeweils dem Senat über die Ausbildungsplanung zur Kenntnis gegeben, der darauf basierend die jeweiligen Einstellungszahlen für das kommende Jahr beschließt. Der Schwerbehindertenpool dient der Erreichung der gesetzlich geforderten Beschäftigungsquote (SGB IX) von schwerbehinderten Menschen.

Auf den neuen Entgelt- bzw. Bezügehaushaltsstellen in der Stadt zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen sind 1,0 Mio. €, damit 23 VZE in 2014 und 1,2 Mio. €, damit 27,3 VZE in 2015 als temporäre Personalmittel veranschlagt. Damit sollen die personellen Mehrbedarfe aus der verstärkten Aufnahme und Integration von Flüchtlingen abgedeckt werden.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Haushalte 2014 - 2015

Darlegung der Erforderlichkeit von Ausgaben und der Ausschöpfung von Einnahmequellen

Ressort:	Senatorin für Finanzen
Produktbereich / -gruppe	
Nummer:	93.01.03
Bezeichnung:	Steuerähnliche Abgaben

Gesamt volumen in Tsd. €:**Einnahmen:**

2013:	14.667	(nachrichtl.)
2014:	10.098	
2015:	11.033	

Ausgaben:

2013:	4.994	(nachrichtl.)	VE:	(nachrichtl.)
2014:	2.373		VE:	
2015:	6.698		VE:	

Es handelt sich um Ausgaben aufgrund von

- ☐ bundesgesetzlichen
☐ landesverfassungsrechtlichen Vorgaben
☒ sonstigen Bindungen (bitte darlegen, worin in sachlicher und finanzieller Hinsicht und für welchen Zeitraum die jeweilige Verpflichtung besteht)

Begründung: (hier ist insbesondere auch auf die Begründetheit der Höhe der Ausgaben einzugehen)

In dieser Produktgruppe sind - neben steuerähnlichen Einnahmen der Finanzverwaltung, die sich nicht eindeutig den PGR 93.01.01 bzw. 93.01.02 zuordnen lassen, - u.a. auch die weiteren Leistung der Spielbank sowie die Abführung aus der Spielbankabgabe an die Stiftung Wohnliche Stadt - dargestellt. Ebenso wird eine Globale Minderausgabe in 2014 und 2015 veranschlagt, die im jeweils laufenden Haushaltsjahr prozentual über alle Ressorthaushalte aufzulösen ist.

Wie in den vergangenen Jahren wird zur Deckung von möglichen Vollzugsrisiken ein Risikofonds im Produktplan 93 eingeplant. Über die Inanspruchnahme dieser Mittel im Vollzug der Haushalte 2014/2015 entscheidet der Senat im Rahmen der vorzulegenden Controllingberichte. Im Zuge der Umsetzung des Gesamtkonzeptes zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen in der Stadt Bremen haben die betroffenen Ressorts Mehrbedarfe angemeldet. Zur Finanzierung dieser noch nachzuweisenden Mehrbedarfe wurden vorsorglich konsumtive Mittel zentral im Produktplan 93 eingestellt.

Aufgrund des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank sind 50 v.H. der vereinnahmten Spielbankabgabe (wg. LFA-Bezug in Produktgruppe 93.01.01 veranschlagt) an die Stiftung "Wohnliche Stadt" abzuführen. Der abgeführte Betrag ist jedoch abhängig von der tatsächlichen Spielbankabgabe. Da die Einnahmen aus der Spielbankabgabe aufgrund Umsatzsteuerverpflichtung und Einnahmerückgang bei der Spielbank nicht die Erwartungen erfüllen und dadurch die Stiftung Wohnliche Stadt ihren Dienstbetrieb nicht mehr im erforderlichen Maße aufrechterhalten könnte, wurde der Zuschuss in Höhe von mindestens in gleicher Höhe wie die erwarteten Einnahmen aus der Spielbankabgabe veranschlagt. Der Zuschuss wird jährlich fortlaufend gewährt.

Zu berücksichtigen ist, dass entstandene Personalkosten der Spielbankaufsicht zulasten des Produktplans 93 an den Produktplan 91 umzubuchen sind (rd. 1,2 Mio. € p.a.) und somit eine Haushaltsverschlechterung im Produktplan 93 bedeuten.

Die Einnahmen aus Säumnisgeldern und Verwaltungskosten Kirchensteuer lassen sich nicht steuern. Ein annähernd realistischer Wert kann nur anhand von Vorjahresergebnissen ermittelt werden.

Bestätigung:

*Alle Möglichkeiten zur Ausgabenbeschränkung sowie alle zum jetzigen Zeitpunkt möglichen Einnahmequellen wurden eingehend geprüft und sind ausgeschöpft.
(In Verantwortung des Ressorts)*

Anlage 7

Stellenpläne

Struktur	PrGr	Bezeichnung	Kapitel	Budgetbereich	Dienstbezeichnung	Tarifwerk	Tarifgruppe	2014	Änderung 2014	Neu 2014	2015	Änderung 2015	Neu 2015
Kernverwaltung	030101	Senat, Senatskanzlei, Kirchliche Angelegenheiten	0020	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung B Bremen	02	1,00	0,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Kernverwaltung	060101	Beratung / Überwachung / Berichterstellung	0029	Kern	Oberregierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	14	2,88	0,13	3,00	2,88	0,13	3,00
Kernverwaltung	060101	Beratung / Überwachung / Berichterstellung	0029	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	13	1,77	0,76	2,53	1,77	0,76	2,00
Kernverwaltung	060101	Beratung / Überwachung / Berichterstellung	0029	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	08	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Kernverwaltung	119001	Senatorische Angelegenheiten Justiz	0100	Kern	Regierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	15	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Kernverwaltung	119001	Senatorische Angelegenheiten Justiz	0100	Kern	Oberregierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	14	5,00	-1,00	4,00	5,00	-1,00	4,00
Kernverwaltung	310102	Arbeitsförderung im Land Bremen	0306	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Kernverwaltung	319001	Senatorische Angelegenheiten Arbeit	0300	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Kernverwaltung	419001	Senatorische Angelegenheiten - Zentrale Dienste	0400	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	2,90	1,00	3,90	2,90	1,00	4,90
Kernverwaltung	419001	Senatorische Angelegenheiten - Zentrale Dienste	0400	Kern	Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	15	3,90	-1,00	2,90	3,90	-1,00	2,90
Kernverwaltung	419001	Senatorische Angelegenheiten - Zentrale Dienste	0400	Refi	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	0,00	0,10	0,10	0,00	0,10	0,10
Kernverwaltung	910101	Steuergesetzgebung / überreg. Finanzbeziehungen	0900	Kern	leitende/r Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	16	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Kernverwaltung	910101	Steuergesetzgebung / überreg. Finanzbeziehungen	0900	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	3,00	2,00	5,00	3,00	2,00	5,00
Kernverwaltung	910103	Finanzamt Bremerhaven	0955	Kern	Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	15	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Kernverwaltung	910103	Finanzamt Bremerhaven	0955	Kern	Oberregierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	14	1,88	-0,88	1,00	1,00	0,00	1,00
Kernverwaltung	910103	Finanzamt Bremerhaven	0955	Kern	Obersteuereinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	6,25	2,00	8,25	6,90	2,00	8,90
Kernverwaltung	910103	Finanzamt Bremerhaven	0955	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S	9,93	2,00	11,93	9,18	2,00	11,18
Kernverwaltung	910104	Finanzamt Bremen-Mitte	0951	Kern	Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	15	3,00	-1,00	2,00	3,00	-1,00	2,00
Kernverwaltung	910104	Finanzamt Bremen-Mitte	0951	Kern	Obersteuereinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	13,40	1,00	14,40	13,40	1,00	14,40
Kernverwaltung	910104	Finanzamt Bremen-Mitte	0951	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S	5,00	7,00	12,00	5,00	7,00	12,00
Kernverwaltung	910107	Finanzamt Bremen-Nord	0954	Kern	Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	15	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Kernverwaltung	910107	Finanzamt Bremen-Nord	0954	Kern	Obersteuereinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	7,63	3,00	10,63	7,63	3,00	10,63
Kernverwaltung	910107	Finanzamt Bremen-Nord	0954	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S	12,20	2,00	14,20	12,20	2,00	14,20
Kernverwaltung	910109	Finanzamt Bremen	0958	Kern	Obersteuereinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	36,10	6,00	42,10	34,95	6,00	40,95
Kernverwaltung	910109	Finanzamt Bremen	0958	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S	33,36	3,00	36,36	33,73	3,00	36,73
Kernverwaltung	910301	Personal- und Verwaltungsmanagement	0900	Kern	Senatsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	16	4,00	1,00	5,00	4,00	1,00	5,00
Kernverwaltung	920301	Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool	3901	TPM	Verwaltungsinспекtor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09	0,00	12,00	12,00	0,00	14,00	14,00
Kernverwaltung	920301	Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool	3901	TPM	Sozialarbeiter/in	TV-L	09	6,00	6,00	6,00	0,00	7,00	7,00
Kernverwaltung	920301	Nachwuchskräfte- und Beschäftigungspool	3901	TPM	Verwaltungsangestellter	TV-L	09	0,00	5,00	5,00	0,00	7,00	7,00
Kernverwaltung	920302	Berufseinstiegspeel	0901	Kern	Inspektor/in im Justizvollzugsdienst	Besoldungsordnung A Bremen	09	0,00	5,00	5,00	0,00	5,00	5,00
Kernverwaltung	920302	Berufseinstiegspeel	0901	Kern	Polizeikommissar/in	Besoldungsordnung A Bremen	09	0,00	8,00	8,00	0,00	7,00	7,00
Kernverwaltung	920302	Berufseinstiegspeel	0901	Kern	Steuereinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09	0,00	10,00	10,00	0,00	10,00	10,00
Kernverwaltung	920302	Berufseinstiegspeel	0901	Kern	technische/r Angestellte/r	TV-L	10	0,00	3,00	3,00	0,00	3,00	3,00
Summe Kern								58,01				58,36	
Summe Refi								0,10				0,10	
Summe TPM								23,00				28,00	

Struktur	PrGr	Bezeichnung	Kapitel	Budgetbereich	Dienstbezeichnung	Tarifwerk	Tarifgruppe	2014	Änderung 2014	Neu 2014	2015	Änderung 2015	Neu 2015
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	15	2,63	0,38	3,00	2,63	0,38	3,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Akademische/r Oberrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	14	13,80	0,20	14,00	13,80	0,20	14,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Oberregierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	14	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Oberamtsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	13S	4,75	3,25	8,00	4,75	3,25	8,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Akademische/r Rat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	13	36,00	2,00	38,00	36,00	2,00	38,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Regierungsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	13	4,61	0,39	5,00	4,61	0,39	5,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Amtsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	12	7,00	1,00	8,00	7,00	1,00	8,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Verwaltungssachbearbeiterin	Besoldungsordnung A Bremen	11	15,48	2,53	18,00	15,48	2,53	18,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Verwaltungsobersinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	3,00	2,00	5,00	3,00	2,00	5,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S	6,55	0,45	7,00	6,55	0,45	7,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Verwaltungsinспекtor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09	4,00	1,00	5,00	4,00	1,00	5,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Universitätsprofessor/in	Besoldungsordnung C Bremen	04	36,00	0,00	36,00	36,00	-4,00	32,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Kanzlerin der Universität Bremen	Besoldungsordnung W Bremen	03	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Professor/in W3	Besoldungsordnung W Bremen	03	105,00	3,00	108,00	105,00	3,00	108,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Professor/in W2	Besoldungsordnung W Bremen	02	68,00	6,00	74,00	68,00	6,00	74,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Professor/in W1	Besoldungsordnung W Bremen	01	10,00	1,00	11,00	10,00	1,00	11,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	14	45,88	2,12	48,00	45,88	2,12	48,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13U	74,66	10,34	85,00	74,66	10,34	85,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13N	310,62	29,38	340,00	310,62	29,38	340,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Lektor/in	TV-L Lehrer	15	5,00	2,00	7,00	5,00	2,00	7,00

Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Lektor/in	TV-L Lehrer	14		16,91	6,09	23,00	16,91	6,09	23,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Lehrkraft für besondere Aufgaben	TV-L Lehrer	13		11,42	1,58	13,00	11,42	1,58	13,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Kern	Lektor/in	TV-L Lehrer	13		21,92	10,08	32,00	21,92	10,08	32,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Refi	Lehrkraft	TV-L Lehrer	14		0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	2,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Refi	Lehrkraft	TV-L Lehrer	14		4,00	4,00	4,00	4,00	4,00	4,00
Sonderhaushalt	249901	Universität Bremen	2551	Refi	Lektor/in	TV-L Lehrer	13		6,08	8,92	15,00	6,08	8,92	15,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	leitender/Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	16		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Oberamtsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	13S		2,70	-1,70	1,00	2,70	-1,70	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Regierungsrat/rätin z.A.	Besoldungsordnung A Bremen	13		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Amtsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	12		2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsamtmann/frau	Besoldungsordnung A Bremen	11		1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsoberrat/in	Besoldungsordnung A Bremen	10		4,00	1,00	5,00	4,00	1,00	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Amtsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09S		1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09		1,30	0,70	2,00	1,30	0,70	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungshauptsekretär/in	Besoldungsordnung A Bremen	08		5,50	2,50	8,00	5,50	2,50	8,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsoberssekretär/in	Besoldungsordnung A Bremen	07		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungssekretär/in	Besoldungsordnung A Bremen	06		2,00	-1,00	1,00	2,00	-1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	leitender/Regierungsdirektor/in	Besoldungsordnung B Bremen	03		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Ang. i. d. St. e. Professors/in	Besoldungsordnung C Bremen	03		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Professor/in	Besoldungsordnung C Bremen	03		43,00	-9,75	33,25	43,00	-9,75	33,25
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Professor/in	Besoldungsordnung C Bremen	02		43,00	-16,00	27,00	43,00	-16,00	27,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Kanzler/in der Hochschule Bremen	Besoldungsordnung W Bremen	03		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Konrektor/in der Hochschule Bremen	Besoldungsordnung W Bremen	03		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Professor/in W3	Besoldungsordnung W Bremen	03		1,00	4,00	5,00	1,00	4,00	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Ang. i. d. St. e. Professors/in W2	Besoldungsordnung W Bremen	02		0,50	0,50	1,00	0,50	0,50	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Professor/in W2	Besoldungsordnung W Bremen	02		43,75	53,25	97,00	43,75	53,25	97,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	14		2,28	-0,28	2,00	2,28	-0,28	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13U		1,50	1,00	2,50	1,50	1,00	2,50
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13U		7,69	0,01	7,70	7,69	0,01	7,70
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13		4,75	0,25	5,00	4,75	0,25	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13		7,25	7,25	8,00	7,25	7,25	8,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Ang. d. Daten - Systemtechnik	TV-L	12		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-Elektroingenieur-	TV-L	12		1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-sonstige-	TV-L	12		2,00	3,00	5,00	2,00	3,00	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-sonstige-	TV-L	12		26,17	-5,17	21,00	26,17	-5,17	21,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	12		1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Techniker/in -sonstige-	TV-L	11		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-sonstige-	TV-L	11		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-sonstige-	TV-L	11		2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	11		2,50	2,50	5,00	2,50	2,50	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Ang. d. Daten - Systemtechnik	TV-L	10		2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter	TV-L	10		5,00	3,00	8,00	5,00	3,00	8,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Angestellter/-sonstige-	TV-L	10		6,40	-1,40	5,00	6,40	-1,40	5,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	10		2,19	4,81	7,00	2,19	4,81	7,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Ang. d. Daten - Systemtechnik	TV-L	09V		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Fremdsprachenassistent/in	TV-L	09V		0,58	0,42	1,00	0,58	0,42	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Techniker/in -sonstige-	TV-L	09V		2,00	-1,00	1,00	2,00	-1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	09V		26,00	-6,00	20,00	26,00	-6,00	20,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Fremdsprachenassistent/in	TV-L	09		0,00	0,77	0,77	0,00	0,77	0,77
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Projektleiter	TV-L	09		1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Assistent/in	TV-L	09		0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	09		10,60	4,40	15,00	10,60	4,40	15,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	technische/r Assistent/in	TV-L	08		1,50	0,37	1,87	1,50	0,37	1,87
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	08		9,00	5,00	14,00	9,00	5,00	14,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	06		9,62	-0,88	8,74	9,62	-0,88	8,74
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	05		5,31	-1,53	3,78	5,31	-1,53	3,78
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter und Stenotypist/in	TV-L	05		0,77	-0,77	0,00	0,77	-0,77	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	04		0,00	0,56	0,56	0,00	0,56	0,56
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Bote/-in	TV-L	02		0,00	0,63	0,63	0,00	0,63	0,63
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	TV-L	02		1,27	-0,50	0,77	1,27	-0,50	0,77
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lehrkraft	TV-L Lehrer	14		2,51	-0,51	2,00	2,51	-0,51	2,00

Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lehrkraft für besondere Aufgaben	14	5,17	-3,17	2,00	5,17	-3,17	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lehrkraft für besondere Aufgaben	13	7,75	1,50	9,25	7,75	1,50	9,25
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lektor/in	13	0,00	1,75	1,75	0,00	1,75	1,75
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lehrkraft	12	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Lehrkraft	11	0,00	-1,00	0,00	0,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Haushälter/in	06	11,51	0,49	12,00	11,51	0,49	12,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Kern	Raumpfleger/in	02U	8,76	-2,25	6,51	8,76	-2,25	6,51
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Arbeitsrät/in	12	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsamtmann/frau	11	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Professor/in W2	02	1,00	5,00	6,00	1,00	5,00	6,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	14	3,37	0,50	3,87	3,37	0,50	3,87
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	13U	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	13U	7,64	-1,51	6,13	7,64	-1,51	6,13
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Redakteur/in	13	0,00	0,77	0,77	0,00	0,77	0,77
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	13	0,77	-0,27	0,50	0,77	-0,27	0,50
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	13	2,50	1,00	3,50	2,50	1,00	3,50
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Projektingestellter	12	0,00	1,50	1,50	0,00	1,50	1,50
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Projektingestellter	11	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	11	0,50	-0,50	0,00	0,50	-0,50	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Ang. d. Daten - Systemtechnik	10	1,50	-1,00	0,50	1,50	-1,00	0,50
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Projektingestellter	10	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	technischer Angestellter	10	4,50	-2,50	2,00	4,50	-2,50	2,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	10	0,77	0,07	0,84	0,77	0,07	0,84
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Projektingestellter	09	0,77	-0,77	0,00	0,77	-0,77	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	09	5,13	0,48	5,61	5,13	0,48	5,61
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Projektingestellter	08	0,50	-0,50	0,00	0,50	-0,50	0,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	08	1,27	1,00	1,27	1,00	1,00	1,27
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	06	6,63	-0,02	6,61	6,63	-0,02	6,61
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Zeichner/in	06	1,57	0,07	1,64	1,57	0,07	1,64
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Verwaltungsangestellter	05	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249902	Hochschule Bremen	2551	Refi	Lehrkraft für besondere Aufgaben	13	2,92	7,08	10,00	2,92	7,08	10,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Regierungsrat/in	13	0,00	2,00	2,00	0,00	2,00	2,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsamtmann/frau	11	1,00	1,00	2,00	1,00	1,00	2,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Professor/in	03	19,00	0,00	19,00	19,00	0,00	19,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Professor/in	02	-1,50	13,00	11,50	-1,50	13,00	11,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Professor/in W2	02	30,33	7,00	37,33	30,33	7,00	37,33
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter/ mit Festgehalt	01	0,33	-0,07	0,26	0,33	-0,07	0,26
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Lehrkraft	13	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	13	1,50	0,50	2,00	1,50	0,50	2,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	13	0,00	0,50	0,50	0,00	0,00	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	12	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	technischer Angestellter/ -sonstige-	11	1,38	1,12	2,50	1,38	1,12	2,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	technischer Angestellter/ -sonstige-	11	8,78	2,72	11,50	8,78	2,72	11,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter/ -Datenverarbeitung	11	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	technischer Angestellter	10	3,50	-1,50	2,00	3,50	-1,50	2,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	technischer Angestellter/ -sonstige-	10	14,47	-2,00	12,47	14,47	-2,00	11,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	10	1,75	1,25	3,00	1,75	1,25	3,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	09U	0,56	0,56	2,47	1,91	0,56	2,47
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	09	3,00	1,50	4,50	3,00	1,50	4,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	08	5,05	3,45	8,50	5,05	3,45	8,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	06	5,18	0,84	6,02	5,18	0,84	6,02
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	technischer Assistent/in	05	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	05	0,65	2,35	3,00	0,65	2,35	3,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	04	0,00	0,75	0,75	0,00	0,75	0,75
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Verwaltungsangestellter	03	0,59	-0,59	0,00	0,59	-0,59	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Lehrkraft für besondere Aufgaben	13	2,00	0,50	2,50	2,00	0,50	2,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Kern	Arbeiter/in im Reinigungsdienst	02U	0,51	0,01	0,52	0,51	0,01	0,52
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Ang. i. d. St. e. Professors/in	03	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Professor/in W2	02	1,00	2,67	2,67	1,00	2,67	2,67
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Verwaltungsangestellter/ mit Festgehalt	01	0,00	0,50	0,50	0,00	0,50	0,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	wissenschaftlicher Mitarbeiter/in	14	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00

Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13U	1,50	-0,50	1,00	1,50	-0,50	1,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	13	0,50	-0,50	0,00	0,50	-0,50	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13	3,00	1,00	4,00	3,00	1,00	4,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	12	0,00	0,50	0,50	0,00	0,50	0,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Ang. i. d. St. e. Aufnahmehelfers/in	TV-L	11	0,50	-0,50	0,00	0,50	-0,50	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	technischer/r Angestellter/r - sonstige	TV-L	11	0,50	1,00	1,50	0,50	0,00	0,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	11	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	technischer/r Angestellter/r	TV-L	10	0,00	0,50	0,50	0,00	0,50	0,50
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	technischer/r Angestellter/r - sonstige	TV-L	10	0,50	1,50	2,00	0,50	1,50	2,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	09	0,00	1,20	1,20	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	05	0,00	0,50	0,50	0,00	0,00	0,00
Sonderhaushalt	249904	Hochschule Bremerhaven	2551	Refi	Lehrkraft für besondere Aufgaben	TV-L Lehrer	13	0,00	1,00	1,00	0,00	1,00	1,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	249905	Kern	Bibliotheksbereichsleiter/in	Besoldungsordnung A Bremen	10	6,00	-0,50	5,50	6,00	-1,00	5,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13U	7,00	1,00	8,00	7,00	1,00	8,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	wissenschaftliche/r Mitarbeiter/in	TV-L	13	3,00	-0,50	2,50	3,00	-1,00	2,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Diplombibliothekar/in	TV-L	10	2,00	3,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Bibliotheksangestellte/r	TV-L	09	11,00	3,00	14,00	11,00	3,00	14,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Diplombibliothekar/in	TV-L	09	20,00	-3,00	17,00	20,00	-3,00	17,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Bibliotheksangestellte/r	TV-L	08	10,50	-1,50	9,00	10,50	-1,50	9,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Bibliotheksangestellte/r	TV-L	06	18,50	0,50	19,00	18,50	0,50	19,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Bibliotheksangestellte/r	TV-L	05	17,50	2,50	20,00	17,50	2,50	20,00
Sonderhaushalt	249905	Saats- und Universitätsbibliothek	2551	Kern	Buchhändler/in	TVöD (VKA)	05	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Summe Kern									170,43				156,46
Summe Refi									331,01				

Struktur	PrGr	Bezeichnung	Kapitel	Budgetbereich	Dienstbezeichnung	Tariftwerk	Tarifgruppe	2014	Änderung 2014	Neu 2014	2015	Änderung 2015	Neu 2015
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Oberamtsrat/rätin	Besoldungsordnung A Bremen	13S	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsinspektor/in	Besoldungsordnung A Bremen	09	4,00	0,68	4,68	4,00	0,68	4,68
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsbeauftragte/r	Besoldungsordnung A Bremen	08	1,00	-0,50	0,50	1,00	-0,50	0,50
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	14	0,00	1,00	0,00	1,00	1,00	1,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Diplompädagoge/in	TV-L	13	1,00	-0,11	0,89	1,00	-0,11	0,89
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Diplompsychologe/in	TV-L	13	1,00	-0,11	0,89	1,00	-0,12	0,88
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	12	1,70	-0,70	1,00	1,70	-0,70	1,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	11	5,00	1,00	6,00	5,00	1,00	6,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Küchenleiter/in	TV-L	10	2,82	1,00	3,82	2,82	1,00	3,82
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	09	1,41	-1,41	0,00	1,41	-1,41	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	09	17,34	3,11	20,45	17,34	3,11	20,45
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	08	8,02	1,02	9,04	8,02	1,02	9,04
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Koch/Köchin	TV-L	07	1,00	2,00	3,00	1,00	2,00	3,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Koch/Köchin	TV-L	06	9,23	2,21	11,44	9,23	2,21	11,44
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	06	4,64	1,00	5,64	4,64	1,00	5,64
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TV-L	05	2,00	1,00	3,00	2,00	1,00	3,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Küchenarbeiter/in	TV-L	02	18,26	11,68	29,94	18,26	12,39	30,65
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	stellvertretende/r Küchenleiter/in	TVd (VKA)	07	1,00	-1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Koch/Köchin	TVd (VKA)	08	11,38	-2,10	9,28	11,38	-2,10	9,28
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Koch/Köchin	TVd (VKA)	06	12,28	-1,50	10,78	12,28	-1,50	10,78
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Verwaltungsangestellte/r	TVd (VKA)	05	2,41	-2,41	0,00	2,41	-2,41	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Kartennarbeiter/in	TVd (VKA)	04	1,00	1,00	0,00	1,00	-1,00	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Küchenarbeiter/in	TVd (VKA)	03	55,18	-8,07	47,11	55,18	-8,07	47,11
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Unterkunftsarbeiter/in	TVd (VKA)	03	0,99	-0,99	0,00	0,99	-0,99	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Kartennarbeiter/in	TVd (VKA)	02U	0,50	-0,50	0,00	0,50	-0,50	0,00
Anstalten d.o.R.	240401	Studentenwerk Bremen	5851	Refi	Küchenarbeiter/in	TVd (VKA)	02	6,57	6,57	6,39	6,57	-0,18	6,39
Summe									4,14			5,82	

Anlage 8

Haushaltsgesetze

Zu dem Gesetzentwurf des Senats
-Drs. 18/380 S – Entwurf des Haushaltsgesetzes
der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2014

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen, den Gesetzentwurf Drs. 18/380 S mit folgender Maßgabe anzunehmen:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Angabe „2 823 474 180 Euro“ auf „2 847 893 720 Euro“ geändert.
 - b) In Absatz 2 wird folgender Satz 4 eingefügt:
 „Des Weiteren werden für den Personalhaushalt 23 Stellenvolumen als temporäre Personalmittel im Haushaltsjahr 2014 ausgewiesen.“

2. § 13 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 Die Angabe „612 837 570 Euro“ wird auf „630 389 110 Euro“ geändert.

Begründung:

Zu Nr. 1a)

Es handelt sich um die erforderliche Anpassung der Schlusszahlen als Folge der vom Senat am 12. November 2013 beschlossenen Änderungen des Haushaltentwurfs 2014.

Zu Nr. 1b)

Das Stellenvolumen für temporäre Personalmittel soll erstmals separat ausgewiesen werden

Zu Nr. 2)

Es handelt sich um die erforderliche Anpassung der zulässigen Kreditermächtigung als Folge der vom Senat am 12. November 2013 beschlossenen Änderungen des Haushaltentwurfs 2014.

Zu dem Gesetzentwurf des Senats
-Drs. 18/380 S – Entwurf des Haushaltsgesetzes
der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2015

Die Bremische Bürgerschaft (Stadtbürgerschaft) möge beschließen, den Gesetzentwurf Drs. 18/380 S mit folgender Maßgabe anzunehmen:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 wird die Angabe „3 230 786 110 Euro“ auf „3 244 874 140 Euro“ geändert.
 - b) In Absatz 2 wird folgender Satz 4 eingefügt:
 „Des Weiteren werden für den Personalhaushalt 28 Stellenvolumen als temporäre Personalmittel im Haushaltsjahr 2015 ausgewiesen.“
2. § 13 Absatz 1 Nummer 1 wird wie folgt geändert:
 Die Angabe „957 948 410 Euro“ wird auf „962 383 440 Euro“ geändert.

Begründung:

Zu Nr. 1a)

Es handelt sich um die erforderliche Anpassung der Schlusszahlen als Folge der vom Senat am 12. November 2013 beschlossenen Änderungen des Haushaltentwurfs 2015.

Zu Nr. 1b)

Das Stellenvolumen für temporäre Personalmittel soll erstmals separat ausgewiesen werden

Zu Nr. 2)

Es handelt sich um die erforderliche Anpassung der zulässigen Kreditermächtigung als Folge der vom Senat am 12. November 2013 beschlossenen Änderungen des Haushaltsentwurfs 2015.

Anlage 9

Finanzierungsübersichten

Kreditfinanzierungspläne

FREIE HANSESTADT BREMEN (STADTGEMEINDE)

FINANZIERÜBERSICHT 2014

I.	<i>Ermittlung des Finanzierungssaldos</i>	-Mio. Euro-
1. Ausgaben		2.504,1
	-ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages sowie haushalts-technische Erstattungen-	
2. Einnahmen		2.206,0
	-ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen sowie haushaltstechnische Erstattungen-	
3. Finanzierungssaldo		298,1
II.	<i>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</i>	
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt		299,0
1.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	630,4
1.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	331,4
2. Rücklagenbewegung		./. 0,9
2.1	Entnahmen aus Rücklagen	5,0
2.2	Zuführungen an Rücklagen	5,9
3. Abwicklung der Vorjahre		0,0
3.1	Einnahmen aus Überschüssen	0,0
3.2	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0,0
4. Haushaltstechnische Erstattungen		0,0
4.1	Einnahmenseite	6,5
4.2	Ausgabenseite	6,5
5. Finanzierungssaldo (Summe 1 bis 4)		298,1

Abweichungen in den Summen durch Runden

KREDITFINANZIERUNGSPLAN 2014

-Mio. Euro-

I. Kredite am Kreditmarkt

1.	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	630,4
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	331,4
3.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	299,0

II. Kredite im öffentlichen Bereich

1.	Einnahmen aus Krediten aus dem öffentlichen Bereich	0,0
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0

FINANZIERÜBERSICHT 2015

I.	<i>Ermittlung des Finanzierungssaldos</i>	-Mio. Euro-
1. Ausgaben		2.466,0
	-ohne Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt, Zuführungen an Rücklagen, Ausgaben zur Deckung eines kassenmäßigen Fehlbetrages sowie haushalts-technische Erstattungen-	
2. Einnahmen		2.270,9
	-ohne Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt, Entnahmen aus Rücklagen, Einnahmen aus kassenmäßigen Überschüssen sowie haushaltstechnische Erstattungen-	
3. Finanzierungssaldo		195,1
II.	<i>Zusammensetzung des Finanzierungssaldos</i>	
1. Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt		196,0
1.1	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	962,4
1.2	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	766,4
2. Rücklagenbewegung		./. 0,9
2.1	Entnahmen aus Rücklagen	5,0
2.2	Zuführungen an Rücklagen	5,9
3. Abwicklung der Vorjahre		0,0
3.1	Einnahmen aus Überschüssen	0,0
3.2	Ausgaben zur Deckung von Fehlbeträgen	0,0
4. Haushaltstechnische Erstattungen		0,0
4.1	Einnahmenseite	6,6
4.2	Ausgabenseite	6,6
5. Finanzierungssaldo (Summe 1 bis 4)		195,1

Abweichungen in den Summen durch Runden

KREDITFINANZIERUNGSPLAN 2015

-Mio. Euro-

I. Kredite am Kreditmarkt

1.	Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	962,4
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	766,4
3.	Netto-Neuverschuldung am Kreditmarkt	196,0

II. Kredite im öffentlichen Bereich

1.	Einnahmen aus Krediten aus dem öffentlichen Bereich	0,0
2.	Ausgaben zur Schuldentilgung im öffentlichen Bereich	0,0

Anlage 10

Wirtschaftsplan 2014/2015 der Werkstatt Bremen

Wirtschaftsplan 2014 / 2015 für	
Werkstatt Bremen	
zuständiges Fachressort:	Senatorin für Soziales, Kinder, Jugend und Frauen
Ansprechpartner Fachressort:	Herr Conrads
Inhaltsübersicht	
1. Erfolgsplan	
2. Vermögensplan	
3. Personalplan	
4. Investitionsplan	

Wirtschaftsplan für Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

Blatt 2

1. Erfolgsplan							
	Eigenbetrieb/Museumsstiftung:	Werkstatt Bremen					
	Planungszeitraum:	2014 / 2015					
		Wirtschaftsplan			Finanzplan		
	Planungsgrößen	Ist 2012	Prognose 2013	Planjahr 2014	Planjahr 2015	Planjahr 2016	Planjahr 2017
	Angaben in T€						
lfd. Nr.	Gewinn- und Verlustrechnung						
1	Umsatzerlöse	28.823	31.125	30.821	30.805	30.910	30.948
2	dav.: Umsatzserlöse FHB	16.902	18.600	17.900	17.900	17.900	17.900
3	Zuschüsse/Zuwendungen FHB	0	0	0	0	0	0
4	Zuschüsse/Zuwendungen sonstige Mittelgeber	205	171	171	171	171	171
5	Bestandsveränderung	-15	0	0	0	0	0
6	sonstige betriebliche Erträge	12.919	12.150	12.197	12.093	11.990	11.961
	Summe Erträge	41.932	43.447	43.189	43.068	43.070	43.079
7	bezogenes Material	1.643	1.688	1.688	1.688	1.688	1.688
8	bezogene Leistungen	510	1.318	1.768	1.918	1.918	1.918
9	Personalaufwand	30.387	30.509	29.767	29.937	30.005	30.207
10	Löhne und Gehälter	16.366	16.726	16.159	16.346	16.444	16.663
11	Sozialabgaben	14.021	13.783	13.608	13.592	13.561	13.544
12	Abschreibungen auf Sachanlagen	1.820	1.817	1.935	1.921	1.900	1.893
13	Abschreibungen auf Finanzanlagen	0	0	0	0	0	0
14	sonstiger betrieblicher Aufwand	8.381	7.887	7.794	7.397	7.353	7.176
	Summe Aufwand	42.742	43.219	42.952	42.861	42.863	42.882
	Betriebsergebnis	-810	227	237	207	207	197
15	Beteiligungsergebnis	0	0	0	0	0	0
16	Zinserträge u.ä.	74	40	85	180	190	200
17	Zinsaufwand u.ä.	0	0	0	0	0	0
	Finanzergebnis	74	40	85	180	190	200
	Ergeb. d. gewöhnl. Geschäftstätigkeit	-736	267	322	387	397	397
18	außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0	0
19	außerordentlicher Aufwand	0	0	0	0	0	0
	außerordentliches Ergebnis	0	0	0	0	0	0
20	Steuern vom Eink. und Ertrag	0	0	0	0	0	0
21	sonstige Steuern	52	49	43	43	43	43
	Ergebnis nach Steuern	-788	219	279	344	354	354

Wirtschaftsplan für Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

Blatt 3

	2. Vermögensplan						
				Wirtschaftsplan		Finanzplan	
lfd. Nr.	Bezeichnung	Ist 2012 T€	Prognose 2013 T€	Planjahr 2014 T€	Planjahr 2015 T€	Planjahr 2016 T€	Planjahr 2017 T€
	Mittelherkunft						
	Finanzierungsmittel aus:						
1	Abschreibungen	1.820	1.817	1.935	1.921	1.900	1.893
2	Verkauf von Anlagevermögen	33	150	0	340	0	0
3	Jahresüberschuss	0	219	279	344	354	354
4	der Zuführung von Rücklagen	414	1.908	1.936	0	0	0
5	Kreditaufnahmen	0	0	0	0	0	0
6	öffentlichen Mitteln	0	2.056	0	0	2.000	0
7	Sonstigem	0	0	0	0	150	150
	Summe Mittelherkunft:	2.267	6.151	4.150	2.605	4.404	2.397
	Mittelverwendung						
8	Mittelverwendung für Investitionen in der Planungsperiode						
9	Immaterielle Vermögensgegenstände	13	100	350	200	200	200
10	Grundstücke, Gebäude	616	4.093	900	600	2.650	400
11	Technische Anlagen, Maschinen	136	625	500	500	600	600
12	Firmenfahrzeuge	33	84	100	100	100	100
13	Einrichtungen / Büroausstattungen	424	849	700	700	700	700
14	sonstige Investitionen / Gesellschafterdarle	256	400	1.600	0	0	0
15	Einstellung in Rücklagen	0	0	0	505	154	397
16	Kredittilgung	0	0	0	0	0	0
17	Jahresfehlbetrag	788	0	0	0	0	0
	Summe Mittelverwendung:	2.267	6.151	4.150	2.605	4.404	2.397

nachrichtlich:

Stand des LHK-Kontos per 31.12.	17.150	16.000	17.000	18.000	19.000	20.000
---------------------------------	--------	--------	--------	--------	--------	--------

3. Personalplan							
lfd. Nr.				Wirtschaftsplan		Finanzplan	
	Personalbestand: ¹⁾	Ist 2012	Prognose 2013	Planjahr 2014	Planjahr 2015	Planjahr 2016	Planjahr 2017
1	Beschäftigte	292,3	290,5	272,6	271,3	267,8	266,0
2	Beamte	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8	1,8
3	Summe Beschäftigte (ohne Aushilfen und Auszubildende) (Beschäftigungsvolumen ²⁾)	294,0	292,2	274,4	273,1	269,6	267,8
4	nachrichtlich: Auszubildende	8	7	7	7	7	7

¹⁾ jeweils in Vollzeitäquivalenten der durchschnittlich Beschäftigten; Wegfall der Statusgruppen "Arbeiter" und "Angestellte" mit Inkrafttreten des TVöD vom 01.10.2005.

²⁾ Das Beschäftigungsvolumen zählt die im Planungszeitraum durchschnittlich Beschäftigten umgerechnet auf Vollzeiteinheiten (VZE). Nicht aktive Beschäftigte (Abwesende) werden nicht einbezogen. Altersteilzeit in der Freistellungsphase wird als aktiv gezählt. Das Volumen wird dabei entsprechend dem Anteil an den Aufwendungen während der Vollbeschäftigung ermittelt (bei vorheriger Vollbeschäftigung i.d.R. 70 %, d.h. 0,7 VZE)

Wirtschaftsplan für Eigenbetriebe und Museumsstiftungen

Blatt 5

4. Maßnahmenbezogener Investitionsplan								
lfd. Nr.	Bezeichnung Angaben in T€	Projekte	Anteil Drittmittel in %	Ist 2012	Prognose 2013	Wirtschaftsplan		Finanzplan
						2014	2015	2016
1	<u>Immaterielle Wirtschaftsgüter</u>	Projekt Verwaltungs- und Dokumentationssoftware (Betreuungsdokumentation, Leistungsabrechnung, Rechnungswesen, Produktion)		0	0	300	0	0
	Summe immaterielle Wirtschaftsgüter			0	0	300	0	0
2	<u>Unbebaute und bebaute Grundstücke</u>	Projekt Pflegebereich Buntentente Projekt Beweismittelkammer Projekt Erwerb Liegenschaft Kohn Projekt Cook & Chill Westerdeich Projekt Cook & Chill Martinsheid Projekt Cook & Chill Georg-Gries-Str Projekt Cook & Chill Schiffbauwerf Projekt Umbauten Diedr. Wilkens Str Projekt Integrationsprojekt Hot (keine Einzelmaßnahmen > 250 €)	86% 54% 60%	176 330 0 0 0 0 0 0 0 0	208 52 2.573 400 250 0 0 0 0 0	0 0 250 0 0 900 0 0 0 0	0 0 0 0 0 0 350 250 0 0	0 0 0 0 0 0 0 0 2.000 0
	2.2. Übrige Gebäudeinvestitionen:		100%					
	Summe unbebaute und bebaute Grundstück			506	3.483	1.150	600	2.000
3	<u>Maschinen und technische Anlagen</u>	(keine Einzelmaßnahmen > 250 €)						
	Summe Maschinen und technische Anlagen			0	0	0	0	0
4	<u>Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung</u>	(keine Einzelmaßnahmen > 250 € sowie unter 2.1. enthalten)						
	Summe Betriebs- und Geschäftsausstattung			0	0	0	0	0
5	<u>Finanzanlagen / Beteiligungen</u>	Integrationsprojekt Werkstatt Nord Erweiterung WfbM Werkstatt Nord		0 0	400 0	0 1.600	0 0	0 0
	Summe Finanzanlagen / Beteiligungen			0	400	1.600	0	0
7	<u>Summe übrige Investitionen unter 250 T€</u>			973	2.269	1.100	1.500	2.250
	<u>Summe Investitionen</u>			1.479	6.151	4.150	2.100	4.250
								2.000